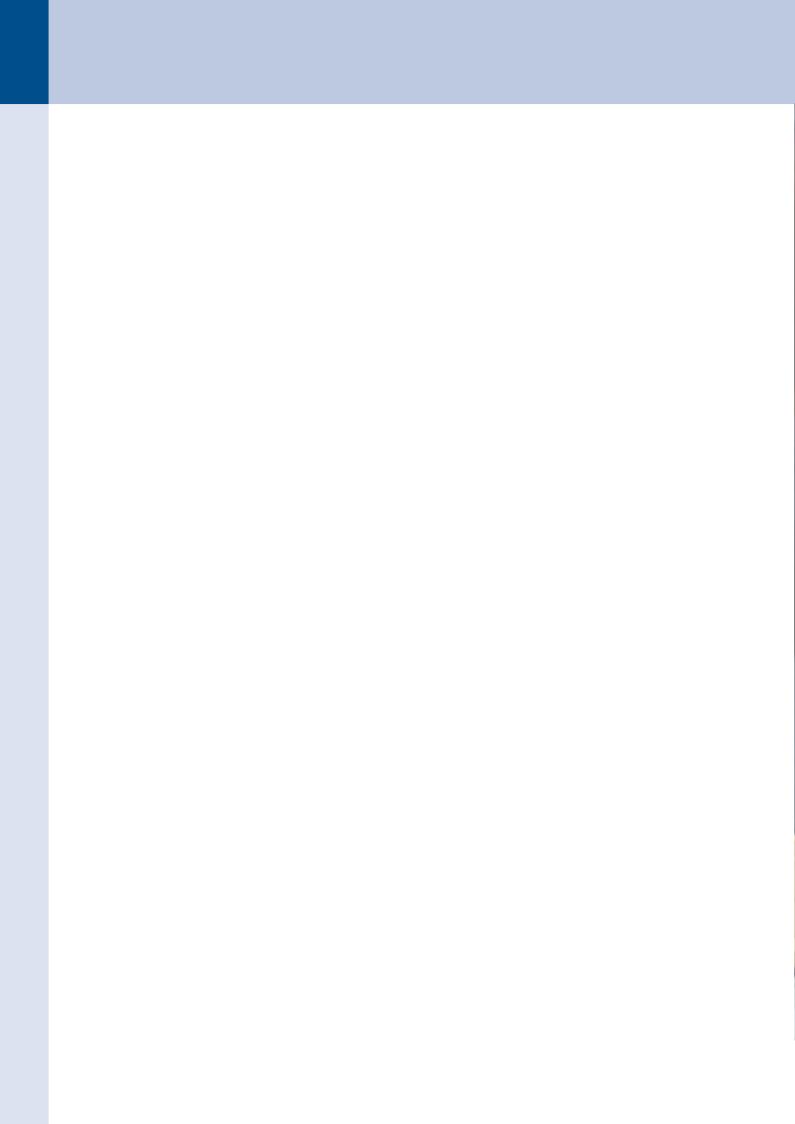
Jahresbericht 2012

Deutscher Industrie- und Handelskammertag







JAHRESBERICHT 2012

•	Editorial	2
•	DIHK-Ausschüsse	4
•	Wirtschaftspolitik Standortpolitik	10
	> Standortpolitik	11
	> Konjunktur	12
	> Arbeit und Soziales	15
	> IHK-Jahresthema 2012	18
	> Recht	20
	> Steuern	22
•	EU-Struktur-, Regional- und Verkehrspolitik	24
	> Strukturpolitik	24
	> Verkehrspolitik	24
	> Stadtentwicklung	25
	> Verbraucherpolitik	25
•	Existenzgründung und Unternehmensförderung	26
•	Bildungspolitik	28
•	Innovation und Forschung	32
•	Umwelt und Energie	34
•	International AHK	38
•	Branchen	42
	> Dienstleistungen	42
	> Handel	42
	> Tourismus	42
	> Telekommunikation	43
•	Kommunikation Öffentlichkeitsarbeit	44
•	WJD Wirtschaftsjunioren	48
•	Bilder 2012	52
•	DIHK-Finanzen im Jahr 2012	54
Α	nhang	
•	Positionen 2012	60
•	Themen der Woche 2012	78
•	Impressum	80

EDITORIAL

die manches andere wichtige wirtschaftspolitische Thema von der politischen Tagesordnung verdrängt hat. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa rückte gleichzeitig das erfolgreiche deutsche duale Ausbildungssystem ins Scheinwerferlicht: Für die neue EU-Bildungs-Strategie gilt es nun als Referenzmodell. Mit Spanien und Italien hat der DIHK vor diesem Hintergrund konkrete Vereinbarungen zur Zusammenarbeit unterzeichnet. Hierfür war die Expertise der IHK-Organisation als erster Ansprechpartner bei der dualen Ausbildung gefragt wie selten zuvor.

In Deutschland beherrschte daneben die Energiewende die politische Diskussion. Mit dem Jahresthema "Energie und Rohstoffe für morgen" konnte sich die IHK-Organisation einmal mehr als kritisch-konstruktiver Partner positionieren. Mit dem "Anerkennungsgesetz" haben seit April 2012 Migranten in Deutschland einen Anspruch auf die Prüfung ihrer im Ausland erworbenen Qualifikationen. Die IHK-Organisation konnte sich hier mit der Gründung der IHK-FOSA als wertvoller Akteur bewähren.

Um Unternehmen, Politik und Öffentlichkeit einen umfassenden Einblick in unsere Struktur, Arbeit und Finanzen zu geben, gingen wir mit dem Portal "IHKtransparent" im Herbst in die Offensive. Das Portal ist Teil der kontinuierlichen Weiterentwicklung der IHK-Organisation, versachlicht manche Diskussion und dient der Kommunikation unserer Arbeit. Was den DIHK in 2012 darüber hinaus alles bewegt, beschäftigt und teilweise herausgefordert hat, können Sie im folgenden Kurzüberblick verfolgen.

Im Januar startete der DIHK sein Jahresthema "Energie und Rohstoffe für morgen" mit einer Auftaktveranstaltung. Bundeswirtschaftsminister Rösler hielt die Eröffnungsrede und bekam nach einer Diskussion über die drängenden Fragen der Versorgungssicherheit die "Kraftwerkslandkarte" – eine Übersicht über die Kraftwerkskapazitäten in Deutschland – von DIHK-Präsident Driftmann überreicht. Der Präsident referierte vor dem erweiterten SPD-Parteivorstand zu den Erwartungen der Wirtschaft an die Politik. DIHK-Hauptgeschäfts-

führer Wansleben nahm am 5. Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt teil.

Im Februar begleitete Driftmann die Bundeskanzlerin als Leiter der Wirtschaftsdelegation nach China. Dort betonte er die Bedeutung des Landes für die deutschen Unternehmen und forderte offene Märkte und einen fairen Wettbewerb. In Berlin standen bei einem Gespräch des Geschäftsführenden DIHK-Vorstands mit der Spitze der SPD-Bundestagsfraktion die Themen Steuern, EU-Schuldenkrise, Konjunktur und Energie auf der Tagesordnung. DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben machte die Bedeutung des Bürokratieabbaus für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland beim Staatssekretärsausschuss auf Einladung von Staatsminister von Klaeden deutlich. Bei einem Frühstück mit der EU-Kommissarin Geoghegan-Quinn für Forschung, Innovation und Wissenschaft standen, mit Blick auf das Forschungsrahmenprogramm "Horizon 2020", DIHK-Vorschläge zu einer wirtschaftsfreundlichen Forschungsförderung auf der Tagesordnung.

Im März hielt der DIHK-Präsident einen Vortrag zu den Herausforderungen für den Industriestandort Deutschland beim Kongress der CDU/CSU-Fraktionen in Berlin. Zudem traf sich die DIHK-Spitze zu einem Gespräch mit dem Vorstand des Parlamentskreises Mittelstand der Unionsfraktion, um sich über die EU-Schuldenkrise, spezifische Steuerthemen und eine etwaige Rentenversicherungspflicht für Selbstständige auszutauschen. Um die EU-Schuldenkrise ging es auch bei einem hochrangigen Unternehmensgespräch mit dem Präsident der Europäischen Zentralbank Draghi im DIHK. Angesichts der Sorgen vieler Bürger und Unternehmen um die Stabilität des Euro hatte der EZB-Chef das Gespräch mit Unternehmern gesucht. Der DIHK machte bei dem Treffen deutlich, man habe Verständnis für Notfallmaßnahmen, dürfe aber das eigentliche Mandat der EZB nicht aus dem Blick verlieren.

Im April besuchte der DIHK-Präsident Auslandshandelskammern in Südamerika. Anlass war die Verabschiedung des langjährigen Präsidenten der AHK Argentinien Dr. Viktor Klima in Buenos Aires. Anschließend

ging es in Länder abseits der normalen Besuchsrouten: nach Peru und Venezuela. Peru präsentierte sich als Land im Aufschwung, die AHK nutzte den Besuch des DIHK-Präsidenten zur Eröffnung ihres Innovations- und Technologiezentrums. In Venezuela ging es darum, die AHK in einem Land in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu unterstützen. Der für Berufsbildung zuständige britische Staatssekretär John Hayes informierte sich in einem Gespräch im DIHK über die berufliche Ausbildung in Deutschland.

Im Mai lud der Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie DIHK-Präsident Driftmann zum Gespräch ein. Die Abgeordneten thematisierten Fragen von der Unternehmensfinanzierung über Energie- und Steuerpolitik bis hin zur Sozialversicherung. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nutzte die Gelegenheit, die geschäftliche Situation der Unternehmen und wirtschaftspolitische Risiken in einer Runde unter Leitung von DIHK-Vizepräsident Lamotte zu diskutieren.

DIHK-Präsident Driftmann ehrte im Rahmen der AHK-Weltkonferenz die Sieger des IHK-Auslandsschulwettbewerbs "Schüler bauen weltweit Brücken". Schwerpunkt der Konferenz waren Zukunftsthemen der AHKs wie der Wissenstransfer innerhalb des AHK-Netzes und die Weiterentwicklung der AHK-Organisation. Ende des Monats besuchten DIHK-Präsident Driftmann, IHK-Präsident Schweitzer und Eurochambres Vizepräsident Weber die Türkei. Der Besuch bei Staatspräsident Gül und ein Treffen mit dem Wirtschaftsminister Çağlayan boten Gelegenheit, Positionen zur Wirtschaftpolitik und zur Beziehung zwischen EU und Türkei auszutauschen.

Im Juni nahm DIHK-Präsident Driftmann am Spitzentreffen auf Einladung von Bundeskanzlerin Merkel teil. Auf Schloss Meseberg diskutierten die Teilnehmer über die Zukunft des Standorts Deutschlands. Driftmann betonte, dass die Zukunftsfähigkeit Deutschlands insbesondere von den Menschen abhängt. Das Ausschöpfen der Fachkräftepotenziale – im Inland und Ausland – ist daher von hoher Bedeutung.

Der neu ernannte Bundespräsident Gauck lud die großen Wirtschaftsverbände im Juli zum Gespräch ein. Mit dem Ziel des gegenseitigen Kennenlernens tauschte man sich zu den Themen Zukunft der sozialen Marktwirtschaft, Schuldenkrise und Energiewende aus.

Die Energiewende war außerdem Gesprächsinhalt bei einem Treffen der DIHK-Spitze mit Bundesumweltminister Altmaier. Auf Vorschlag des DIHK zur notwendigen Einbindung und Information der kleinen und mittleren Unternehmen hin, wurde die Idee für die "Mittelstandsinitiative Energiewende" entwickelt.

Im August stand der Gegenbesuch des DIHK-Präsidenten Driftmann beim bulgarischen Staatspräsidenten in Sofia an. Beim Besuch bei Staatspräsident Plevneliev und Ministerpräsident Borissov wurden auch Probleme der deutschen Unternehmen in Bulgarien angesprochen. Zu einem Zukunftsgespräch über die Energiepolitik traf sich DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Pofalla.

Im September begleitete DIHK-Präsident Driftmann Bundeskanzlerin Merkel zu einem deutsch-spanischen Spitzentreffen der Wirtschaft in Madrid. Im Mittelpunkt standen die Wettbewerbsfaktoren für den Standort Europa wie Berufsbildung, Innovation oder Finanzierung. Im Rahmen des Spanienbesuchs wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Hohen Rat der spanischen Kammern und dem DIHK im Bereich der beruflichen Bildung unterzeichnet. Dessen Ziel ist die Einführung eines Berufsbildungssystems in Verantwortung von Unternehmen und Schulen mit einer wichtigen Rolle der Kammern. Zudem reiste der DIHK-Präsident in einer Wirtschaftsdelegation des Bundeswirtschaftsministers Rösler nach Vietnam. Driftmann bewertete die Reise als positiven Impuls für die deutsch-vietnamesische Zusammenarbeit. In Berlin war erneut die Energiewende das beherrschende Thema eines Frühstücks des Geschäftsführenden DIHK-Vorstands mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU Fuchs.

DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben diskutierte mit der AG der Selbstständigen der SPD-Bundestagsfraktion über die Situation im Mittelstand und die Rolle der Kammern.

Im Oktober leitete DIHK-Präsident Driftmann beim 1. Demografiegipfel der Bundesregierung gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsminister eine Arbeitsgruppe zur Fachkräftesicherung. Er wies darauf hin, dass die demografische Entwicklung die hiesigen, meist mittelständischen Unternehmen vor große Herausforderungen stellt, aber viele sich auch bereits in Feldern wie Aus- und Weiterbildung oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf intensiv engagieren. Bundeswirtschaftsminister Rösler, Bundesumweltminister Altmaier, DIHK-Präsident Driftmann und ZDH-Präsident Kentzler stellten die "Mittelstandsinitiative Energiewende" in Berlin vor. Ab 2013 will diese mit einer Servicestelle im DIHK die Kommunikation in Richtung Mittelstand verbessern, gemeinsam neue Hilfsangebote entwickeln sowie weitere Energieeinsparpotenziale heben und die Energieeffizienz in den Unternehmen steigern. Auf Einladung des Generalssekretärs der CDU, Gröhe trafen sich DIHK-Präsident Driftmann, die DIHK-Vizepräsidenten Bauwens-Adenauer und Lamotte sowie DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben mit dem CDU-Präsidium zu einem Meinungs- und Informationsaustausch über die wirtschaftliche Lage und neue globale Herausforderungen.

Im November hat die DIHK-Vollversammlung in Dresden die Beschlüsse zur Weiterentwicklung des IHK-Netzwerkes verabschiedet. Kurz darauf startete der DIHK mit dem Internetportal "IHKtransparent" eine Offensive, um Unternehmen, Politik und Öffentlichkeit einen umfassenden Einblick

in die Struktur, Arbeit und Finanzen der IHK-Organisation zu geben. Die Quintessenz lautet: Die Alternative zur gesetzlichen Mitgliedschaft ist letztlich mehr Staat und höhere Kosten. Das Portal wird kontinuierlich fortgeführt, aktualisiert und ausgebaut.

Beim Ausbildungspakt zogen die Paktpartner eine positive Bilanz und verabschiedeten die gemeinsame Erklärung "Junge Menschen beim Übergang in betriebliche Ausbildung gezielt unterstützen".

DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben nahm an der vom Bundeswirtschaftsminister Rösler geleiteten Asien-Pazifik-Konferenz in Neu-Delhi teil, um mit zahlreichen Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik Lösungen für globale Herausforderungen wie etwa den demografischen Wandel oder die Rohstoffknappheit zu erarbeiten.

Im Dezember überreichte DIHK-Präsident Driftmann zusammen mit Bundesfamilienministerin Schröder Ehrungen an die 228 Super-Azubis bei der 7. Nationalen Bestenehrung, durch die Moderatorin Schöneberger mit Elan führte.

Der Geschäftsführende DIHK-Vorstand diskutierte bei einem Treffen mit der Fraktionsspitze Bündnis90/DIE GRÜNEN die Themen Fachkräftemangel, Energiewende und Unternehmensteuern.

Dies als kurzer Parforceritt durch das Jahr 2012 des DIHK. Ein Blick in die Details der Treffen und weiterer Aktivitäten sowie Stellungnahmen eines großen Wirtschaftsverbandes lohnt sich – viel Spaß beim Lesen des DIHK-Jahresberichts 2012!

Poplinguace

Hans Heinrich Driftmann, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages M. Claus K

Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages

DIHK-AUSSCHÜSSE

Die DIHK-Ausschüsse: Ehre, wem Ehre gebührt

Für vier Jahre werden die ehrenamtlichen Vertreter in 14 verschiedene Ausschüsse dem wichtigsten Beratungsgremium - von der DIHK-Vollversammlung berufen. Sie spiegeln die Branchen- und Themenvielfalt der IHK-Organisation wider. Unternehmer, IHK-Vertreter oder externe Sachverständige bringen ihr Fachwissen in die Ausschussarbeit ein. Die Ausschüsse beraten die wichtigsten Entscheidungsgremien des DIHK: die Vollversammlung, den Vorstand und die Geschäftsführung. Sie unterstützen sie bei ihrer Meinungsbildung und bei der Erarbeitung inhaltlicher Positionen mit gebündeltem Fachwissen und regionaler Kompetenz.

Ausschuss für Kommunikation und Medien: Leistungsschutzrecht mit fairem Interessensausgleich

Der DIHK-Ausschuss für Kommunikation und Medien befasste sich 2012 erneut intensiv mit dem Leistungsschutzrecht für Presseverleger. Der Regierungsentwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes sieht eine Abgabepflicht für Suchmaschinen und Newsaggregatoren vor. Nach Ansicht des DIHK muss eine eventuelle Einführung zu einem fairen Interessensausgleich zwischen Schutzrechtsinhabern, der Öffentlichkeit und der Wirtschaft führen.

Unter Federführung des DIHK-Ausschusses für Kommunikation und Medien hat sich eine Arbeitgruppe mit den strategischen und strukturellen Fragen der Internetauftritte der IHK-Organisation auseinandergesetzt. Kernelement der neuen Internetstrategie ist die Dachmarke ihk.de. So sollen die Unternehmen noch leichter den Weg zu ihrer IHK finden. ihk.de erklärt den Nutzen der Organisation für den Kunden, ermöglicht den direkten Dialog mit der IHK und dem jeweils fachlichen Ansprechpartner. In

der Vollversammlung vom 28. März 2012 in Potsdam wurde das entsprechende Konzept einstimmig verabschiedet.

Ausschuss für Gesundheitswirtschaft: GKV-Finanzierung flexibilisieren, Fachkräfte sichern

Der Ausschuss für Gesundheitswirtschaft unter Vorsitz von DIHK-Ehrenpräsident Ludwig Georg Braun war 2012 unter anderem mit einem Reformvorschlag zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen befasst. Der Ausschuss plädiert für die Rückkehr zu kassenindividuellen Beiträgen, damit insbesondere in Zeiten gut gefüllter Kassen der Preiswettbewerb angefacht wird. Ebenso Teil der Ausschussarbeit war die Werbung für einen IHK-Pflegeberuf. Letzterer kann helfen, den Fachkräftebedarf in den personalintensiven Pflegebranchen zu sichern, indem die erfolgreichen Strukturen der IHK-Ausbildung auch hier genutzt werden. Weiteres Thema, das der Ausschuss diskutierte, war die Frage der Innovationsbewertung in Pharmaindustrie und Medizintechnik. Über die Arbeit des gemeinsamen Bundesausschusses tauschte sich der Ausschuss für Gesundheitswirtschaft mit dem neuen unabhängigen Vorsitzenden Josef Hecken aus. Und auch die Zukunft des Arztberufes stand auf der Tagesordnung, zu Gast war Professor Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer.

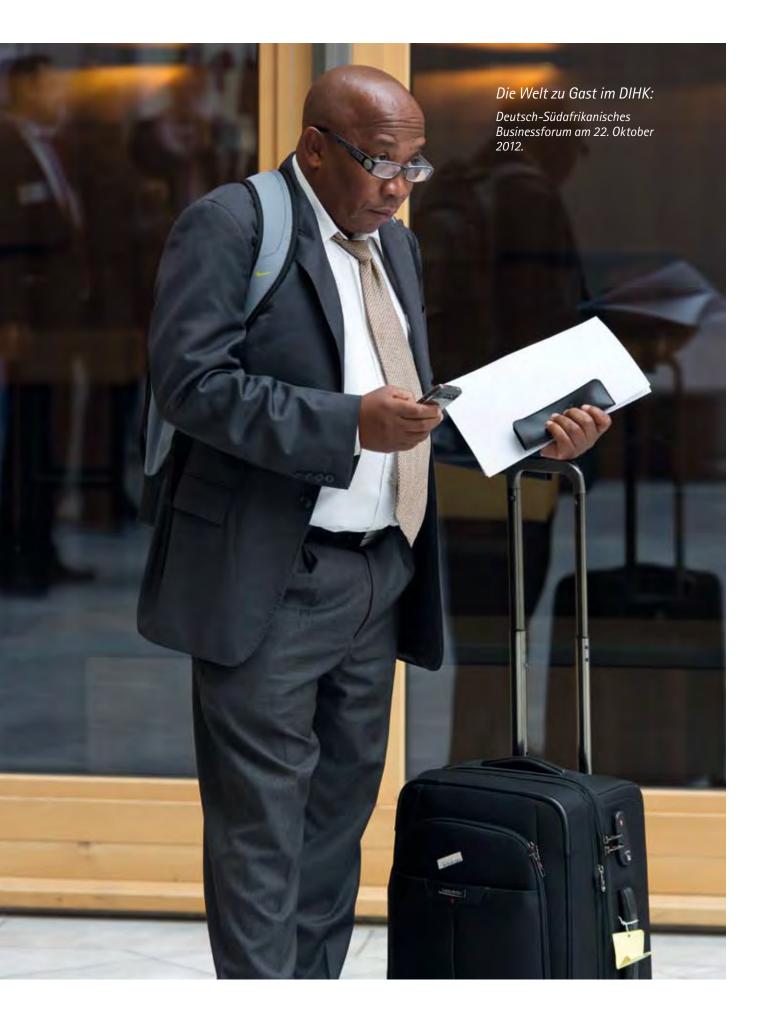
Geld- und Kreditausschuss 2012: Regulierung und Eurorettung

Die Regulierung der Finanzmärkte, Stabilitätsanforderungen an die Banken in Deutschland und Europa, die Konsequenzen der Euro-Schuldenkrise für die Unternehmensfinanzierung – dies waren 2012 die Schwerpunkte der Arbeit des DIHK-Geld- und Kreditausschusses. Basel III, Trennbanken, Solvency II lauteten die entsprechenden Stichworte aus dem Politikbetrieb, die den Weg auf die Tagesordnung der Ausschusstreffen fanden. Hochkarätige Referenten berichteten von den neuesten Entwicklung auf der politischen Bühne

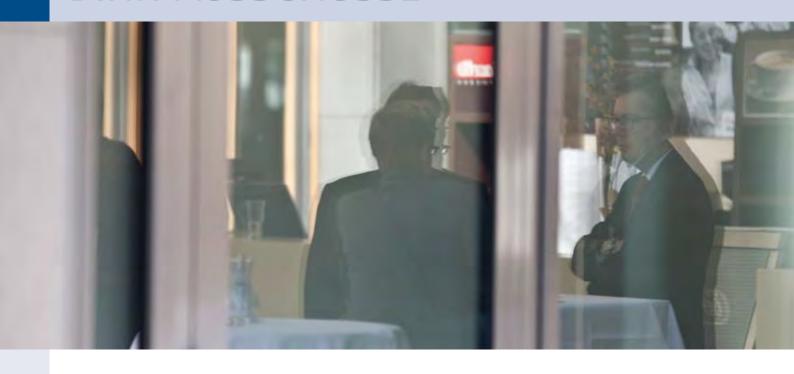
in Brüssel und Berlin: U. a. Frank Cerveny von der European Securities and Markets Authority (ESMA) und Dr. Peter Lutz, Abteilungspräsident Bankenaufsicht, BaFin. Sie präsentierten die Projekte ihrer Häuser bzw. Organisationen und stellten sich den Fragen der Ausschussmitglieder. Die Beratung der DIHK-Arbeit im Bereich Unternehmensfinanzierung durch den Ausschuss trug erneut gute Früchte: So flossen die Erfahrungen aus der Praxis beispielsweise in das deutsche Umsetzungsgesetz zu Teilen des Basel III-Pakets sowie in die DIHK-Positionierung zur Europäischen Bankenunion ein

DIHK-Mittelstandsausschuss: Europa und Steuern oben auf der Agenda

Die Staatsschuldenkreise in Europa sowie die Steuerpolitik waren Schwerpunkte des DIHK-Mittelstandsausschusses im Jahr 2012. Mit dem Parlamentarischen Finanzstaatssekretär Steffen Kampeter (CDU) und dem Chefvolkswirt der DZ Bank Stefan Bielmeier diskutierten die Mitglieder im Herbst die Auswirkungen der Krise auf die Europäische Union und auf Deutschland. Im Frühjahr betrat der Ausschuss neues politisches Terrain: Mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktion der Piratenpartei im Berliner Abgeordnetenhaus Pavel Mayer tauschten sich die Mitglieder zu wirtschaftspolitischen Themen aus - von Europa über Bildung und Sozialpolitik bis hin zur Grundsatzfrage, inwiefern Privateigentum die Verbreitung von Innovationen hemmt. Viel Raum nahmen die steuerpolitischen Pläne der Parteien für die Bundestagswahl 2013 ein. Insbesondere bei Vermögen- und Erbschaftsteuer drohen Mehrbelastungen für den Mittelstand. Auch zwischen den Sitzungen fließt die Praxisexpertise des DIHK-Mittelstandsausschusses und des IHK-Netzwerkes Mittelstand in die Politikberatung ein, so in im Rahmen der AG Bürokratieabbau beim Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.



DIHK-AUSSCHÜSSE



Handelsausschuss: Groß-, Einzelhandel und Handelsvertreter an einem Tisch

Der DIHK-Handelsausschuss setzt sich aus Unternehmen aller Sparten des Handels zusammen. Dabei sind Betriebe jeder Größenordnung vertreten: Von der großen bundesweit aktiven Baumarkt-Kette bis hin zum lokalen Textilhändler. Der Ausschuss beschäftigt sich u. a. mit politischen Querschnittsthemen, die den Handel betreffen, wie z.B. Stadtentwicklung, Baurecht und Verbraucherschutz. Im Frühjahr fand in Hamburg zudem eine Podiumsrunde zur Fachkräftesicherung im Handel statt. Immer wieder standen auch kartellrechtliche Themen sowie der "Wettbewerb im Handel" im Fokus. Eine wichtige Rolle spielen die Zukunftsthemen im Kontext Online-Handel. Bei der Herbstsitzung in Berlin nahm als politischer Gast die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Elvira Drobinski-Weiß, MdB, teil.

Telekommunikation, Neue Medien: Herausforderungen zwischen Technologie und Recht

Mitglieder des Ausschusses sind Anbieter von Diensten und Systemlösungen, Netzbetreiber, Hersteller von IT-Lösungen und Hardware sowie geschäftliche Nutzer aus ganz Deutschland. Sie bilden das gesamte Spektrum der luK-Wirtschaft ab.

Themen im Jahr 2012 waren nicht nur branchenspezifische Inhalte wie der Fachkräftebedarf in der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche. Grö-Beren Raum nahmen Querschnittsthemen im Bereich der Digitalen Welt ein, z. B. die Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen, der neue Rundfunkbeitrag ab 2013, mobile Bezahlmöglichkeiten oder Fragen rund um die Cybersicherheit und Electronic Government. Diese Themen betreffen alle Anwenderunternehmen. Viele IT- und Telekommunikationsunternehmen gehen Kooperationen mit Energieunternehmen ein. Das Thema Smart Markets entwickelte sich deshalb zu einem Schwerpunkt in der Ausschussarbeit.

Tourismusausschuss: Kommunikationsplattform Tourismusausschuss

Unternehmen aus allen Sparten der Branche diskutierten in Berlin intensiv über die Themen Veröffentlichung von Lebensmittelkontrollen (Hygienebarometer), Fachkräftesicherung und Sicherstellung der Ausbildungsqualität sowie über die GEMA-Tarifstruktur. Zudem tauschten sich Experten und Ausschussmitglieder aus zur wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus, zur Nachhaltigkeit im Gastgewerbe und zur Immobilienentwicklung auf dem Hotelmarkt. Im Frühjahr diskutierten die Ausschussmitglieder beim politischen Vorabend mit Hans-Joachim Hacker, MdB, über die Tourismuspolitik der SPD. Im Herbst begrüßte

der Ausschuss Marlene Mortler, MdB, von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Verkehrsausschuss: Mobilität sichern – auch unter schwierigen Rahmenbedingungen

Der Verkehrsausschuss befasste sich 2012 intensiv mit der Bereitstellung und Finanzierung von Verkehrswegen. Diskutiert wurden in diesem Zusammenhang die Wasserstraßenkategorisierung, der in Arbeit befindliche Bundesverkehrswegeplan 2015 und die Spielräume des Bundeshaushaltes zur Infrastrukturfinanzierung. Dabei zeigte sich, dass ein erheblicher Nachholbedarf bei Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur besteht. Zugleich wurde deutlich, dass angesichts der schwierigen Lage der öffentlichen Haushalte die Bereitstellung zusätzlicher Mittel nur schwer durchzusetzen sein wird. Allerdings bieten auch zusätzliche Nutzungsentgelte wie die Pkw-Maut keine Gewähr für eine dauerhafte Erhöhung der Investitionsmittel.

Mit Andreas Marquardt, dem Präsidenten des Bundesamtes für Güterverkehr, wurde die Lage im Transportgewerbe besprochen. Vertreter des Luftfahrtbundesamtes standen zu den zu erwartenden Problemen durch die ab März 2013 geltenden Verschärfungen im Bereich der Luftfrachtsicherheit Rede und Antwort. Weitere Themen waren die strengeren Grenzwerte für

CO2-Emissionen von Straßenfahrzeugen und die ersten Erfahrungen mit dem Feldversuch Lang-Lkw.

Im Frühjahr 2012 diskutierte der Verkehrsausschuss mit Sören Bartol, Sprecher für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der SPD-Bundestagsfraktion. Politischer Gast im Herbst 2012 war Bartholomäus Kalb, Berichterstatter für Verkehr im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages.

Umwelt- und Energieausschuss: Energiewende und Ressourceneffizienz als Top-Themen

Von A wie Abfall bis Z wie Zertifikatehandel reichte die Themenpalette des Umwelt- und Energieausschusses. Besonders die Umsetzung der "beschleunigten Energiewende", die bessere Steuerung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und die Entwicklung der Energieinfrastruktur beschäftigten den Ausschuss intensiv. Die Entscheidungen zum Ausstieg aus der Kernenergie werden dabei nicht in Frage gestellt. Die möglichen Auswirkungen des Umbaus des Stromversorgungssystems weckt aber Sorgen, dass der Strom nicht immer in ausreichender Menge zur Verfügung steht und dass die Preise aus dem Ruder laufen. Die Zusammensetzung des Ausschusses als Spiegelbild der Wirtschaft ist bei diesen Fragen immer Garant für eingehende Diskussionen. Eng mit den Energiethemen verbunden sind die Klimaschutzpolitik und hier vor allem die Vorbereitung auf die dritte Handelsperiode ab 2013. Zugleich wurden die sehr zögerlichen Fortschritte im globalen Klimaschutz beim Austausch mit dem Leiter der deutschen Delegation kritisch zur Sprache gebracht. In der Umweltpolitik galt das Interesse den noch verbleibenden Projekten der 17. Legislaturperiode, insbesondere der Diskussion über die Wertstofftonne. Im Ausschuss wurden Überlegungen zu einer Änderung der Verpackungsverordnung mit Reserve aufgenommen. Ein weiterer Schwerpunkt waren die Auswirkungen neuer Vorschriften der EU, etwa der Industrieemissionsrichtlinie. Auch die Auseinandersetzung mit der EU-Naturschutzpolitik (Natura 2000) in einer Arbeitsgruppe des Ausschusses wurde fortgesetzt.

Ausschuss für Industrie und Forschung: Europäische und deutsche Forschungspolitik im Fokus

Die zukünftige Europäische Forschungsförderung, das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM), die neue Hightech-Strategie der Bundesregierung, die Finanzierung von Innovationsprojekten und die industriepolitischen Planungen der SPD - vor allem auf diesen Feldern war der DIHK-Ausschuss für Industrie und Forschung im Jahr 2012 unterwegs. Im Frühjahr konnte der Ausschuss seine Vorstellungen zur zukünftigen Europäischen Forschungsförderung "Horizon 2020" mit dem stellvertretenden Generaldirektor Forschung bei der Europäischen Kommission, Dr. Rudolf Strohmeier, austauschen. Im Herbst stand Hubertus Heil, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, für eine Diskussion zu industrie- und forschungspolitischen Prioritäten seiner Fraktion für die neue Legislaturperiode zur Verfügung. Wichtige Impulse gaben die Unternehmen mit Blick auf die Anstrengungen des DIHK, das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand des Wirtschaftsministeriums vorfristig zu verlängern und für größere Unternehmen zu öffnen. Einen weiteren Akzent setzte der Ausschuss durch seine Mitwirkung bei einer Stellungnahme des DIHK zur Ausgestaltung der künftigen Hightech-Strategie der Bundesregierung. Vor allem unternehmensnäher und transparenter soll demnach die Strategie in Zukunft aufgebaut werden.

Außenwirtschaftsausschuss: Perspektiven in Zeiten zunehmender Handelshemmnisse

Zentrales Thema des Ausschusses waren die vornehmlich in Schwellenländern zu beobachtenden, zunehmenden protektionistischen Tendenzen. Die lange Liste der Maßnahmen reicht von neuen argentinischen Vorschriften für die Vergabe von Importlizenzen sowie höheren Steuern auf importierte Fahrzeuge in Brasilien, über sich ändernde Zoll- und Einfuhrvorschriften in Russland bis zu neuen Verfahren für die Importzulassung in der Türkei. "Freihandel ist nicht Bedrohung, sondern Voraussetzung für Wirtschaftswachstum weltweit

– auch in Krisenländern." In diesem Sinne positionierte sich der DIHK-Außenwirtschaftsausschuss und plädierte in Richtung Bundesregierung dafür, auf nationaler, EU-und internationaler Ebene entschlossen gegen unfaire Handelspraktiken vorzugehen. Etliche Maßnahmen liegen dabei in der Grauzone: Sie sind zwar nicht illegal, wirken aber diskriminierend und behindern die globale wirtschaftliche Entwicklung.

Angesichts der angespannten Finanzierungssituation in vielen europäischen Staaten befasste sich der Ausschuss auch mit Fragestellungen zur Außenhandelsfinanzierung. Mit Experten wurden die aktuellen Herausforderungen bei der Exportfinanzierung und Exportkreditversicherung eingehend diskutiert.

Der Ausschuss formulierte ferner seine Unterstützung für eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und den USA und unterstrich als Priorität für die transatlantischen Beziehungen die Harmonisierung von Standards und Regulierungen. Diskutiert wurden zudem Zukunftsfelder der Exportförderung wie Rohstoffe, Ernährung oder Elektromobilität.

Bildungsausschuss: Fachkräftesicherung und Bildungsexport auf der Tagesordnung

Fachkräftesicherung war auch 2012 Schwerpunktthema des DIHK-Bildungsausschusses. Dabei ging es u.a. um die Entwicklung eines personalwirtschaftlichen Instrumentenkastens für kleine und mittlere Unternehmen. Es wurde ferner erörtert, wie über Einstiegsqualifizierungen noch mehr Jugendliche mit Benachteiligungen in Ausbildung gebracht werden können. Für Erwachsene, die über keine oder eine zeitlich lange zurückliegende Ausbildung verfügen, wurde im Bildungsausschuss die Möglichkeit einer Rückkehr in Beschäftigung durch Teilqualifikationen diskutiert. Nach Evaluierung regionaler Pilotprojekte soll die weitere Vorgehensweise auf Bundesebene abgestimmt werden. Zweiter Themenschwerpunkt im Bildungsausschuss war der Export des Systems der dualen Berufsausbildung. Ein vom DIHK entwickeltes

DIHK-AUSSCHÜSSE

und von der Vollversammlung im November beschlossenes Konzept sieht ein vielfältiges Angebot an Bildungsdienstleistungen vor. In diesem Zusammenhang wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem DIHK und dem Dachverband der spanischen Kammern zur beruflichen Bildung unterzeichnet. Darüber hinaus hat der Bildungsausschuss die "Schul- und hochschulpolitischen Leitlinien des DIHK" erarbeitet.

Finanz- und Steuerausschuss: Impulse aus dem Ausland nutzen – das deutsche Steuerrecht stärken

Die Arbeit des DIHK-Finanz- und Steuerausschusses war von der Vielfältigkeit der steuerpolitischen Aktivitäten gekennzeichnet. Über 40 DIHK-Stellungnahmen gegenüber Bundesfinanzministerium, Bundestag und Bundesverfassungsgericht wurden in enger Abstimmung mit dem Ausschuss erarbeitet – angefangen von der Neukonzeptionierung der steuerlichen Organschaft über die Taxonomie der E-Bilanz bis hin zu Fragen der Verfassungsmäßigkeit der Gewerbesteuer. Der Finanz- und Steuerausschuss hat es sich überdies zum Ziel ge-

setzt, nicht nur steuerpolitische Vorgänge zu kommentieren, sondern Impulse zu einer innovations- und investitionsfördernden Weiterentwicklung des deutschen Steuerrechts zu setzen. Dabei werden Anregungen aus dem Ausland im Rahmen eines Best-Practice-Verfahrens diskutiert. So haben auf der Frühjahrstagung des Ausschusses in der Französischen Botschaft Experten aus Finanzverwaltung, Unternehmen und Beratung das französische Unternehmensteuerrecht analysiert. Gegenstand war unter anderem die umfassende französische Verlustberücksichtigung, die nunmehr vom deutschen Gesetzgeber aufgegriffen wurde. Auch im Steuerverfahrensrecht können wichtige Anleihen aus dem Ausland genommen werden: So hat ein internationaler Vergleich auf der Herbsttagung in Frankfurt am Main verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, wie die administrativen Befolgungskosten der Unternehmen reduziert werden können.

Rechtsausschuss: Vorschläge für ein modernes AGB- und Urheberrecht

Konkrete Alltagsprobleme der Unternehmen, die einer baldigen gesetzgeberischen Lösung bedürfen, standen im Vordergrund der Arbeit des DIHK-Rechtsausschusses. So erarbeitete der Ausschuss einen Vorschlag zur Reform des AGB-Rechts. Angestrebt wird eine moderate Öffnung im Sinne der Vertragsfreiheit der Parteien.

Außerdem empfiehlt der Rechtsausschuss, Verträge ab einem bestimmten Geschäftsvolumen vom zwingenden Schutz der AGB-Regelungen auszunehmen. Einfache und klare Lizenzierungsmöglichkeiten sowie flexiblere Schrankenregelungen diskutierte der Rechtsausschuss mit Blick auf ein zeitgemäßes Urheberrecht.

Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema "Compliance in den Unternehmen". Neben der Information und dem Austausch über bestehende Haftungsrisiken und einer möglichen Risikobegrenzung durch eine effektive Compliance-Organisation sprach sich der DIHK für eine bußgeldmindernde Berücksichtigung von Compliance-Maßnahmen im Unternehmen durch das Gesetz gegen Ordnungswidrigkeiten aus.



WIRTSCHAFTSPOLITIK



STANDORTPOLITIK

Eintrübung ja, Einbruch nein

Die deutsche Wirtschaft konnte 2012 um 0,7 Prozent zulegen. Die von vielen Skeptikern befürchtete Rezession ist ausgeblieben. Doch die DIHK-Konjunkturumfrage hatte bereits seit dem Herbst 2011 signalisiert, dass die Wirtschaftsdynamik hierzulande nachlässt, ohne zu erlahmen. Trotz allmählicher Verschlechterung sind die Lageeinschätzungen der Unternehmen im gesamten Jahr 2012 noch spürbar besser ausgefallen als im Schnitt seit der Wiedervereinigung. Darin kommen die hohe Wettbewerbsfähigkeit und die Früchte erfolgreicher politischer Reformen zum Ausdruck.

Investitionsbereitschaft gestört

Die europäische Staatschuldenkrise hat vor allem die Investitionsbereitschaft der Betriebe in Deutschland und Europa in Mitleidenschaft gezogen. Bis zum Frühjahr hatten sich die Investitionsabsichten hierzulande spürbar aufgehellt, nachdem die Regierungen in Europa vertrauensbildende Maßnahmen wie den EU-Fiskalpakt auf den Weg gebracht hatten. Dann jedoch brachten die Wahlkämpfe in Griechenland und Frankreich, das öffentliche und mediale Hin und Her über Strukturreformen sowie die Diskussion über die Zukunft des Euros die Unsicherheit zurück. Zudem irritiert die inländische Steuerdebatte über eine Wiedereinführung der Vermögensteuer, eine Ver-

Finanzierung intakt

Anders als vor allem in Südeuropa leidet die Unternehmensfinanzierung hierzulande nicht unter den Folgen der Schuldenkrise. Für die meisten Betriebe ist die Finanzierungssituation derzeit entspannt, wie eine Sonderauswertung der DIHK-Konjunkturumfrage zum Finanzierungszugang belegt. Ein Geschäftsrisiko ist die Finanzierung lediglich für 14 Prozent der Betriebe. Das günstige Finanzierungsumfeld sowie das starke Vertrauen in die eigene Wettbewerbsfähigkeit bereiten den Boden für eine schnelle Belebung der Investitionsdynamik, falls sich die Turbulenzen durch die Staatsschuldenkrise legen.







Wirtschaftsweise fragen nach

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat auch im Jahr 2012 die Gelegenheit genutzt, die geschäftliche Situation der Unternehmen und wirtschaftspolitische Risiken zu diskutieren – in einer Runde unter Leitung von DIHK-Vizepräsident Otto Lamotte und weiteren DIHK-Vertretern. Das Jahresgutachten des Rates zitiert den DIHK mehrfach.

schärfung der Erbschaftsteuer für Unternehmen und eine Anhebung des Spitzensteuersatzes die Betriebe. Schließlich hat auch die Weltwirtschaft an Schwung verloren. Das lässt die Unternehmen vorsichtiger agieren.

Bauboom erreicht Grenzen

Niedrige Zinsen sowie steigende Beschäftigung und Löhne erleichtern es vielen Menschen, sich den Traum von den eigenen vier Wänden zu erfüllen. Der private Wohnungsbau brummt – das zeigt auch die DIHK-Sonderauswertung zur Bauwirtschaft 2012. Allerdings verhindern die zunehmende Vorsicht beim Wirtschaftsbau und die schwachen öffentlichen Investitionen ein

KONJUNKTUR

Überschäumen der Bautätigkeit. Der Tiefbau zeigt sich im Herbst 2012 weiterhin so unzufrieden wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig. Zwar haben sprudelnde Steuereinnahmen und sinkende Zinsen auch in den Kommunen – sie tätigen über die Hälfte der staatlichen Bauinvestitionen – die Finanzlage spürbar verbessert. Allerdings besteht Anlass zur Sorge, dass viele Kommunen bei der nötigen Haushaltskonsolidierung den Rotstift am falschen Ende ansetzen – Infrastruktur ist das Lebenselixier der Wirtschaft. Bereits jetzt zehren wir die Substanz von Straßen, Schienen und Seewegen allmählich auf.

Export: Musik spielt in Übersee

Die Staatschuldenkrise macht auch den deutschen Exporteuren zu schaffen. Das Exportgeschäft mit den Ländern der Eurozone lahmt. Dank der Nachfrage aus Ländern außerhalb der Europäischen Währungsunion entwickelt sich das Exportgeschäft insgesamt aber bemerkenswert robust. Deutsche Produkte sind weltweit gefragt. Im Hightech-Bereich dürfte die deutsche Industrie sogar Exportweltmeister bleiben. Deutschland hat seine Wettbewerbsfähigkeit im Zusammenspiel von kluger Standortpolitik und Unternehmensentscheidungen schon vor der Krise erhöht.

Reformen und Internationalisierung machen sich bezahlt

Als ein Schlüssel zum Erfolg hat sich die frühzeitige Internationalisierungsstrategie der deutschen Industrie herausgestellt mit Produktions-, Service- und Vertriebsstätten direkt beim Kunden vor Ort. Eine DIHK-Umfrage zeigt, dass die deutschen Industriebetriebe mit ihren Auslandsinvestitionen fast alle Regionen im Visier haben. Die Produktionsverlagerung aus Kostengründen spielt zugleich eine geringere Rolle als in den vorherigen Jahren. Die Unternehmen schätzen derzeit den Produktionsstandort Deutschland. Hierzu tragen eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung und der Abbau von Lohnkostennachteilen bei. Die Erfolge sind jedoch kein Grund, jetzt die Hände in den Schoß zu legen.

Europa kämpft sich aus der Krise

Die meisten Länder in Europa sind auf einem intensiven Reformweg. Langfristige strukturelle Missstände können allerdings nicht von heute auf morgen gelöst werden. Der Weg aus der Krise ist lang und mühsam. Allmählich kommt jedoch im Euroraum die konjunkturelle Talsohle in Sichtweite. Das zeigt die Konjunkturumfrage von Eurochambres, der europäischen Dachorganisation der Industrie- und Handelskammern, vom Herbst 2012. Die Einschätzungen der europäischen Unternehmen belegen, dass eine wirtschaftliche Aufhellung derzeit nur über die Exportseite kommen kann. Die Ausfuhren kompensieren zumindest allmählich die schwache Binnenentwicklung. Auf dieses Muster konnte Deutschland bereits mehrfach bauen, mit der Exportwirtschaft als Initialzünder für Wachstum von Investitionen und Konsum.

Die EU hat zahlreiche Maßnahmen unternommen, die Staatsschuldenkrise in Europa zu lösen, wie z.B. die Verabschiedung des Fiskalpaktes oder Vorschläge zur Bankenunion. Der DIHK hat nicht nur diese Diskussion aktiv begleitet. Auch politische Hilfen, wie z. B. eine Erklärung der Maßnahmen im Glossar "Schulden, Schirme, Sixpack – das Wichtigste zur Euro-Schuldenkrise von A-Z" wurden herausgebracht. Gemeinsam mit den AHKs in den betroffenen Ländern hat der DIHK im Euro-Reform-Monitor kontinuierlich den Reformfortschritt dokumentiert.

Angesichts der Sorgen vieler Bürger und Unternehmen um die Stabilität des Euros hat EZB-Chef Mario Draghi im März 2012 im DIHK das Gespräch mit Unternehmern gesucht. Dabei versicherte Draghi, dass die EZB über genügend Instrumente verfügt, im Falle stärker steigender Preise gegenzusteuern – und dies auch konsequent tun werde. Der DIHK machte bei dem Treffen deutlich, man habe Verständnis für Notfallmaßnahmen, dürfe aber das eigentliche Mandat der EZB – die Wahrung der Preisstabilität – nicht aus dem Blick verlieren. Der eingeschlagene Kurs berge Risiken.

Mittelstand unter dem Eindruck der Euro-Krise

Zeigte sich der Mittelstand zu Jahresbeginn 2012 noch kaum beeindruckt von der Staatsschuldenkrise, so sehen die Unternehmen mittlerweile einige Blessuren. Das zeigen die DIHK-Mittelstandsreporte vom Jahresbeginn und vom Herbst 2012, die auf mehr als 20.000 Antworten von kleinen und mittleren Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten (KMU) basieren. Es ist vor allem der Binnenkonsum, der den Mittelstand derzeit stabilisiert.



FAMILIE UND BERUF



ARBEIT UND SOZIALES

Keine Rentenversicherungspflicht für Selbstständige

2012 stand im Zeichen der Rentendebatte. Der DIHK hat die Politik überzeugt, dass eine Pflichtversicherung für Selbstständige in der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) der falsche Weg wäre, um potenzieller Altersarmut vorzubeugen. Wenn überhaupt, wäre eine Vorsorgepflicht bei weitgehend freier Wahl der Ausgestaltung begründbar. Ein sinnvoller Baustein zur Flankierung der Rente mit 67 harrt zugleich der Umsetzung: höhere und flexible Hinzuverdienstgrenzen bei vorzeitigem Rentenbezug. Neue Leistungen in der GRV sind vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Herausforderungen für

der Gesundheitswirtschaft, aber auch wachsende Herausforderungen wie zunehmende Fachkräfteengpässe, die nicht zuletzt die personalintensiven Gesundheitsund sozialen Dienste belasten.

Fachkräftesicherung als Herausforderung – Erleichterung bei der Zuwanderung

Die Fachkräftesicherung war eines der beherrschenden Themen. Nach langwieriger Diskussion innerhalb der Bundesregierung sind wichtige Erleichterungen für die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte (Hochschulabsolventen) in Kraft getreten, für die der DIHK geworben hatte. Vor dem

beitsgruppe zur Erschließung ausländischer Fachkräftepotenziale. Hierbei spielt die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt eine immer größere Rolle, weswegen der DIHK 2012 die personellen Voraussetzungen geschaffen hat, sich dem Thema verstärkt zu widmen. Insgesamt hat sich der Arbeitsmarkt 2012 positiv entwickelt. Ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Flexibilitätsinstrument für die Betriebe ist die Zeitarbeit. Der DIHK hat in zwei Sonderauswertungen seiner Konjunkturumfrage auf die Entwicklungen und Herausforderungen in dieser Branche aufmerksam gemacht und vor weiteren Regulierungen gewarnt.



Über die Fortschritte bei der Umsetzung des CSR-Abstandsplans der Bundesregierung freuen sich die Mitglieder des CSR-Forums. V.I.n.r. Achim Dercks, stellv. DIHK-Hauptgeschäftsführer, Marlehn Thieme, Vorsitzende des Rats für Nachhaltige Entwicklung und Gerd Hoof, Staatssekretär im BMAS.

DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann diskutierte anlässlich des Ersten Demografiegipfels am 4. Oktober 2012 u. a. mit Bundesarbeitsministerin von der Leyen über die Herausforderungen des demografischen Wandels für die Fachkräftesicherung in Deutschland. Im Rahmen der Demografiestrategie engagiert sich der DIHK in fünf Arbeitsgruppen.



künftige Beitragszahler und Betriebe kritisch zu sehen. Darauf hat der DIHK wiederholt hingewiesen. In der Pflegeversicherung hat sich der DIHK gegen die Beitragserhöhung zum 01.01.2013 ausgesprochen, denn eine Neuorganisation der Finanzierung ist damit nicht verbunden. Ein Lichtblick dagegen: Der Einstieg in die Kapitaldeckung beginnt. Weitere wichtige Themen des Jahres waren die unverändert gute Entwicklung

Hintergrund der demografischen Entwicklung und zunehmender Engpässe auch bei beruflich Qualifizierten gilt es nun, auch für diese Gruppe Erleichterungen zu erzielen. Der DIHK hat zudem anhand von Unternehmensumfragen sowohl auf regionale als auch auf branchenspezifische Fachkräfteengpässe hingewiesen. Im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung leitet der DIHK-Präsident gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsminister eine Ar-

Kinderbetreuungsausbau statt Betreuungsgeld

Die Politik diskutierte über das Betreuungsgeld, die Finanzierung des schleppenden Kitaplatzausbaus und eine Frauenquote. Der DIHK stellte wiederholt klar, dass die Priorität im Ausbau und der Flexibilisierung der Betreuungsinfrastruktur liegen muss.

CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY

Dies untermauern auch die zentralen Ergebnisse einer Unternehmensbefragung im Sommer zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deutliche Kritik übte der DIHK am Betreuungsgeld, weil dieses die Erwerbstätigkeit von Müttern und die frühkindliche Bildung negativ beeinflusst. Die Debatte um eine Frauenquote ging 2012 auf Europa- und Bundesebene weiter. Der DIHK betonte, dass zur Steigerung des Anteils von Frauen in Führungspositionen an den Ursachen angesetzt werden muss (z. B. schnellerer Wiedereinstieg), anstatt feste Quoten zu beschließen. Helfen können hierbei flexiblere Arbeitszeiten, wozu Unternehmen und Politik acht Leitsätze beim Unternehmenstag 2012 des vom DIHK und Familienministerium getragenen Netzwerkbüros "Erfolgsfaktor Familie" verabschiedeten. Zudem arbeitet der DIHK im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung am Ziel mit, die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.

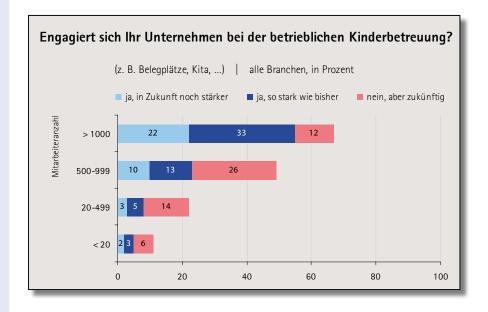
IHK-Unternehmensbarometer zeigt Aktivitäten der Betriebe

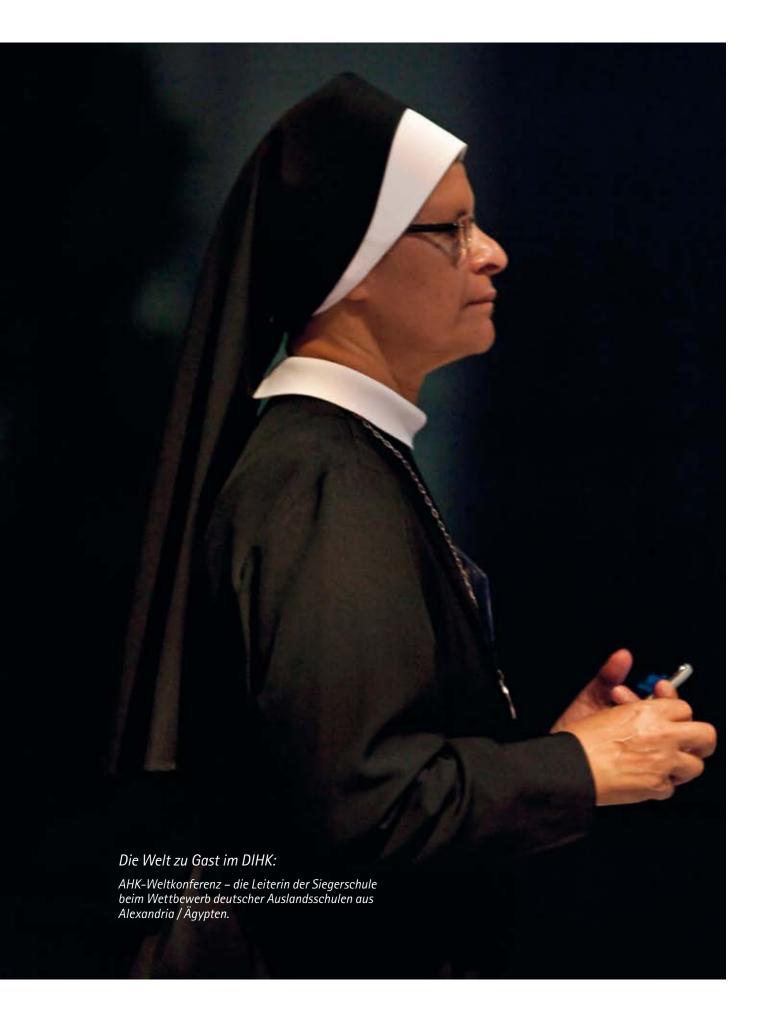
Die Unternehmen in Deutschland übernehmen gesellschaftliche Verantwortung und lehnen Berichtspflichten ab. Das zeigt das IHK-Unternehmensbarometer aus dem Sommer 2012. Es belegt, dass sich hierzulande 98 Prozent der Betriebe mit mindestens 20 Mitarbeitern über die gesetzlichen Anforderungen hinaus für die Gesellschaft engagieren.

Gesellschaftliches Engagement (Corporate Social Responsibility, CSR) ist somit fester Bestandteil der deutschen Unternehmenskultur. In der von Mittelstand und Familienunternehmen geprägten Unternehmenslandschaft ist die Übernahme von Verantwortung unter der Überschrift des ehrbaren Kaufmanns eine Selbstverständlichkeit.

Unternehmen sind dabei besonders aktiv in der Förderung ihrer Mitarbeiter, im Engagement für junge Menschen, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie in der Förderung von Sport und Kultur in ihrer Region. Angesichts dieses vielfältigen Einsatzes der Wirtschaft sind die geplanten Regulierungen aus Brüssel das völlig falsche Signal. Gesetzliche Berichtspflichten engen nur die CSR-Vielfalt ein und widersprechen dem Grundgedanken des gesellschaftlichen Engagements. Sinnvoller ist es, die Unternehmen durch Informationen sowie das Hervorheben guter Beispiele zu fördern.

Das hilft vor allem den vielen Betrieben, die sich noch stärker engagieren wollen. In der Umfrage haben 41 Prozent der Unternehmen angekündigt, in Zukunft noch schonender mit natürlichen Ressourcen umgehen zu wollen. Mehr als ein Drittel der Befragten hat sich eine stärkere Förderung der Gesundheitsvorsorge ihrer Mitarbeiter auf die Fahnen geschrieben.





IHK-JAHRESTHEMA 2012



ENERGIE UND ROHSTOFFE

Energie und Rohstoffe für morgen sicher | effizient | bezahlbar

"Energie und Rohstoffe für morgen" war das Jahresthema 2012 der IHK-Organisation. In der Energiepolitik geht es um den grundlegenden Umbau der Stromerzeugung in Deutschland und seine Folgen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien macht zwar unabhängiger von Importen. Zugleich erfordert er aber den Ausbau der Übertragungsnetze und einen Kraftwerkspark, der Lücken der Versorgung schließen kann. Die bessere Koordinierung der einzelnen Bausteine der Energiewende bleibt zentrale Aufgabe der Politik. Bei den Rohstoffen entstehen Knappheiten durch die wachsende Nachfrage in den Schwellenländern und

die Prioritäten des Energieumbaus in Deutschland. Anschließend diskutierten die energiepolitischen Sprecher von CDU und SPD mit Vertretern betroffener Unternehmen über Risiken und Chancen der Energiewende. Strategien zur Rohstoffsicherung waren Thema einer zweiten Podiumsdiskussion.

In weiteren Veranstaltungen wurden einzelne Aspekte des Themas vertieft. In Brüssel konnte der DIHK ebenfalls 300 Gäste zu einer Veranstaltung mit Energiekommissar Oettinger begrüßen. Ressourcenschonung durch Recycling war Thema einer weiteren gut besuchten Veranstaltung mit Katherina Reiche, Staatssekretärin im Bundesumweltministerium und Eric Schweitzer, Vor-

lung genommen, so etwa zum umstrittenen Aufsuchen von Erdgas aus Schiefergestein (Fracking), zur Entwicklung des Ölpreises oder zu den Komponenten des Strompreises. Auf der Webseite des Jahresthemas wurde jeweils ein Chart des Monats zu zentralen Fragen der Rohstoffversorgung eingestellt.

Die IHK-Organisation hat zudem erstmals ein "Energiewende-Barometer" vorgelegt. Darin enthalten sind die Ergebnisse einer Unternehmensbefragung. Die Energiewende ist danach für die Wirtschaft Chance und Risiko zugleich. Neuen Produkten und Absatzmärkten stehen steigende Strompreise und wachsende Risiken für die Versorgungssicherheit gegenüber. Das Baro-





Das Jahr 2012 stand in der IHK-Organisation unter dem Motto "Energie und Rohstoffe für morgen". Zur Auftaktveranstaltung im Januar 2012 diskutierten Experten die Problematik der Energiewende. Rechts: Zur Abschlussveranstaltung im Dezember in Berlin sprach Günther Oettinger, Energiekommissar bei der Europäischen Union.

durch eine Konzentration des Angebots auf wenige Lieferländer. Hier geht es darum, in den Unternehmen das "Rohstoffbewusstsein" zu stärken und zugleich die Politik auf die Bedeutung der Aufgabe der Rohstoffsicherung hinzuweisen.

Bei der Auftaktveranstaltung am 17. Januar im Haus der Wirtschaft erläuterte Bundeswirtschaftsminister Rösler vor 300 Gästen standsvorsitzender der Alba Group. Neue Transparenzvorschriften beim Rohstoffeinkauf schließlich wurden mit der Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Kopp, erörtert. In den IHKs wurden weitere etwa 1.000 Veranstaltungen und Aktionen zum Thema angeboten.

Mit insgesamt acht Faktenpapieren hat der DIHK im Jahresverlauf zu wichtigen Aspekten der Energie- und Rohstoffpolitik Stelmeter spiegelt aktuell ein negatives Bild wider: Auf einer Skala von -100 (Auswirkungen von allen "sehr negativ" bewertet) bis +100 (alle "sehr positiv") bewerten die Unternehmen die Auswirkungen mit -12,5. Das "Energiewende-Barometer" wird künftig einmal pro Jahr Stimmungen und Einschätzungen der Unternehmen ermitteln.



RECHT

Law – Made in Germany als Exportschlager

"Made in Germany" ist nicht nur ein Qualitätssiegel für deutsche Autos oder Maschinen, sondern auch für deutsches Recht. Gemeinsam mit den großen Justizorganisationen Deutschlands, darunter die Bundesrechtsanwaltskammer und der Anwaltsverein, wirbt der DIHK deshalb im globalen Wettbewerb der Rechtsordnungen für die Vorzüge des deutschen Rechtssystems. In der Auftaktveranstaltung im Haus der Deutschen Wirtschaft erklärte DIHK-Präsident Driftmann es zum mitentscheidenden Faktor für den Erfolg des Standorts Deutschland. Es garantiert weitgehende unternehmerische Freiheit und

Themen gewinnen für die Unternehmen gerade im internationalen Geschäftsverkehr an Bedeutung.

Urheberrecht reformieren

Die Rechtspolitik stand auch 2012 vor Herausforderungen durch die digitale Welt: Das umstrittene Abkommen gegen Produkt- und Markenpiraterie (ACTA) und die Diskussionen um die Schaffung eines neuen Leistungsschutzrechts für Verleger sind bekannte Beispiele. Mehrere DIHK-Ausschüsse haben sich mit dem Urheberrecht befasst und konnten als gemeinsames Ziel festhalten: Ohne grundlegende Reformen und Anpassungen an die digitale Welt wird

gen und die kommende Europäisierung des Urheberrechts.

Finanzanlagenvermittler: Neue Aufgabe der IHK-Organisation

Die Lehren der Finanzkrise erreichen auch das Recht: 2012 wurde die IHK-Organisation durch das "Gesetz zur Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagenrechts" in das politische Ziel des Anlegerschutzes eingebunden. Zur Verbesserung der Anlageberatung und -vermittlung wurden die Berufszugangsregeln für Finanzanlagenvermittler zum Januar 2013 erheblich verschärft. Danach sind für die erforderliche Berufserlaubnis nicht nur





Zum Exportschlager "Law – Made in Germany" diskutierten u. a. die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und der Präsident des Deutschen Anwaltsvereins Prof. Wolfgang Ewer.

gewährleistet Rechtssicherheit. Vor allem: unser Rechtsstaat ist im internationalen Vergleich kostengünstig und schnell. Das weiß man auch im Ausland zu schätzen.

Nicht jeder Streit muss vor Gericht enden. Unternehmen können auch die außergerichtliche Konfliktlösung wählen. Um diese wichtige Kammertradition weiterzuentwickeln, pflegen die IHK-Organisation und die AHKs intensiv die Schiedsgerichtsbarkeit und die Wirtschaftsmediation. Diese

das Urheberrecht nicht mehr akzeptiert – mit gravierenden Folgen z. B. auch für den Schutz der Patentrechte oder den Kampf gegen Produktpiraterie. In mehreren Foren, so u. a. beim "Tag des Geistigen Eigentums" oder beim Zukunftsforum Urheberrecht des BMJ, führt der DIHK die notwendige öffentliche Debatte u. a. um die Schaffung einfacher, legaler Nutzungsmöglichkeiten für Unternehmen, um den fairen Interessensausgleich für Urheber, Nutzer und Verwerter sowie um flexible Schrankenlösun-

persönliche Zuverlässigkeit und geordnete Vermögensverhältnisse nachzuweisen, sondern auch eine IHK-Sachkundeprüfung und eine Berufshaftpflichtversicherung. Zudem müssen Finanzanlagenvermittler sich in das von den IHKs geführte Vermittlerregister (www.vermittlerregister.info) eintragen lassen. Der DIHK ist gemeinsame Registerstelle und hat die IHKs dabei begleitet, alle neuen hoheitlichen Aufgaben in die Praxis umzusetzen.

Wirtschaftliche Selbstverwaltung in Europa

Die gesetzliche Mitgliedschaft führt für Unternehmen aus EU-Staaten, die sich in Deutschland niederlassen, zur Gleichbehandlung mit deutschen Unternehmen in den Rechten und Pflichten der Selbstverwaltung: Das ist gelebter Binnenmarkt. Dennoch wird wiederholt die gesetzliche Mitgliedschaft z. B.über Petitionen und Beschwerden auf europäischer Ebene in Frage gestellt. Das deutsche System ist 2012 allerdings auch aus Sicht der Europäischen Kommission und des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments als fraglos mit dem Europarecht vereinbar beurteilt worden. Es ist gleichwohl eine bleibende Aufgabe des DIHK, über die freiheitssichernden Vorteile der wirtschaftlichen Selbstverwaltung auch auf europäischer Ebene aufzuklären: nur über öffentlichrechtliche Kammern kann das Gesamtinteresse der Wirtschaft abgebildet werden.

STEUERN

Haushaltskonsolidierung erfordert Ausgabendisziplin

Die größte Herausforderung der Zukunft ist eine Politik ohne neue Schulden. Die Vorschläge mit Blick auf die grundgesetzliche Schuldenbremse reichen dabei von Steuererhöhungen bis hin zu weniger Ausgaben. Die IHKs gelangen bei ihren regelmäßig durchgeführten regionalen Haushaltsanalysen oft zu dem Ergebnis, dass die Ausgaben der Länder und Kommunen schneller als die Einnahmen steigen. Zusammen mit einem hohen Schuldenstand ist also auch fehlende Ausgabendisziplin ein wesentlicher Grund für die vielfach angespannte Finanzsituation. Die öffentliche Aufmerksamkeit für die Euro-Staatsschuldenkrise überdeckt zum Teil die ebenfalls notwendige Konsolidierung in Deutschland.

IHK-weiter Austausch zur Konsolidierungsberatung

Gleichzeitig bedarf es mehr öffentlicher Investitionen in den Zukunftsfeldern Infrastruktur und Bildung. Was also tun? Die IHKs stellen den Ländern und Kommunen bereits vielfältig ihre Expertise zur Verfügung. Die Bandbreite der Instrumente, wie z. B. Haushaltsgutachten, die die IHKs vor Ort nutzen können, um erfolgreiche Konsolidierungsberatung zu leisten, zeigte die gemeinsame Veranstaltung des DIHK und der IHKs am 22. Oktober 2012. Ein intensiver Austausch innerhalb der IHK-Organisation ist sinnvoll, um die Interessen der Wirtschaft angesichts sinkender kommunaler Leistungsfähigkeit, drohender flächendeckender Steuererhöhungen sowie Tendenzen zur Re-Kommunalisierung vormals privatisierter Aufgaben zu vertreten.

Spielraum für Steuerreformen durch Subventionsabbau

Auch auf Bundesebene wird den Wünschen nach neuen Ausgaben allzu schnell nachgegeben – siehe z. B. die Diskussion über eine Mindest- bzw. Zuschussrente. Haushaltspolitisch wird durch diesen Kurs der Spielraum für systematische Steuerreformen zusätzlich eingeengt. Wiederholt hat der DIHK deshalb gegenüber der Politik das Angebot erneuert, dass die Wirtschaft im Gegenzug zu einer Reform der Unternehmensbesteuerung zum Abbau von Subventionen bereit ist. Dabei geht es nicht in erster Linie um Steuersenkungen, so wünschenswert sie sind, sondern um Verbesserungen im System der Besteuerung, wie zum Beispiel dem Abbau der Substanzbesteuerung oder der Besteuerung von Personenunternehmen. Zu diesen Schwerpunkten hat der DIHK-Vorstand am 27. März 2012 in Potsdam und am 14. November 2012 in Dresden entsprechende Positionspapiere verabschiedet, mit der die Politik eindringlich zu Verbesserungen aufgefordert wird.

Gelangensbestätigung wird entschärft

Der DIHK trat aber auch sich anbahnenden neuen bürokratischen Lasten entgegen. So setzte er sich erfolgreich gegen die sogenannte Gelangensbestätigung als einzig zulässigen Nachweis für eine steuerfreie EU-Lieferung ein. Große Schwierigkeiten hätte vor allem die zwingend geforderte Unterschrift des Kunden über den Erhalt der Ware bereitet, denn in vielen Fällen hat dieser keinen direkten Kontakt mit dem Lieferanten. Diese und weitere Probleme hat der DIHK in verschiedenen Gesprächen mit dem BMF und in seinen Stellungnahmen klar adressiert. In Zukunft sollen alternativ zur Gelangensbestätigung auch andere Nachweise zugelassen werden, z. B. Transportbelege der Spediteure.

STEUERN

Bürokratieabbau mit Reisekostenreform

Die Reisekostenreform ist nunmehr beschlossene Sache. Ihr ging ein langer, aber konstruktiver Dialog zwischen Verbänden und Finanzverwaltung voraus. Der DIHK setzte sich dabei mit Nachdruck für Vereinfachungen z. B. bei der Bestimmung des für die Entfernungspauschale maßgeblichen Arbeitsplatzes oder Pauschalierungen bei den Verpflegungsmehraufwendungen ein. Hier werden unter anderem zukünftig weniger Aufzeichnungspflichten verlangt. In Workshops mit dem BMF und Stellungnahmen wurden gemeinsam Vorschläge diskutiert und Kompromisse gefunden. Zukünftig werden Unternehmen und Arbeitnehmer weniger Bürokratie bei den über 150 Millionen Dienstreisen jährlich zu schultern haben.

Höherer Verlustrücktrag

Mit der Anhebung des Verlustrücktrages auf 1 Million Euro und den formellen Erleichterungen bei der zusammengefassten Besteuerung von Unternehmen, der sogenannten Organschaft, wurden langjährige Forderungen des DIHK aufgegriffen, wenn auch der Gesetzgeber hinter den Erwartungen zurückbleibt. Nunmehr sollen in den für die Organschaft notwendigen Verträgen die Gesetzestexte nicht mehr eins zu eins zitiert werden müssen. Zukünftig genügt der Verweis auf die entsprechende Regelung im Gesetz. Darüber hinaus wird die Anforderung, dass der gesamte Gewinn der Tochtergesellschaft abgeführt werden muss, entschärft. Kleinere Fehler, die in der unternehmerischen Praxis nicht immer vermeidbar sind, sollen in Zukunft unbeachtlich sein, wenn der Jahresabschluss von einem Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater testiert worden ist.

Steuerpläne der Parteien verunsichern Unternehmen

Mit den Steuerreferenten der IHKs und den Mitgliedern des DIHK-Finanz- und Steuerausschusses wurden bereits angekündigte Steuerpläne der Parteien mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl diskutiert. Hierbei stellte sich heraus, dass insbesondere die Ankündigungen zur Wiedereinführung der Vermögensteuer oder Einführung einer Vermögensabgabe und über Verschärfungen bei der Erbschaftsbesteuerung des Betriebsvermögens zu Unsicherheiten führen. In zahlreichen politischen Hintergrundgesprächen und öffentlichen Statements hat der DIHK die negativen Konsequenzen für die Zukunftsfähigkeit, vor allem des deutschen Mittelstandes, erläutert. Die Politik will auf unsere Hinweise hin nun auch in einen intensiveren Dialog mit Unternehmen treten, um sich ein Bild von den möglichen Folgen ihres Handelns zu machen.

DBA Singapur mit Freistellung

Das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Deutschland und Singapur wird nun doch die – generell vom DIHK geforderte – Freistellungsmethode beinhalten. Folge: Dort erwirtschaftete Gewinne und gezahlte Löhne müssen nicht noch einmal in Deutschland versteuert werden, was gegenüber Wettbewerbern aus anderen Staaten einen erheblichen Nachteil bedeutet hätte.



Bei der IFST-Veranstaltung zur Vermögensteuer ging es um die Belastung für die Unternehmen. Von rechts: DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben mit Prof. Johanna Hey, Direktorin des Instituts für Steuerrecht an der Universität zu Köln, Norbert Walter-Borjahns, Finanzminister des Landes NRW, Michael Meister, MdB sowie Volker Wissing, MdB.

REGIONALPOLITIK

EU-STRUKTURPOLITIK

Erfolgreiche Schwerpunktsetzung bei Fördereffizienz

Das Legislativpaket zu den EU-Strukturfonds 2014-2020 steht kurz vor der Verabschiedung. Im Jahr 2012 konnte der DIHK wichtige Weichenstellungen bewirken. Das Partnerschaftsprinzip, also die Beteiligung der IHKs an der Planung und Umsetzung strukturfondsgeförderter Projekte, konnte dank des starken Rückhaltes in Kommission und Europäischem Parlament fest in der Dachverordnung verankert werden. Ebenfalls als Erfolg gewertet werden kann ein Antrag des EU-Parlaments, die betriebliche Ausbildung zu einem eigenen Förderschwerpunkt zu machen.

Verbindliche Strukturreformen und wirtschaftspolitische Überwachung – ein Muss

Der Einsatz der Strukturmittel muss künftig zu regional- bzw. kohäsionspolitisch besseren Ergebnissen führen als in der Vergangenheit. Oftmals fehlt es an den Voraussetzungen für den effektiven Einsatz von Strukturfondsgeldern. Deshalb werden in der neuen Förderperiode verbindliche Strukturreformen etwa der Arbeitsmärkte oder Verwaltungen Bedingung für den Erhalt von Fördermitteln aus Brüssel sein - ein Kernanliegen der IHK-Organisation. Auch wird nachgedacht über eine stärkere Kopplung der EU-Strukturfonds an die nationalen Reformprogramme. Die länderspezifischen Empfehlungen des Rates und der Kommission, abgeleitet aus allgemeinen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Beschlüssen, sollen in die operationellen Programme 2014-2020 einfließen. Nach dem Willen der Kommission soll Deutschland zur Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit vor allem seine Anstrengungen in den Bereichen Bildung und Forschung, Kinderbetreuung und Arbeitsmarkt verstärken sowie die Kosten der Energiewende minimieren. Aus Sicht des DIHK ist das die richtige Schwerpunktsetzung.

Weniger verlorene Zuschüsse, mehr Pauschalen – der richtige Weg

Für die neuen Bundesländer, die ab 2014 aus der Höchstförderung herausfallen, soll das vorgesehene Sicherheitsnetz kommen, eine Übergangsförderung in Höhe von zwei Dritteln der momentanen Förderung bis 2020. Innovative Finanzierungsformen wie Darlehen und Risikokapital sowie Kostenpauschalen bei der Abrechnung von Projekten sollen verstärkt angewandt werden können.

Stärkung des Partnerschaftsprinzips hat Priorität

Die IHKs sind eng in den Planungsprozess zur neuen Programmperiode 2014-2020 eingebunden. Schwerpunkt wird 2013 sein, die im Vorjahr verhandelten gesetzlichen Grundlagen in den einzelnen Programmen umzusetzen.

NATIONALE VERKEHRSPOLITIK, VERKEHRSWIRTSCHAFT

Investitionsmittel verstärkt für Engpassbeseitigung

Mit der Priorisierung auf Engpassbeseitigung plant das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eine Abkehr von der bisherigen Investitionspolitik nach Länderquote mit der Gießkanne. Der DIHK unterstützt diese Herangehensweise. Die knappen Investitionsmittel müssen vorrangig eingesetzt werden, um die Flaschenhälse auf den Hauptverkehrsachsen zu beseitigen. Im Jahr 2012 wurden die methodischen Vorarbeiten für die Fortschreibung der Bundesverkehrswegeplanung geleistet. Im neuen Jahr steht die Bewertung der angemeldeten Verkehrsprojekte an. Dabei wird es darauf ankommen, dass die angekündigte Priorisierung auf Engpassbeseitigung auch gegen Widerstände aus den Regionen durchgehalten wird.

Beschränkungen für Buslinienfernverkehr endlich beseitigt

Im letzten Jahr konnte nach langwierigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) novelliert werden. Damit wurde eine Forderung des DIHK erfüllt, eine Regelung zu streichen, die Buslinienfernverkehr zum Schutz der Bahn seit 1935 nahezu unmöglich gemacht hatte. Ab 2013 kann der Fernbuslinienverkehr eine kostengünstige Alternative zu Pkw, Bahn und Flugzeug bieten.

Feldversuch Lang-Lkw angelaufen

Zum Jahresbeginn 2012 wurde der Feldversuch Lang-Lkw gestartet. Der DIHK unterstützt das Projekt, da mit diesen Fahrzeugen großvolumige Güter wirtschaftlicher und umweltfreundlicher transportiert werden können. Das Pilotprojekt soll Erkenntnisse für einen möglichen dauerhaften Einsatz auf geeigneten Straßen liefern. Da ein Teil der Bundesländer nicht mitzieht, weist die Streckenliste aber große Lücken auf. Die Nutzung des Feldversuchs blieb daher weit hinter den Erwartungen zurück. Um valide Daten zu gewinnen, muss das Projekt in jedem Fall über die geplanten fünf Jahre fortaeführt werden. Auch sollte versucht werden, weitere Länder für eine Mitwirkung zu gewinnen.

Mehr Realismus in der EU-Luftverkehrspolitik

Beim EU-Flughafenpaket konnte eine Entschärfung im Sinne des DIHK erreicht werden. Lärmbedingte Betriebsbeschränkungen sollen weiterhin auf lokaler Ebene entschieden werden. Zeitnischen für die Landung auf Flughäfen werden zwischen Airlines künftig handelbar sein, was die Ausschöpfung der Kapazitäten verbessern wird. Teilweise ausgesetzt wurde der Einbezug von Airlines in den EU-Emissionshandel. Der DIHK setzt sich hier seit Langem für eine globale Lösung ein.

STRUKTURPOLITIK

Digitaler Tachograph – neue Einbaupflicht verhindert

Erfreulicherweise wendet sich der EU-Verkehrsministerrat gegen die Ausweitung der Einbaupflicht für Digitale Tachographen zur Aufzeichnung der Lenk- und Ruhezeiten. Vom Tisch ist damit der Einbau in gewerblich genutzte Straßenfahrzeuge ab 2,8 t. Der DIHK hatte vor hohen Anschaffungs- und Bürokratiekosten insbesondere für kleinere Unternehmen gewarnt. Auch wird der Aktionsradius, innerhalb dessen ein Fahrzeug von der Einbaupflicht befreit ist, von 50 auf 100 Kilometer erweitert.

STADTENTWICKLUNG, VERBRAUCHERPOLITIK

Deutschland braucht neue Infrastrukturprojekte, doch der Ausbau stockt.

Flugrouten, Nachtruhe und neue Strommasten waren 2012 in aller Munde. Vielerorts regte sich der Widerstand gegen industrielle oder infrastrukturelle Großprojekte, aus Sorge vor z. B. Lärm, Gerüchen oder der Beeinträchtigung der Natur. Die politischen Parteien haben im Diskurs mit der Wirtschaft ihre Vorschläge für mehr Verfahrenstransparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung entwickelt. Die Bundesregierung hat dazu das Planungsvereinheitlichungsgesetz und die Novelle des Baugesetzbuchs auf den Weg gebracht, zu denen der DIHK Stellung bezogen hat. Zukünftig sieht die IHK-Organisation dabei ihre Rolle vor allem als Initiator und Netzwerker für zukunftsweisende Dialogprozesse, um die gewerbliche Standortentwicklung in der Region voranzutreiben.

Stadtentwicklungsprozesse auf dem Weg zur "Smart City"

Das Thema "Smart City" zeichnet sich zur Organisation von Stadtentwicklungsprozessen ab. Der Begriff steht für die intelligente, integrierte und vernetzte Stadt, in der die Digitaltechnik die Prozessorganisation erheblich verbessert. Planungen sollen künftig ressortübergreifend und integrierend innerhalb der Verwaltung und in Kooperation mit Bürgern und Wirtschaft angestoßen und realisiert werden. Dies wird auch die Flächenpolitik für die Ansiedlung von Unternehmen sowie die Anpassung an technische und soziale Infrastrukturen erleichtern.

Verbraucherinformation und Lebensmittelkontrollen

Die Politik hat 2012 auf Lebens- und Futtermittelskandale (Dioxinskandal oder Ehec Virus) mit einer Änderung des Verbraucherinformationsgesetzes reagiert. Verbraucheranfragen gegenüber Behörden und die Veröffentlichung von bislang behördeninternen Ergebnissen von Lebensmittelkontrollen wurden erleichtert. Hygieneverstöße können publiziert werden, wenn sie in nicht unerheblichem Ausmaß festgestellt oder wiederholt erfolgt sind und eine Bußgeldstrafe von mindestens 350,00 Euro zu erwarten ist. Allerdings wurde die Art und Weise der Veröffentlichung nicht geregelt,



Preisverleihung beim 4. bundesweiten BID-Kongress in Saarbrücken. Von links: Tine Fuchs, DIHK, Alexander von Petersenn, Peter Müller und Gabriele Malek-Przemus (jeweils ISG Hauptstraße, Bergisch-Gladbach), Frank Achenbach (IHK Offenbach), Christina Baudach und Roland Nowak (jeweils Karree Offenbach) sowie Volker Giersch, IHK Saarland.

so dass es einen Wildwuchs verschiedenster Darstellungen im Internet gibt. Klar ist nur, dass eine gesetzliche Grundlage für die Bewertung eines Kontrollbesuchs durch den örtlichen Lebensmittelkontrolleur mit einem Smiley und dessen Veröffentlichung nicht geschaffen wurde (§ 40 Abs. 1 a LFGB). Sie wird allerdings von einigen Bundesländern gefordert. Der DIHK plädiert für ein bundeseinheitliches Vorgehen, das zugleich die Schutzinteressen der Unternehmen berücksichtigt. Darauf machen Gerichtsurteile inzwischen aufmerksam.

EXISTENZGRÜNDUNG

2012: Existenzgründungen weiter rückläufig

Die gute Lage am Arbeitsmarkt hatte ihre Kehrseite 2012 einmal mehr bei den Existenzgründungen: Acht Prozent weniger Unternehmen wurden im Jahr 2012 in Deutschland gegründet. Ein wichtiger Grund für den starken Rückgang ist die sinkende Arbeitslosigkeit. Denn drohende Erwerbslosigkeit ist in Deutschland der Hauptbeweggrund, sich selbstständig zu machen. Dieses Motiv nannten 63 Prozent aller Personen, die sich von der IHK zur Existenzgründung beraten ließen.

Gründungsförderung für Arbeitslose reformiert ...

Zudem hat die Reform der Gründungsförderung für Arbeitslose – nicht zuletzt eine Forderung des DIHK – Spuren hinterlassen. Über 80 Prozent weniger Arbeitslose gingen im Jahr 2012 mit dem Gründungszuschuss in die Selbstständigkeit. Vor der Reform war der Gründungszuschuss die am häufigsten vergebene Förderung für Unternehmensgründungen in Deutschland. Fast jedes dritte neue Unternehmen wurde mit dem Zuschuss unterstützt.

... doch viele wagen trotzdem den Sprung in die Selbstständigkeit

Viele Arbeitslose lassen sich durch die strengere Förderung nicht davon abbringen, ihre Geschäftsidee umzusetzen. Zwar wurden über 80 Prozent weniger Gründer gefördert, die Zahl der Existenzgründer ist allerdings mit acht Prozent weit weniger drastisch gesunken. Zudem berichten IHKs, dass der Anteil gut durchdachter Geschäftskonzepte seit der Reform gestiegen ist.

Bundesweite IHK-Aktion für Existenzgründer zum Online-Marketing

Das Thema "Marketing" ist ein neuralgischer Punkt in vielen Geschäftskonzepten von Existenzgründern. Jeder zweite Gründer kann nach IHK-Erfahrungen nicht erklären, was seine Idee vom Angebot der Konkurrenz unterscheidet.

Daher führte die IHK-Organisation einen bundesweiten Aktionstag zum Online-Marketing für Existenzgründer durch – Motto: "Neue Medien – neue Chancen". Am 15. November 2012 informierten sich über 3.100 Teilnehmer in 54 IHKs bei Seminaren, Sprechtagen, Podiumsdiskussionen. Der Aktionstag war auch ein Beitrag der IHK-Organisation zur "Gründerwoche Deutschland".

Bürokratieabbau für mehr Gründungsdynamik

Der Abbau bürokratischer Gründungshürden ist ein wichtiger Schritt zu mehr Unternehmertum. Für einen Service aus einer Hand stehen die IHKs: Sie wollen bundesweit neben einem umfassenden Gründerservice auch die Gewerbeanmeldung anbieten. Die Länder Hamburg, Rheinland-Pfalz und Bayern ermöglichen den IHKs bereits heute die rechtsgültige Gewerbeanzeige, das Angebot nehmen die Gründer zahlreich in Anspruch. Die anderen Bundesländer sollten folgen. Der DIHK schlägt mit seinem Gründerreport 2012 der Politik zahlreiche weitere konkrete Maßnahmen zum Bürokratieabbau für Existenzgründer vor.

DIHK-Gründerreport 2012

Auch im Jahr 2012 haben die IHKs mit ihrem Informations- und Beratungsservice für Existenzgründer einen wichtigen Beitrag zur Förderung der regionalen Wirtschaft und für das Unternehmertum in Deutschland geleistet. In ihren Startercentern bieten die IHKs ein umfassendes Servicepaket für den Start. Neben vielen individuellen Dienstleistungen unterstützen die IHKs Gründungsinteressierte mit fünf bundesweiten Kernangeboten:

Jährlich erörtern 60.000 Gründungsinteressierte ihren Businessplan in ausführlichen bilateralen Gesprächen mit IHK-Experten (IHK-Gründungsberatung). Die IHKs beantworten ca. 300.000 Kurzanfragen zur Existenzgründung (IHK-Einstiegsgespräche), führen Gründerseminare mit 30.000 Teilnehmern durch und geben mehr als 25.000 Stellungnahmen zu Förderanträgen von Existenzgründern ab. Zur Existenzgründung im Wege der Unternehmensnachfolge informieren sich jährlich mehr als 6.000 Interessenten bei ihrer IHK. Über Deutschlands größte Internetplattform zur Unternehmensnachfolge "nexxt-change" fanden im Jahr 2012 mehr als 500 (genaue Zahl kommt noch) Unternehmer einen Nachfolger.

Erbschaftsteuer verunsichert viele Betriebsübergeber

Im Mittelstand hat die Sorge vor einer hohen Erbschaftsteuerbelastung stark zugenommen. Dazu beigetragen haben die Diskussionen der Oppositionsparteien, die Verschonung des Betriebsvermögens ganz oder teilweise zurückzunehmen, wenn es zum Erbschaftsfall kommt. Bei einer weiteren Verschärfung sehen derzeit rund ein Viertel der Alt-Unternehmer (26 Prozent) und potenziellen Neu-Inhaber (24 Prozent) die Unternehmensnachfolge konkret gefährdet. Im Jahr 2011 waren es mit 18 Prozent der Senior-Unternehmer und 19 Prozent der Existenzgründer noch deutlich weniger. Das zeigt der DIHK-Report zur Unternehmensnachfolge 2012. Dem Bericht liegen mehr als 20.000 Gespräche der IHKs mit Betroffenen zugrunde.

UNTERNEHMENSFÖRDERUNG

Unternehmer und Nachfolger – es wird schwieriger

Die demografische Entwicklung, Qualifikationsmängel und die Unterschätzung des komplexen Nachfolgeprozesses erschweren das Zusammenfinden von Senior-Unternehmern und möglichen Neu-Inhabern. Zudem haben viele übernahmeinteressierte Existenzgründer Schwierigkeiten, die Finanzierung der Betriebsübernahme zu stemmen. Positive Entwicklungen sehen die IHKs zwar bei der Finanzierung mit Beteiligungskapital und Unternehmerdarlehen. Die Fremdkapitalfinanzierung wird jedoch angesichts der Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte wie Basel III und Solvency II schwieriger.

Kein "Notfallkoffer": Spiel auf Risiko

Gerade 30 Prozent der Unternehmer haben die für die reibungslose Geschäftsfortführung wichtigsten Unterlagen griffbereit. 70 Prozent verfügen über keinen "Notfallkoffer" – eine große Gefahr für die Fortführung des Betriebes im Ernstfall. Und: Gerade 24 Prozent derjenigen Unternehmer, die über einen Notfallkoffer verfügen, aktualisieren ihn regelmäßig. In zahlreichen Veranstaltungen machten IHKs auf die existenzielle Bedeutung eines geordneten Notfallkoffers für jedes Unternehmen aufmerksam.

Finanzierungsbedingungen so gut wie selten

Dauerhaft niedrige Zinsen, umfangreiche Liquidität sowie Deutschlands Ruf als sicherer Hafen erleichtern Banken die Möglichkeit zur Kreditvergabe. Insbesondere Unternehmen mit besserer Bonität können sich günstig durch Kredite finanzieren. Viele Mittelständler verlassen sich aber nicht länger allein auf die klassische Bereitstellung von Fremdkapital via Bankkredit, sondern suchen nach Finanzierungsalternativen wie z. B. Leasing oder Factoring. Dies zeigt die Auswertung einer DIHK-Umfrage bei mehr als 20.000 Unternehmen zum Finanzierungszugang.

Flexibilität bei Mittelstandsfinanzierung und Unabhängigkeit gewünscht

Viele Unternehmen haben die Finanzkrise 2008/2009 noch gut in Erinnerung. Eine größere finanzielle Flexibilität sowie ein besseres Forderungs-, Risiko- und Liquiditätsmanagement sind wichtige Aspekte, um Krisenzeiten besser zu durchstehen. Auch die bessere Kommunikation zwischen Mittelständlern und Hausbanken gewinnt an Bedeutung. Auf einer gemeinsamen Konferenz des DIHK und des Bundesverbandes Deutscher Banken (BdB) am 6. Dezember diskutierten DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben, UniCredit-Vorstands-

sprecher Weimer sowie der Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung Burgbacher mit Unternehmern, Bankern und IHK-Finanzierungsexperten über diese Themen.

Finanzmarktregulierung mit Augenmaß

Stabile Finanzmärkte sind eine Grundvoraussetzung für Wirtschaftswachstum. Notwendige Korrekturen in der Bankenregulierung sind als Lehren aus der Finanzkrise unausweichlich. Verschärfte Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen an Finanzinstitute im Rahmen von Basel III sind der richtige Weg, müssen jedoch mit Blick auf die Kreditversorgung des Mittelstands zur Finanzierungssituation der Unternehmen passen. Der DIHK hat sich in Gesprächen mit Abgeordneten, mit Stellungnahmen beim Europäischen Parlament sowie durch gemeinsame Aktionen z. B. mit der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand für Nachbesserungen z. B. bei den Liquiditätskennziffern oder der Berücksichtigung von gewachsenen Strukturen in den Mitgliedstaaten eingesetzt. Insbesondere machte sich DIHK-Präsident Driftmann bei Bundesfinanzminister Schäuble für eine Absenkung der Risikogewichte für Mittelstandskredite stark.



DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben eröffnet die Mittelstandsfinanzierungskonferenz am 6. Dezember 2012 in Berlin.

BILDUNGSPOLITIK



AUSBILDUNG

Ausbildungspakt zieht positive Bilanz

Anfang November zogen die Partner des Ausbildungspaktes eine positive Bilanz des Ausbildungsjahres. Erneut gab es mehr unbesetzte Ausbildungsplätze als unversorgte Bewerber. Die Betriebe erhöhten ihr Ausbildungsangebot dabei um 2,1 Prozent; die Zahl der außerbetrieblichen Stellen sank zugleich erheblich. DIHK-Präsident Driftmann erläuterte den leichten Rückgang bei den neuen IHK-Verträgen (Ende September: -1,7 Prozent) mit den wachsenden Schwierigkeiten der Betriebe, geeignete Bewerber zu finden. Die Übergänge Schwächerer in Ausbildung zu verbessern, war das Ziel einer gemeinsamen Erklärung. Die Paktpart-

Gemeinsame IHK-Lehrstellenbörse erfolgreich gestartet

Seit dem 22. Februar 2012 ist die gemeinsame Lehrstellenbörse der IHKs online. Bundesweit können Jugendliche nach Ausbildungsplätzen und Unternehmen nach künftigen Azubis suchen. Ob nah oder fern, das Angebot ist groß. Besonders attraktiv ist die Börse auch für diejenigen, die sich einen seltenen Ausbildungsberuf ausgesucht haben oder in eine andere Stadt für die Ausbildung ziehen wollen. Nach dem Portal der Bundesagentur für Arbeit bietet die Lehrstellenbörse der IHKs bereits jetzt den größten Pool an Ausbildungsplätzen. Die neue Börse ist auch auf Facebook vertreten

Absolventen erreichten in ihrer Abschlussprüfung unschlagbare 100 Punkte. Die Veranstaltung wurde zum zweiten Male live im Internet übertragen.

DIHK und IHKs fördern frühzeitige Berufsorientierung

Die Berufswahl ist entscheidend für die Planung des künftigen Karriere- und Lebensweges. Deshalb ist es wichtig, dass die Hilfe und Begleitung der Jugendlichen bei der Berufswahl in der Schule beginnt. Ein wachsender Teil der Unternehmen unterstützr die Lehrkräfte dabei . So gab in der DIHK-Ausbildungsumfrage 2012 ein Drittel der Betriebe an, dass sie mehr mit Schulen



Links und rechts: DIHK-Präsident Driftmann überreichte die Auszeichnungen an die 200 bundesbesten Azubis 2012 in IHK-Berufen.

Oben: Achim Dercks, stellv. Hauptgeschäftsführer des DIHK bei der BMBF-Konferenz zur Aufstiegsfortbildung am 20. März 2012.



ner waren sich aber auch einig, dass zugleich mehr Leistungsstarke für einen betrieblichen Karriereweg gewonnen werden müssen. Die Kampagne der Paktpartner www.praktisch-unschlagbar.de leistet hierfür einen guten Beitrag.

Deutschlands Super-Azubis 2012 ausgezeichnet

DIHK-Präsident Driftmann, Bundesfamilienministerin Kristina Schröder und die Vorsitzende des DIHK-Bildungsauschusses, Carola Schaar, gratulierten am 10. Dezember 2012 Deutschlands besten Azubis. Insgesamt wurden 228 Bundesbeste in 218 IHK-Berufen ermittelt. Zehnmal standen zwei Beste im gleichen Beruf mit exakt der gleichen Punktzahl auf der Bühne. Fünf

kooperieren wollen. 28 Prozent wollen mehr Praktikumsplätze für Schülerinnen und Schüler bereitstellen.

Im Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs hat sich die Wirtschaft deshalb verpflichtet, jeder interessierten Schule, einen oder mehrere Partnerbetriebe zu vermitteln. Mehr als 5.000 Kooperationen sind so bereits entstanden. Das entspricht einem Anteil von knapp einem Drittel aller weiterführenden Schulen.

BILDUNGSPOLITIK



Oben: Konstituierende Sitzung der IHK FOSA am 2. April 2012 in der IHK Nürnberg. Rechts: DIHK-Präsident Driftmann, Wirtschaftsminister Rösler, Staatsministerin Pieper vom Auswärtigen Amt und DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben anlässlich der Preisverleihung des 3. Auslandsschulwettbewerbs am 22. Mai 2012 im Haus der Deutschen Wirtschaft.



Anerkennungsgesetz in Kraft getreten

Die IHK-Organisation hat sich frühzeitig auf die Umsetzung des am 1. April 2012 in Kraft getretenen Anerkennungsgesetzes vorbereitet, indem sie ihre Kompetenz durch die Gründung einer zentralen Einrichtung, der IHK FOSA, gebündelt hat. Nach einem langen Gesetzgebungsverfahren konnten die historisch gewachsenen dezentralen Verfahren in ein transparentes Rahmenwerk überführt werden. Für Antragsteller, die einen Bescheid der Gleichwertigkeit erhalten , ergeben sich bessere Chancen, mit ihrer Qualifikation einen adäquaten Arbeitsplatz zu erhalten, ein Schritt im Kampf gegen den Fachkräftemangel.

Mobilität stärken – Chancen sichern

Der DIHK hat sich 2012 erfolgreich für eine Aufstockung der Mobilitätsförderung in den neuen EU-Bildungsprogrammen nach 2014 eingesetzt. So soll nach dem Willen der europäischen Bildungsminister und des Europäischen Parlaments der Hauptanteil der vorgeschlagenen Programmmittel in Höhe von mehr als 17 Mrd. EURO in die Förderung von Auslandsaufenthalten für Studenten und Absolventen der beruflichen Bildung fließen.

Mit der Verlängerung des Programms "Berufsbildung ohne Grenzen" bis Ende 2014 wurde auch national die Bedeutung der grenzüberschreitenden Mobilität in der beruflichen Bildung betont. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales fördert mit ESF- und Bundesmitteln mehr als 30 BeraterInnen an IHKs und HWK bundesweit, um Unternehmen bei der Umsetzung von Auslandsaufenthalten für Auszubildende und junge Fachkräfte zu unterstützen.

Exportschlager Duale Bildung

Duale Berufsbildung qualifiziert auf hohem Niveau und ist beschäftigungswirksam. Dies wird nun auch verstärkt im Ausland so gesehen, was zu einem erheblichen Anstieg der Nachfragen an IHKs, AHKs und den DIHK geführt hat. Um hierauf angemessen reagieren zu können, hat die DIHK-Vollversammlung ein Konzept zum Berufsbildungsexport beschlossen. Die hierin enthaltenen Grundsätze, Standards und Regeln sollen als Kompass für Berufsbildungsaktivitäten im Ausland dienen. Dabei geht es einerseits um hochwertige Berufsbildung für weltweit tätige deutsche Unternehmen. Andererseits unterstützt der DIHK die AHKs, Regierungen und lokalen Kammern im Ausland dabei, Kernelemente deutscher Berufsbildung im jeweiligen Land ebenfalls zu nutzen. So vereinbarte der DIHK beispielsweise mit der spanischen und der italienischen Kammerorganisation, in der Berufsbildung enger zusammenzuarbeiten.

DQR - Von der Idee zur Umsetzung

Das Jahr 2012 endete für den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) mit einem Erfolg auf europäischer Ebene. Der vorläufige Abschlussbericht Deutschlands wurde von der Europäischen Kommission gutgeheißen. Besonders gelobt wurde, dass alle relevanten Akteure in das Erarbeitungsverfahren einbezogen waren. Dies hat allerdings auch zu einer zeitlichen Verzögerung von rund zwei Jahren, gegenüber em ursprünglichen Zeitplan, geführt. Der nationale DQR-Startschuss lässt deshalb nach wie vor auf sich warten. Zunehmend prägen nun konkrete Umsetzungsfragen die Diskussion, auch innerhalb der IHK-Organisation. So soll künftig das DQR-Niveau der jeweiligen Abschlüsse auf den Zeugnisdokumenten ausgewiesen werden. Das Jahr 2012 hatte für den DQR mit einer Einigung auf breiter politischer Linie begonnen, die dem neuen Transparenzinstrument den Weg zur Umsetzung ebnen sollte: Die Diskussion über die Einordnung des Abiturs endete mit der Entscheidung, die allgemeinbildenden Abschlüsse vorerst nicht dem DQR zuzuordnen.

Unten: Gemeinsame Preisübergabe an die siegreiche deutsche Schule der Borromäerinnen aus Alexandria beim Auslandsschulwettbewerb durch DIHK-Präsident Driftmann, Wirtschaftsminister Rösler und Staatsministerin Pieper vom Auswärtigen Amt. Rechts: DIHK-Präsident Driftmann, Moderatorin Barbara Schöneberger und DIHK-Organisator Markus Kiss bei der Nationalen Bestenehrung am 10. Dezember im Maritim Hotel Berlin.





Erfolgreiche Durchführung des 3. IHK-Auslandsschulwettbewerbes

Im Mai 2012 fand die AHK-Weltkonferenz mit der Preisverleihung durch DIHK-Präsident Driftmann, Staatsministerin Pieper vom Auswärtigen Amt und Bundeswirtschaftsminister Rösler als krönenden Abschluss des 3. IHK-Auslandsschulwettbewerbs statt. Der mit 40.000 Euro prämierte erste Platz ging an die berufsbildende Abteilung der Deutschen Schule der Borromäerinnen in Alexandria für ein selbst organisiertes Marketingprojekt. Mit dem zweiten Platz und einem Preisgeld von 25.000 Euro wurde die Deutsche Internationale Schule Seoul für ihr Konzept der Studien- und Berufsorientierung ausgezeichnet. Platz drei und damit 15.000 Euro erhielt die Deutsche Botschaftsschule Teheran für ihr Freundschaftsprojekt mit iranischen Schülern. Insgesamt hatten 42 Auslandsschulen exzellente und kreative Beiträge für den IHK-Auslandsschulpreis eingereicht. Die Politik konnte dadurch für die notwendige Stärkung dieser Schulen, d.h. auch eine ausreichende Finanzausstattung, sensibilisiert werden.

Wirtschaft braucht mehr duale Studiengänge

Duale Studiengänge liegen voll im Trend. Immer mehr Unternehmen in Deutschland gewinnen neue Mitarbeiter mit dieser Kombination aus einem Hochschulstudium und einer beruflichen Ausbildung. Das Potenzial ist aber noch längst nicht ausgeschöpft: Laut einer DIHK-Studie planen 23 Prozent der Unternehmen, ihre Mitarbeiter künftig über ein duales Studium einzustellen. Duale Studiengänge bieten Vorteile für alle Beteiligten. Was in den Vorlesungen und Seminaren gelernt wird, kann unmittelbar im Betrieb angewendet werden. Insbesondere in Regionen mit immer weniger Schulabgängern sind duale Studiengänge ein wichtiger Vorteil im Wettbewerb um die besten Köpfe. Bei der Entwicklung der Studiengänge unterstützen die IHKs die Unternehmen sowie die Hochschulen und engagieren sich für einen qualitätsgesicherten Ausbau dieses Erfolgsmodells.

Moderne Ausbildungsberufe als Schlüssel zur Fachkräftesicherung

Neben der Aktualisierung von drei Berufen für die Kfz-Branche und die Luftfahrttechnik können Betriebe künftig erstmals zur zweijährigen Fachkraft für Metalltechnik sowie zum Stanz- und Umformmechaniker ausbilden. Bei der Zusammenführung der

Büroberufe zum "Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement" werden die Arbeiten 2013 fertig gestellt, der Beruf selbst wird erst 2014 in Kraft treten. Diese Vorlaufzeit erleichtert allen Akteuren eine sorgfältige Implementierung.

Trend zur Weiterbildung hält an

2012 haben rund 60.000 Teilnehmer eine IHK-Fortbildungsprüfung abgelegt. Der leichte Rückgang von vier Prozent ist nicht zuletzt auf die demographische Entwicklung zurückzuführen. Das Angebot an Abschlüssen für Fach- und Führungskräfte wird stetig aktualisiert und erweitert. Die Abschlüsse für die Verkehrs- und Logistikbranche, die Bauindustrie und der Medienproduktion wurden auf den neuesten Stand gebracht. Es wurden zahlreiche unterstützende Materialien erarbeitet. Dazu gehören acht DIHK-Rahmenpläne, u. a. für die Büround Proiektorganisation, den Kraftverkehr und die Luftfahrttechnik. Passend zum DIHK-Jahresthema ist ein Qualifikationsrahmen für den Erwerb von technischen Handlungskompetenzen in der Strom-, Gas- und Wasserversorgung entwickelt und veröffentlicht worden. All dies trägt dazu bei, dass die Unternehmen auf hoch qualifizierte Fachkräfte zurückgreifen können.

INNOVATION | FORSCHUNG



Deutsche Wirtschaft bleibt innovativ

Die Innovationsdynamik in Deutschland flaut etwas ab, bleibt aber auf hohem Niveau - das zeigt der DIHK-Innovationsreport. 48 Prozent der innovativen Betriebe in Deutschland wollen trotz Euro-Schuldenkrise und nachlassender Konjunktur ihre entsprechenden Anstrengungen im nächsten Jahr ausbauen. Der Report zeigt allerdings auch den politischen Handlungsbedarf: Denn Fachkräftemangel und Finanzierungsprobleme behindern hierzulande Innovationsprojekte. Auch ist die aktuelle Hightech-Strategie (HTS) 2020 der Bundesregierung bei deutschen Unternehmen nahezu unbekannt: Lediglich zehn Prozent der Unternehmen kennen die Strategie, 29 Prozent kennen Teile davon. Für die Neuausrichtung sollte die Bundesregierung daher einen offenen Dialog mit der deutschen Wirtschaft führen. Auch bei der Zusammenarbeit mit Hochschulen gibt es noch Optimierungsspielraum. Es mangelt an Transparenz, welche Forschungseinrichtung

"German Mittelstand" ist wichtiger Innovations- und Technologiemotor: Über 30.000 forschende und 110.000 innovative mittelständische Unternehmen bringen regelmäßig neue Produkte und Verfahren auf den Markt. Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler und DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben würdigten dies bei einem Treffen mittelständischer Unternehmer am 7. Februar 2012.

auf welchen Gebieten aktiv ist und insbesondere, welche Kooperationsangebote bestehen. Mehr als 36 Prozent der Unternehmen wünschen sich darüber hinaus eine höhere Kooperationsbereitschaft der Wissenschaftler.

Forschungsförderung für den Mittelstand verlängert

Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) ist vorzeitig bis Ende 2014 verlängert worden. Und: Ab Juli 2012 können sich auch Unternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern (bisher: 250 Mitarbeiter) für eine Forschungsförderung bewerben. Dafür hatte sich der DIHK z. B. im Rahmen des "Wachstumsdialogs Innovativer Mittelstand" bei Bundeswirtschaftsminister Rösler eingesetzt. Die IHKs, die die Umsetzung des ZIM von Anfang an als Multiplikatoren und Kommunikationsplattform unterstützt

haben, berichten von sehr positivem Feedback der Unternehmen, v. a. wegen seiner Themen- und Technologieoffenheit, der vergleichweise unbürokratischen Abwicklungsprozesse und der schnellen Antragsbearbeitung. Seit Mitte 2008 wurden beim ZIM rund 17.500 Vorhaben mit einem Fördervolumen von über 2,2 Mrd. Euro bewilligt.

Brüssel will Vorfahrt für Innovationen

Zusätzlich zur nationalen Forschungsförderung über das ZIM gibt es eine weitere gute Nachricht für den innovativen Mittelstand: Für ihre Produktneuerungen gibt es ab 2014 ein neues europäisches Förderinstrument, das der Forschungsausschuss des Europaparlaments im Rahmen des Verordnungspakets "Horizon 2020" beschlossen hat. Das Parlament setzt auf Innovationen als Wachstumstreiber und zur Steigerung der

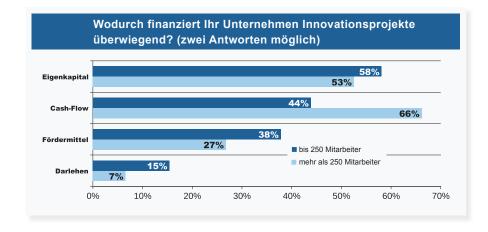
Wettbewerbsfähigkeit in Europa und hat das vom DIHK unterstützte Förderinstrument "Fast Track to Innovation" in den Gesetzestext aufgenommen. Die größte Hürde ist damit genommen - für das Inkrafttreten Ende 2013 müssen im so genannten Trilog noch die EU-Kommission und der Rat grünes Licht geben. Dann steht den Unternehmen eine themen- und technologieoffene Förderlinie zur Verfügung, mit der sie für gute Ideen mit Marktpotenzial zügig und unbürokratisch eine Forschungsförderung erhalten können. Seine Offenheit kann besonders den Mittelstand unterstützen, Investitionen in Produktneuerungen zu wagen.

Zudem umfasst der jetzige Vorschlag aus dem Parlament noch weiterreichende Maßnahmen, um die Beteiligung der Wirtschaft an "Horizon 2020" zu erhöhen. Dazu zählt insbesondere die Festlegung einer Mindestquote von zwanzig Prozent für die Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) am Programm.

Weitere Kritikpunkte von Unternehmen an der europäischen Forschungsförderung wie eine zu komplizierte Antragstellung, lange Bewilligungsfristen (im Durchschnitt mehr als zwei Jahre) und bürokratische Berichtspflichten werden jetzt endlich angegangen. Dabei soll die Bearbeitungszeit von der Antragsstellung bis zur Bewilligung auf maximal sechs Monate befristet werden und Nachweis- und Berichtspflichten für Antragssteller reduziert werden.

Wirtschaftsministerium startet mit DIHK neue Cluster-Initiative

Das Ziel des Mitte 2012 gestarteten Projekts "go-cluster" des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist die Unterstützung von Verbünden aus Unternehmen, Forschungseinrichtungen und anderen Organisationen auf regionaler Ebene. Der DIHK ist im Projektbegleitkreis, der u. a. über die Aufnahme und Förderung von Clustern befindet, vertreten. Insbesondere das Management dieser Cluster soll durch die neue Initiative befördert werden. Nationale Innovationscluster können sich nun um eine Aufnahme in "go-cluster" bewerben. Dem Projekt kommt dann die Aufgabe zu, neue, herausragende Lösungen in ihrer Entwicklung zu unterstützen und allen Mitgliedsnetzen als Good-Practice-Beispiele zur Verfügung zu stellen, so dass ein gemeinsamer und wechselseitiger Lernprozess stattfinden kann.



UMWELT | ENERGIE



Oben: Über "Rohstoffsicherung durch Kreislaufwirtschaft" sprachen Reinhard Bütikofer, MEP, Katherina Reiche, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Eric Schweitzer, Präsident der IHK Berlin und DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben. Rechts: Grußwort von Bundesumweltminister Peter Altmaier beim Parlamentarischen Abend von BDI, BDA und DIHK



Sorgen wegen Strompreisen und Versorgungssicherheit

Die beschleunigte Energiewende brachte zahlreiche Gesetzesnovellen, einen weiteren Anstieg der Strompreise und gestiegene Risiken für die Versorgungssicherheit. Durch eine EEG-Novelle im Frühjahr wollte die Koalition den ungebremsten Zubau bei der Photovoltaik eindämmen. Das Wachstum wurde zwar leicht gebremst. Dennoch ist von einem weiterhin hohen Zubau auszugehen. Zum 1. Januar 2013 steigt die EEG-Umlage von 3,592 auf 5,277 Cent/ kWh. Die bereits aufgelaufenen und in den kommenden Jahren zu erwartenden Belastungen machen es aus DIHK-Sicht erforderlich, das EEG umfassend zu novellieren. Ausbau der erneuerbaren Energien und Netzausbau müssen besser abgestimmt werden. Um die Strompreise zu dämpfen, hat der DIHK eine Senkung der Stromsteuer vorgeschlagen.

Energieinfrastruktur nicht fit für die Wende

Im Februar war die Stromversorgung aufgrund der europaweit kalten Witterung und fehlender Infrastrukturkapazitäten im Strom- und Gasbereich von Nord nach Süd akut gefährdet. Ein Blackout konnte nur unter Einsatz sämtlicher Reserven verhindert werden. Um in den kommenden Win-

tern eine ähnliche Situation zu vermeiden, hat die Bundesregierung zum Jahresende das Energiewirtschaftsgesetz novelliert. Die Stilllegung systemrelevanter Kraftwerke kann gegen Zahlung einer Entschädigung untersagt werden. Der DIHK fordert, den Netzausbau weiter zu beschleunigen, um regionale Engpässe zu vermeiden. Eine Herausforderung ist der Umbau des Kraftwerksparks, denn flexible Kraftwerke, die Schwankungen im Angebot schnell ausgleichen können, sind rar. Solange Anreize zum Neubau fehlen, erhöhen sich die Versorgungsrisiken.

EU-Energieeffizienz: Wirtschaftsfreundliche Umsetzung nötig!

Die neue Richtlinie über Energieeffizienz bringt eine Vielzahl von dirigistischen Vorgaben und bürokratischen Regelungen. So gilt künftig eine EU-weite Energiesparguote: In allen Mitgliedstaaten muss der Energieverbrauch der Endkunden um jährlich 1,5 % gesenkt werden. Der DIHK hat das Gesetzgebungsverfahren intensiv begleitet und konnte in der Politikberatung Erfolge erzielen. So sind einige der Vorschriften im Ergebnis deutlich flexibler ausgestaltet als ursprünglich vorgesehen. Zum Beispiel können zur Erfüllung der 1,5 %-Quote bereits erreichte Energieeffizienz-Steigerungen angerechnet werden. Es kommt nun auf die Umsetzung der Richtlinie in deutsches

Recht an, die bis Mitte 2014 erfolgen muss. Zusätzliche Belastungen für die Unternehmen müssen auch hier vermieden werden.

Im EU-Binnenmarkt: Energiewende europäisch denken!

Die EU will ihre Strategie im Bereich Energie und Klima neu und vor allem langfristiger ausrichten. Ein "Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO2armen Wirtschaft bis 2050" und ein "Energie-Fahrplan 2050" sollen den Weg zu einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 80 - 95 % bis Mitte des Jahrhunderts vorzeichnen. In der künftigen EU-Strategie müssen die einzelnen energie- und klimapolitischen Instrumente besser aufeinander abgestimmt werden. Dies ist eine der zentralen Forderungen, die der DIHK in acht Leitsätzen zur EU-Energiepolitik veröffentlicht hat. Energiepolitik im nationalen Alleingang hat keine Zukunft. Vielmehr müssen die Mitgliedstaaten ihren Beitrag zur Verwirklichung des Energiebinnenmarktes leisten. Deshalb unterstützt der DIHK Initiativen für beschleunigte Genehmigungsverfahren beim grenzüberschreitenden Netzausbau.

ROHSTOFFE

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Gudrun Kopp (Mitte) im Gespräch mit Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft über neue Transparenzvorschriften für den Rohstoffhandel. Rechts: Eine Zwischenbilanz der Energiewende zogen Katherina Reiche, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium und DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann.





Energieeffizienz und Klimaschutz zahlen sich aus

Die Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation hat auch 2012 Unternehmen mit praktischen Informationen darüber versorgt, wie Energie sparsamer eingesetzt werden kann. Die IHK-Energiecoaches haben in 1.300 Betriebsbesuchen direkte Gespräche mit mittelständischen Unternehmen geführt. In knapp 3.000 Veranstaltungen wurden mehr als 15.000 Teilnehmer über Energieeffizienz oder den Einsatz erneuerbarer Energien informiert. Zudem wurden sieben neue Unternehmen als "Klimaschutz-Unternehmen" ausgezeichnet. Ein besonderes Highlight des Jahres war die Teilnahme der Partnerschaft an der "Woche der Umwelt", die am Dienstsitz des Bundespräsidenten im Schloss Bellevue stattfand. Dort präsentierte sich das Projekt insgesamt 15.000 Besuchern.

Doha: Globales Klimaabkommen aushandeln

Bis 2015 soll ein neues Klimaschutzabkommen erarbeitet werden und 2020 in Kraft treten. Das ist das Ergebnis der UN-Klimakonferenz in Doha (Katar). Die EU und die Bundesregierung müssen – ohne selbst in Vorleistung zu treten – darauf hinwirken, dass sich die weltweit großen Emittenten zu gleich wirksamen Maßnahmen verpflichten. Bei der EU-internen Ausgestaltung des bis 2020 verlängerten Kyoto-Protokolls setzt sich der DIHK dafür ein, Nachteile für deutsche Unternehmen bei der Zuteilung von Zertifikaten zu vermeiden.

Rechtssicherheit im Emissionshandel gewährleisten

Zu Beginn der am 1. Januar 2013 gestarteten dritten Emissionshandelsperiode drohen den betroffenen Unternehmen Rechtsunsicherheit und höhere Kosten. Denn die EU-Kommission will in den Markt eingreifen, um den Preis für Zertifikate zu erhöhen (backloading). Der DIHK hat in Schreiben an EU-Kommission und Bundesregierung für eine Beibehaltung der Zertifikatsmenge geworben. Nur so können die klimapolitischen Ziele effizient und kostengünstig erreicht und kann der Emissionshandel zu einem weltweit akzeptierten marktwirtschaftlichen Instrument weiterentwickelt werden.

Bei Rohstoffversorgung wachsam bleiben

Bei den Rohstoffen hat sich die Lage zuletzt ein wenig entspannt: Die Preise für Industrierohstoffe, Nichteisen-Metalle und Eisenerz sind um etwa 20 Prozent gefallen. Anlass zur Sorglosigkeit besteht aber nicht. Die Knappheiten bleiben. Es ist daher notwendig, Vorsorge für eine gesicherte Rohstoffversorgung zu treffen. Mit der Deutschen Rohstoffagentur und den Auslandshandelskammern hat der DIHK daher begonnen, ein leistungsfähiges Kompetenznetzwerk aufzubauen. Dieses soll Unternehmen helfen, auch in Zeiten wieder wachsender Nachfrage ausreichend Rohstoffe beziehen zu können. Mit den Veranstaltungen zum Jahresthema konnte das "Rohstoffbewusstsein" geschärft werden.

Fairer Wettbewerb um die Wertstofftonne

Der DIHK hat die von Bundesumweltminister Altmaier vorgelegten Vorschläge zur Fortentwicklung der Verpackungsverordnung hin zu einer einheitlichen, haushaltsnahen Wertstofferfassung konstruktiv begleitet. Zentrale Kernpunkte für die Einführung einer Wertstofftonne sind eine privatwirtschaftliche und mittelstandsfreundliche Ausgestaltung, einfachere Regelungen und Entlastung der Unternehmen. Ein eigenständiges Wertstoffgesetz ist nicht zwingend notwendig. In den Regionen wird die Wertstofftonne bereits eingeführt, ohne dass man auf Regulierung angewiesen wäre.

RESSOURCEN



Oben: DIHK-Veranstaltung "Energiewende europäisch denken" in Brüssel mit Energiekommissar Günther Oettinger. Rechts: Diskussion über die Vorträge zum Stand der Energiewende zwischen DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann, Hermann Hüwels, Bereichsleiter Umwelt, Energie, Rohstoffe im DIHK, Thomas Kramer, ZDF und Teilnehmern.



Kreislaufwirtschaftsgesetz wirtschaftsverträglich umsetzen

Ein umfassendes abfallrechtliches Nachweisverfahren, neue Abfallvermeidungsprogramme und verschärfte Regelungen für Sammler, Beförderer, Händler und Makler sind nur einige Schwerpunkte bei der weiteren Umsetzung des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Vor allem bei der gewerblichen Sammlung von Abfällen bei den privaten Haushalten wird der DIHK gemeinsam mit den IHKs auf eine privatwirtschaftliche Organisation achten.

Vollständigkeitserklärung mit niedrigen Bürokratiekosten

Der DIHK hat mit der in Selbstverwaltung organisierten Vollständigkeitserklärung erneut bewiesen, dass gute Ergebnisse mit geringem Bürokratieaufwand machbar sind. So bezahlen die verpflichteten Unternehmen über ihre Beiträge zu den dualen Systemen durchschnittlich nur je 6 Euro für den Betrieb des VE-Registers. Das privatwirtschaftlich organisierte, haushaltsnahe Entsorgungssystem wird durch das VE-Register weiter stabilisiert. Bei einer Novelle der Verpackungsverordnung sind zusätzli-

che Vereinfachungen und Entlastungen in der Vollständigkeitserklärung erforderlich, beispielsweise durch Ausklammerung der geringfügigen gewerblichen Verkaufsverpackungen und durch höhere Bagatellgrenzen für Glasverpackungen.

EU-Elektronikschrottrichtlinien: Weniger Bürokratie wagen

Bei der Umsetzung der novellierten EU-Elektronikschrottrichtlinien (WEEE, RoHs) setzt sich der DIHK für eine wirtschaftsverträgliche Ausgestaltung ein. Neben einer 1:1-Umsetzung müssen Ansätze zum Bürokratieabbau und der Entlastung von Unternehmen konsequent genutzt werden. Der Einzelhandel muss von weiteren Rücknahme- und Entsorgungspflichten entlastet werden.

Ressourceneffizienz: Auf freiwilliges Engagement der Unternehmen setzen

Die Bundesregierung hat im Februar das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess) beschlossen. Dieses setzt aus DIHK-Sicht richtigerweise vor allem auf freiwillige Initiativen in den Unternehmen. Auf europäischer Ebene hat sich eine Plattform für Ressourceneffizienz konstituiert, die Handlungsempfehlungen für die euro-

päische Ressourcenpolitik entwickeln will. Darin erkennbare Ansätze, Ressourceneffizienz durch Eingriffe in den Markt zu erzwingen, sind abzulehnen.

Anforderungen an Industrieanlagen nicht unnötig verschärfen

Die Bundesregierung hat Regelungsentwürfe zur Umsetzung der neuen EU-Richtlinie über Industrieemissionen vorgelegt. Dabei geht sie in Teilen deutlich über die Anforderungen aus dem europäischen Umweltrecht hinaus. Das überzeugt die deutsche Wirtschaft nicht, denn es ist gerade Sinn einer europäischen Angleichung der Umweltstandards, Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU zu vermeiden. Bei den Grenzwerten für Luftverunreinigungen spricht viel für eine 1:1-Umsetzung. Auch beim Vollzug der neuen Vorschriften sollten gesetzliche Spielräume nicht unnötig über Verwaltungsvorschriften eingeengt werden. Ein guter Vollzug setzt kompetente, sachkundige und personell ausreichend ausgestattete Behörden voraus, die "ihre" Unternehmen kennen, damit sowohl Genehmigungsverfahren als auch die Überwachung im laufenden Betrieb funktionieren. Die Verlagerung des Vollzugs auf private Stellen lehnt der DIHK daher ab.

KLIMASCHUTZ



Umweltverträglichkeitsprüfung einfacher gestalten

Im Oktober hat die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Revision der Richtlinie über die Umweltverträglichkeit bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten vorgelegt. Leitlinie einer Revision hätte nach Ansicht des DIHK sein sollen, die Verfahren zu vereinfachen und die Rechts- und Planungssicherheit für Projektträger zu erhöhen. Aber die Kommission setzt stattdessen darauf, die zu prüfenden Umweltfaktoren zu ergänzen und vom Projektträger mehr Informationen als bisher zu verlangen. Die Folge wären erhebliche Mehrkosten und längere Verfahrenszeiträume. Die von der Kommission avisierte verbesserte Umsetzung der UVP-Richtlinie und ein höheres Schutzniveau der Umwelt in allen EU-Mitgliedstaaten lassen sich damit nicht erreichen. Die frühzeitige Berücksichtigung sämtlicher Umweltauswirkungen von Projekten wird nicht verbessert.

Neue Prioritäten für die europäische Umweltpolitik

Das 7. Umweltaktionsprogramm soll den Rahmen für die EU-Umweltpolitik bis 2020 setzen. Der DIHK unterstützt den Vorschlag der Kommission, einen Schwerpunkt auf die Umsetzung und Anwendung des bestehenden EU-Umweltrechts zu setzen. Es sind aber auch erhebliche Verschärfungen angedacht, die der DIHK deutlich kritisiert, insbesondere bei der Produktgestaltung und durch die Bepreisung der Nutzung von natürlichen Ressourcen.

Europäische Wasserpolitik: EUweite Umsetzung gewährleisten

Das Jahr 2012 hatte die Europäische Kommission im Umweltbereich unter das Thema Wasser gestellt. Mit der Vorlage für eine "Blaupause Wasser" zur weiteren Ausgestaltung der europäischen Wasserpolitik endet ein breit angelegter Konsultationsprozess, an dem sich auch der DIHK beteiligt hat. Das Ziel der Wasserrahmenrichtlinie, bis 2015 einen guten Zustand aller europäischen Gewässer zu erreichen, wird nicht erreicht werden. Nachbesserungsbedarf sieht die Kommission vor allem beim Wasserverbrauch und der Gewässerverunreinigung. Der DIHK setzt sich dafür ein,

dass zunächst bestehende Vorschriften ausgeschöpft werden, bevor zusätzliche oder strengere Regelungen erlassen werden

Wassergefährdende Stoffe: Anwenderfreundliches Recht ist gefragt

Seit über zwei Jahren arbeitet die Bundesregierung an einer Verordnung, in der der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen bei Produktion und Lagerung einheitlich für Deutschland geregelt werden soll. Der DIHK setzt sich für klare und verständliche Formulierungen sowie für sachlich begründete Pflichten für Anlagenbetreiber ein. Die grundsätzlich richtige Idee einer bundeseinheitlichen Regelung darf durch Sonderwege im Vollzug nicht wieder konterkariert werden. Die Verordnung muss handhabbar und verständlich sein, vor allem dann, wenn aus Gründen des Gewässerschutzes kleine Produktionsanlagen neuen Pflichten unterworfen werden. Sollen im Sinne eines verbesserten Gewässerschutzes Anlagen erstmalig in den Anwendungsbereich einer solchen Verordnung einbezogen werden, muss der Gesetzgeber die neuen Pflichten für Anlagenbetreiber zur Bereitstellung von Unterlagen und zur Durchführung von Überprüfungen so klar und so einfach wie möglich regeln.

INTERNATIONAL



AUSLANDSHANDELSKAMMERN

Unterstützung für Europas Weg aus der Krise

Europa war auch 2012 von der Staatsschuldenkrise geprägt. Viele Länder haben ihre Sparmaßnahmen und Reformen intensiviert. Mit dem Euro-Reform-Monitor hat der DIHK zahlreiche Maßnahmen veröffentlicht und für einen konsequenten Reformkurs geworben. Der DIHK unterstützt gemeinsam mit den AHKs Entscheider in den Krisenländern mit Expertise und Best-Practice Beispielen für mehr Wettbewerbsfähigkeit. Mit der AHK Griechenland hat der DIHK einen 11-Punkte-Katalog erarbeitet und Kommissionspräsident Barroso sowie Bundeskanzlerin Merkel vorgelegt. Einige Vorschläge, z. B. ein stärkeres Angebot der

ausbildung zwischen DIHK und dem spanischen Kammerverband "Consejo Superior de Cámaras de Comercio". Auf der deutschportugiesischen Wirtschaftskonferenz am 12. November in Lissabon sprach DIHK-Vizepräsident Bauwens-Adenauer gemeinsam mit Bundeskanzlerin Merkel und Regierungschef Passos Coelho über Möglichkeiten zur Stärkung der Wirtschaft in Portugal. Dabei ging es insbesondere um die Berufsbildung und die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft.

Besuch aus Bulgarien

Im Rahmen seines ersten offiziellen Besuchs in Deutschland trat der bulgarische

Asien im Fokus

Über 750 Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik trafen sich vom 1. – 3. November in Gurgaon (Indien) zur Asien-Pazifik-Konferenz, geleitet von Bundesminister Rösler und dem Vorsitzenden des Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Peter Löscher. Die von der AHK Indien ausgerichtete Konferenz unterstrich den herausragenden Stellenwert Asiens für die deutsche Wirtschaft. Hauptgeschäftsführer Wansleben und DIHK-Außenwirtschaftschef Treier leiteten auf der Konferenz jeweils ein Forum.

In Begleitung von Bundeskanzlerin Merkel reiste Präsident Driftmann am 1. Februar



Besuch und Gegenbesuch: Am 2. Juli 2012 kam der bulgarische Ministerpräsident Rosen Plevneliev (oben) anlässlich des Deutsch-Bulgarischen Wirtschaftsforums in den DIHK, Staatssekretär Ernst Burgbacher und Hans Heinrich Driftmann begrüßten den Gast. Präsident Driftmann besuchte auf Einladung von Plevneliev im August mit einer Delegation Bulgarien (links).

Vizepräsident Kgalema Motlanthe den Deutsch-Südafrikanischen Wissenschaftspreis.

60-jähriges Jubiläum der AHK für das südliche Afrika: DIHK-Präsident Driftmann verlieh gemeinsam mit dem deutschen Vizekanzler Philipp Rösler und Südafrikas

Europäischen Investitionsbank oder ein Engagement staatlicher Exportkreditversicherungen, wurden umgesetzt.

DIHK-Präsident Driftmann nahm gemeinsam mit Bundeskanzlerin Merkel und Ministerpräsident Rajoy an der deutsch-spanischen Wirtschaftskonferenz am 6. September in Madrid teil. Schwerpunkte waren Berufsbildung, Innovation und Finanzierung von Unternehmen. Anlässlich seines Besuchs unterzeichnete Driftmann zudem ein MoU zur Kooperation in der dualen Berufs-

Staatspräsident Plevneliev am 2. Juli vor 250 Gästen aus Wirtschaft und Politik im DIHK auf. Präsident Driftmann begrüßte Plevneliev als Freund der Deutschen und als beispielhaften Europäer, der den Wert europäischer Freiheiten richtig einzuschätzen wisse. Plevneliev lobte die deutsch-bulgarischen Beziehungen als strategische Partnerschaft. Der Staatspräsident versprach, sich in Bulgarien persönlich für die Anliegen der deutschen Wirtschaft einzusetzen.

nach Peking und Guangzhou. Auf einem von der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Guangzhou organisierten Wirtschaftsgipfel sprach Driftmann konkrete Anliegen der deutschen Wirtschaft zur Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit an.

Als positiven Impuls für die bilaterale Zusammenarbeit wertete Präsident Driftmann die Vietnam- und Thailand-Reise mit Bundesminister Rösler im September. Drift-

INTERNATIONAL



Volker Treier, DIHK-Bereichsleiter International / AHK, bei der Eröffnung der AHK-Weltkonferenz am 21. Mai 2012 im DIHK. Am Abend folgten die AHK-Geschäftsführer einer Einladung von Bundesminister Rösler in das Bundeswirtschaftsministerium. Dort berichteten Sie aus den Regionen und hatten Gelegenheit zum Gespräch mit dem Minister.



mann, der an der Reise als Leiter der 50-köpfigen Wirtschaftsdelegation teilnahm, traf mit den Regierungschefs beider Länder sowie verschiedenen Ministern zusammen.

Mit rund 500 Gästen, darunter Bundesministerin Aigner und Hauptgeschäftsführer Wansleben, feierte die AHK Japan im November ihr 50-jähriges Bestehen. Wansleben zeigte sich bei einer Podiumsdiskussion auf der Veranstaltung mit dem Präsidenten der Japan External Trade Organization überzeugt davon, dass bei Herausforderungen wie der Energiewende und alternder Gesellschaften beide Länder voneinander lernen können.

Freihandel in Zeiten zunehmender Hemmnisse

Angesichts der stockenden multilateralen Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde setzt die deutsche und europäische Politik verstärkt auf bilaterale Freihandelsabkommen mit wichtigen Handelspartnern. Der DIHK hat sich mit Blick auf aktuelle und geplante Verhandlungen mit den südostasiatischen ASEAN-Staaten und Japan für gegenseitige Marktöffnung im tarifären und nicht-tarifären Bereich eingesetzt. Das enorme wirtschaftliche Potenzial der ASEAN-Region und dessen Bedeutung für die deutsche Exportwirtschaft war Gegen-

stand eines Arbeitsfrühstücks im EU-Parlament u.a. mit MdEP Caspary und Außenwirtschaftschef Treier.

Im letzten Jahr wurde auch die Grundlage für eine neue transatlantische Initiative gelegt. Eine Arbeitsgruppe soll Empfehlungen für die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen EU und USA formulieren. Der DIHK hat sich dazu z.B. im Rahmen eines Roundtables beim Vertretungsbüro der deutschen Wirtschaft in Washington (RGIT) deutlich positioniert. Allen bilateralen Freihandelsbestreben zum Trotz greifen zugleich viele Länder zu protektionistischen Maßnahmen in Folge krisenhafter internationaler Entwicklungen. Diese Tendenzen wurden im Rahmen des Außenwirtschaftsausschusses, der AHK-Weltkonferenz sowie in DIHK-Umfragen (z.B. Going International, Konjunkturumfrage) und auch in Kooperation mit den AHKs öffentlichkeitswirksam thematisiert und kritisiert.

Gefahr für "Made in Germany" vorerst gebannt

Die EU-Kommission hat erfreulicherweise darauf verzichtet, neue komplizierte Regeln für die Ermittlung des nichtpräferenziellen Ursprungs in den aktuellen Zollkodex aufzunehmen. Zuvor hatte die IHK-Organisation immer wieder öffentlich deutlich gemacht, dass eine Änderung des Ursprungs-

rechts nicht nur einen erheblichen bürokratischen Aufwand für die Unternehmen bedeuten, sondern auch eine wichtige Grundlage für die Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" gefährden könnte. Im Frühjahr legte die EU-Kommission dem Europäischen Parlament einen Vorschlag für einen neuen Zollkodex der Union vor. In zahlreichen Gesprächen mit MdEPs hat die IHK-Organisation erreicht, dass die Interessen der deutschen Unternehmen dabei berücksichtigt wurden.

Im Frühsommer legte das BMWi einen Entwurf zur Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung vor. Im laufenden Verfahren wurde der DIHK als Sachverständiger angehört, der den Entwurf als wichtige Vereinfachung für den Mittelstand lobte. Zudem brachte sich die IHK-Organisation in eine Konsultation der EU-Kommission zur Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente ein. Als Grundlage für die Positionierung wurden die Pläne der EU-Kommission im DIHK-Arbeitskreis Handelspolitik diskutiert.

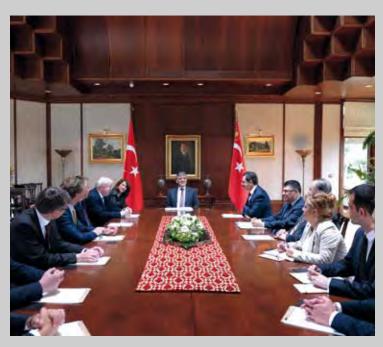
Erleichterungen im Geschäftsverkehr

Der DIHK setzte sich sowohl auf der Botschafterkonferenz des Auswärtigen Amtes als auch in der laufenden Zusammenarbeit

AHK



2012 besuchte DIHK-Präsident Driftmann unter anderem das Deutsch-Chinesische Wirtschaftsforum in Guangzhou (Kanton). R echts: Bei einer Unternehmerreise in die Türkei traf die deutsche Delegation am 6. Juni unter anderem auch mit Staatspräsident Gül zusammen, um Aspekte der deutsch-türkischen Zusammenarbeit zu erörtern.



mit der Bundesregierung für Reiseerleichterungen im Geschäftsverkehr ein. 2012 wurden wichtige Fortschritte auf dem Weg zu flexibleren Reisemodalitäten erreicht. An mehreren Standorten arbeiten AHKs gezielt bei der Annahme von Visaanträgen mit den Botschaften zusammen. Die Bundesminister Westerwelle und Friedrich haben im Oktober mit dem Münchner IHK-Präsidenten Greipl und DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben sowie deutschen und türkischen Firmenvertretern Grundsatzfragen im bilateralen Geschäftsreiseverkehr erörtert. Mit diesem Dialog wurde ein Zeichen für mehr Flexibilität im Reiseverkehr beider Länder gesetzt.

Zukunftsthemen im Fokus der Weltkonferenz

Für das Auslandshandelskammer-Netz war die AHK-Weltkonferenz im Mai der Höhepunkt des Jahres 2012. Impulse gab es durch den Vortrag eines Zukunftsforschers sowie Referate zu Personalarbeit und Social Media. Workshops zu den Themen Gesundheits-, Ernährungswirtschaft, Fachkräfte- sowie Rohstoffsicherung förderten den Wissenstransfer innerhalb des Netzwerks.

Als wichtige Dienstleistung der im AHK-Netz verankerten Servicemarke DEinternational wurde das "Partner Support Program" entwickelt. Die Unterstützung der begleitenden Partner gewinnt angesichts der erforderlichen Fachkräftesicherung für viele Unternehmen bei der Auslandsentsendung von Mitarbeitern an Bedeutung. AHKs und auch IHKs bieten deshalb Unterstützung in den Bereichen Beruf und Karriere, Studium und Weiterbildung sowie Kultur und Ehrenamt an. Der DIHK hat bereits mehrere größere Unternehmen für das Programm gewonnen.

Neue Wirtschaftsvertretungen in Kenia und Aserbaidschan

Am 27. September wurde das Delegiertenbüro der deutschen Wirtschaft in Kenia in Anwesenheit von Premierminister Odinga und Außenwirtschafschef Treier eröffnet. Eine Aufgabe des neuen Delegierten wird darin bestehen, auch über Geschäftsmöglichkeiten in weiteren ostafrikanischen Ländern zu informieren – und somit von Kenia aus, die Region Ostafrika abzudecken. Am 13. November eröffneten Staatsministerin Pieper, BMWi-Abteilungsleiter Brauner und Außenwirtschaftschef Treier zudem gemeinsam die AHK Aserbaidschan. Das rohstoffreiche Land gehört zu den dynamischsten Märkten der Welt. Seit 2002 hat sich seine Wirtschaftsleistung verzehnfacht.

Auf einer Regionalkonferenz in Casablanca im September trafen AHK-Vertreter aus der MENA-Region mit den Partnern der Entwicklungszusammenarbeit zusammen. Dabei standen konkrete Vorhaben in den Bereichen "Berufsbildungsexport" und "Erneuerbare Energien" im Fokus. Um der weltweiten Zusammenarbeit zukünftig einen einheitlichen Rahmen zu geben, haben DIHK und GIZ die Erstellung eines "Code of Conduct" vereinbart, der eine effiziente Arbeitsteilung vor Ort ermöglichen soll.

Export des Erfolgsmodells duale Berufsbildung

Deutsche Unternehmen im Ausland haben an zahlreichen Standorten wachsende Probleme, qualifizierte Fachkräfte zu finden. Hierin spiegelt sich die mangelnde arbeitsmarktbezogene Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme zahlreicher Länder wider. Für die AHKs bietet dies die Chance, Dienstleistungen im Geschäftsbereich Berufsbildung anzubieten, die das erforderliche fachliche Niveau für Auszubildende liefern sollen. Mit der Verabschiedung eines entsprechenden Konzepts für den Export von Berufsbildung hat die DIHK-Vollversammlung den Grundstein dafür gelegt, dass AHKs und IHKs auf den Bedarf ihrer Mitgliedsunternehmen an qualifizierten Fachkräften gemeinsam mit passenden Angeboten antworten.

BRANCHEN

GRUNDSATZFRAGEN DER DIENSTLEISTUNGSWIRTSCHAFT, DEMOGRAFIE

Dienstleistungsnormung kommt

Die Verordnung der EU-Kommission zu einem neuen Europäischen Normungspaket tritt am 1. Januar 2013 in Kraft. Erstmals hat die EU-Kommission das Recht, Dienstleistungsnormen in Europa vorzuschlagen und in allen Mitgliedsländern umzusetzen.

Die Argumentation dazu klingt bekannt, bleibt aber diffus: Es gäbe ein großes Wachstumspotenzial, wenn man auch Dienstleistungen für den grenzüberschreitenden Austausch normieren würde. Für europäische Normungseinrichtungen ist das Wasser auf die Mühlen.

Aus Sicht der Wirtschaft ist die Normierung von Dienstleistungen in jedem Fall nur sinnvoll, wenn die Wirtschaft angemessen im Vorfeld des Prozesses einbezogen wird. Vor allem muss die Politik zusammen mit der Wirtschaft klären, wann eine Dienstleistungsnorm zwei grundlegenden Kriterien genügt: Die Norm muss "marktgetrieben" und "marktrelevant" sein. Beide Begriffe sind bisher nicht definiert. Der DIHK erwartet deshalb, dass die Wirtschaft bei der Definition beteiligt ist und dies auch strukturell verankert wird, z. B. durch eine Stelle, die zunächst die Normenwürdigkeit prüft.

HANDEL

Strukturwandel in der Handelslandschaft begleiten

Die Expansion des Online-Handels schreitet rasant voran. Dieser brancheninterne Strukturwandel bereitet stationären Händlern zunehmend Kopfschmerzen. Ihnen bieten die IHKs Informationen über die Marktentwicklung an, so auch den IHK-Zertifikatslehrgang "E-Commerce-Manager (IHK)", der Anfang 2012 an den Start ging. Den Handel in Innenstädten und Stadtteilzentren unterstützen IHKs mit Initiativen und Wettbewerben (Ab in die Mitte, Business Improvement Districts (BID)). Cities und Ortskerne werden von der vorgeschlagenen Regelung zur Novellierung des Baugesetzbuches profitieren, an der der DIHK mitgewirkt hat. Städte und Gemeinden bekommen dann die Möglichkeit, ihre zentralen Versorgungsbereiche planerisch festzulegen. So können Einzelhandelsstandorte einfacher und gezielter gestärkt werden.

TOURISMUS

Fachkräfte gebraucht!

Fachkräftesicherung brennt Hotellerie und Gastronomie immer mehr auf den Nägeln. Erkannt ist, dass im Wettstreit der Branchen um Jugendliche eine Verbesserung der Ausbildungsbedingungen und –qualität notwendig ist. Fachkräfte können zudem über die Weiterbildung älterer Arbeitnehmer gewonnen werden. Die IHKs informieren über Initiativen und gute Beispiele.

Bettensteuer vom Tisch?

Zur "Bettensteuer", mit der inzwischen viele Städte ihre Hotels zur Kasse bitten, gibt es seit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts am 11. Juli 2012 eine wichtige Klarstellung: die geschäftlich veranlasste Übernachtung darf nicht besteuert werden. Die IHK-Organisation hatte diese Steuer immer abgelehnt und stattdessen empfohlen, Tourismusmaßnahmen aus freiwilligen Beiträgen zu finanzieren, über deren Verwendung die Unternehmen mitentscheiden

Neue GEMA-Tarife sorgen für Diskussionen in der Branche

Für erhebliche Proteste sorgt die geplante GEMA-Tarifreform bei Musikveranstaltern aber auch Gastronomie und Hotellerie, weil für die Wiedergabe von Musik u. a. 10% vom Umsatz verlangt werden soll. Die GEMA beruft sich dabei auf das Urheberrechtswahrnehmungsgesetz, wonach die urheberrechtliche Abgabe an dem ,geldwerten Vorteil' anknüpfen soll. Dieser ist nach der bisherigen Rechtssprechungspraxis am Umsatz festzumachen. Aus Sicht des DIHK reicht es nicht aus, die Tarifreform bis zum Abschluss des Schiedsverfahrens auszusetzen. Vielmehr muss über dieses Anknüpfungskriterium neu nachgedacht werden. Zu fordern ist ferner mehr Transparenz über die Mittelverteilung der GEMA, denn diese sollte die tatsächliche Vielfalt der Musikszene abbilden.



Auf der Fachkonferenz "Föderales E-Government – Auf dem Weg zur serviceorientierten Verwaltung" thematisierte Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im BMI, die Position der Regierung. Christian Rupp aus dem Bundeskanzleramt Österreich zeigte mit seinem Vortrag "Digitales Österreich" den Stand einer zukunftsfähigen Verwaltung als Standortfaktor.



TELEKOMMUNIKATION, NEUE MEDIEN, INFORMATIONSGESELLSCHAFT, POSTDIENSTE

IT-Sicherheit in der Wirtschaft – Bedrohungspotenziale nehmen zu

Im Zuge der zunehmenden "Digitalisierung" ganzer Wertschöpfungsprozesse gewinnen Fragen der IT-Sicherheit an Bedeutung für viele Branchen. Internetpräsenzen können manipuliert und wichtige Kundendaten und Betriebsgeheimnisse verändert, gelöscht oder gestohlen werden. Die Bedrohungspotenziale in den Unternehmen sind allerdings unterschiedlich und erfordern somit auch differenzierte Maßnahmen. Das Bundesinnenministerium plant ein IT-Sicherheitsgesetz, das bestimmte Unternehmen zur Meldung von Sicherheitsvorfällen und zur

Einhaltung von Mindest-Sicherheitsstandards verpflichten soll. Angesichts zahlreicher Initiativen zur Verbesserung der IT-Sicherheit in der Wirtschaft und des bestehenden Eigeninteresses der relevanten Unternehmen an Sicherheitsmaßnahmen hält der DIHK eine solche Vorgabe aber nicht für erforderlich.

Verwaltungsdienstleistungen wirtschaftsfreundlich gestalten

Die elektronische Kommunikation zwischen Unternehmen und Verwaltung muss schnell, effizient und unkompliziert funktionieren – egal, ob es um Ausnahmen vom LKW-Sonntagsfahrverbot oder die Übersendung von Steuerbescheiden geht. Zwar gibt es erste gute Beispiele. Meist sind die Abläufe jedoch noch schleppend, weil eine flächendeckende Ausstattung der Verwaltung fehlt. Bisher scheitert eine rechtlich sichere elektronische Kommunikation häufig an dem sogenannten Schriftformerfordernis:

Tausende von Rechtsvorschriften verlangen eine Unterschrift. Das geplante E-Government-Gesetz liefert hier zwei gute Lösungsansätze: Die Reduzierung der Schriftform auf wirklich notwendige Fälle und stattdessen andere Vorgehensweisen, die die Identifikation in ausreichendem Maße ermöglichen. Die Vorhaben beziehen sich jedoch leider nur auf die Kommunikation mit der Bundesverwaltung. Unternehmen haben aber weitaus mehr Kontakt zu lokalen und regionalen Behörden. Ein einheitliches Vorgehen ist dringend geboten. Das hat der DIHK auf seiner Fachkonferenz am 13. Dezember 2012 deutlich gemacht.

KOMMUNIKATION



ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Energiewende und Staatsschuldenkrise – zwei Herkulesaufgaben

Im Mittelpunkt der deutschen Wirtschaftspolitik 2012 standen vorrangig internationale Themen. Die Diskussion um den Austritt Griechenlands, die Schuldenkrise in den europäischen Nachbarstaaten sowie die Entwicklung wichtiger Wachstumsmärkte in Lateinamerika oder Asien dominierten daher auch die Pressearbeit des DIHK. Innenpolitisch waren die Energiewende, der Arbeitsmarkt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beherrschende Themen. Insgesamt war die Meinung des DIHK in 193 Fernsehauftritten gefragt.

Darüber hinaus fanden zahlreiche Umfra-

IHKtransparent

Mit dem neuen Portal "IHKtransparent" geben die 80 IHKs Unternehmen, Politik und Öffentlichkeit einen umfassenden Einblick in ihre Struktur, Arbeit und Finanzen. Damit kommunizieren sie noch konsequenter, was sie tun und versachlichen so auch manche mediale Diskussion. Zahlen der Ausbildungsverträge und Existenzgründungsberatungen, Höhe von Einnahmen und Erträgen, Mitarbeiterzahlen oder auch Pensionsrückstellungen - viele relevante IHK-Daten wurden zusammengeführt, dokumentiert und jedem via Internet zugänglich gemacht. Das Portal wird in den nächsten Jahren kontinuierlich fortgeführt, aktualisiert und ausgebaut.

ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu ergreifen. Zugleich sprach er sich gegen die Vergemeinschaftung der Schulden aus. Sonderumfragen und eine regelmäßig aktualisierte Zusammenstellung der Reformmaßnahmen erzielten ein breites Medienecho. Insbesondere die Interviews zur Jahreswende nutzte Präsident Driftmann dazu, einen stärkeren Reformwillen auch in Deutschland einzufordern.

Griechenlandpolitik im Kreuzfeuer

Die Diskussion um das Pro und Contra eines Austritts von Griechenland aus dem Euro durchzog die Berichterstattung des gesamten Jahres 2012. Sie war auch Thema zahl-



Links und oben: Im größten deutschen Wettbewerb für Wirtschaftspublizistik, dem von den Industrie- und Handelskammern ausgeschriebenen Ernst-Schneider-Preis, wurden am 10. Oktober 2012 im Berliner ewerk die besten Autorinnen und Autoren geehrt. Rechts: Internationale Märkte ganz nah. Die AHK-Weltkonferenz im Mai 2012 bot Expertenwissen aus erster Hand. Die Deutsche Welle war Medienpartner.



gen des DIHK zu Konjunktur, Branchenentwicklung, Mittelstand, Gesundheitswirtschaft oder Ausbildungsmarkt großen Widerhall in der Presse. Der DIHK belegte mit ca. 22.500 Abdrucken bei den Sachthemen Platz eins in der Berliner Verbändelandschaft.

Dauerthema Schuldenkrise

Mit kleinen Schritten bewegte sich Europa 2012 aus der Krise heraus. Dabei stand der Wirtschaftsstandort Deutschland trotz europäischer Staatsschuldenkrise und abflauender Weltkonjunktur noch recht gut da. In Interviews, Statements oder Namensartikeln des Präsidenten mahnte der DIHK die europäischen Staaten, Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und Steigerung

reicher Äußerungen des DIHK-Präsidenten, der DIHK-Volkswirte oder der Experten aus dem Bereich "International" vor Kameras oder in Zeitungen. Dabei unterstrich der DIHK immer wieder das Prinzip "Leistung nur bei Gegenleistung". Gleichzeitig wurde jedoch verdeutlicht, dass die schwierige Situation keine vermeintlich einfachen Lösungen – wie einen Austritt aus der Eurozone – zulässt. Insbesondere die Mahnung,

KOMMUNIKATION

ein Schuldenschnitt würde Griechenland zu schnell aus der Verantwortung entlassen, wurde von den Medien aufgenommen.

Baustelle Energiewende

Die zum Teil unkoordinierten Arbeiten an der Baustelle "Energiewende" haben viele Unternehmen verunsichert. Wie steht es um die Versorgungssicherheit, wie entwickeln sich die Energiepreise, wie steigere ich meinen eigene Energieeffizienz und wie kann die Akzeptanz für den Netzausbau gesichert werden? Der DIHK wurde nicht müde, diese Sorgen in den Medien zu thematisieren. Vor dem Hintergrund des starken Anstiegs der Umlage für die erneuerbaren Energien hat DIHK-Präsident Driftmann zudem in zahlreichen Interviews und Fernsehauftritten wie z. B. bei Maybrit Illner für die Befreiung energieintensiver Unternehmen von der EEG-Umlage geworben. Darüber hinaus wurden die einzelnen Aspekte der Energiewende im Rahmen des Jahresthemas der IHK-Organisation in rund 1.000 Veranstaltungen bundesweit, aber auch in Brüssel vertieft.

Ärgernis Kitaausbau

Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Fachkräftemangels wird der Engpass an Betreuungsplätzen für die Betriebe zum immer größeren Ärgernis. Stellungnahmen, Umfragen oder auch Interviews des Präsidenten dienten als medialer Weckruf des DIHK für Bund, Länder und Kommunen, stärkere Anstrengungen zu unternehmen und dabei an einem Strang zu ziehen. Dabei mahnte Driftmann an, das Potenzial von Tagesmüttern und -vätern viel stärker zu nutzen. Er erinnerte daran, dass neun von zehn Betrieben rasche Abhilfe insbesondere für unter Dreijährige erwarten.

Ernst-Schneider-Preis in Berlin verliehen

Der Ernst-Schneider-Preis der Industrieund Handelskammern (IHKs) lädt jährlich Autoren und Redaktionen dazu ein, sich am Wettbewerb um die höchstdotierte Auszeichnung im deutschen Wirtschaftsjournalismus zu beteiligen. Die in 2012 vom DIHK – gemeinsam mit der IHK Berlin – verantwortete Preisverleihung an Journalisten aus Fernsehen, Hörfunk, Internet und Print fand regional wie überregional Einzug in die Medien. Die Berichterstattung trug dazu bei, Medien zu ermutigen, ihre Anstrengungen bei der Vermittlung von Wirtschaftsthemen weiter zu erhöhen und dabei neue Wege zu gehen.

Duale Ausbildung ein Exportschlager

Bei zahlreichen Auslandsbesuchen machte DIHK-Präsident Driftmann deutlich, wie wichtig die Ausbildung junger Menschen ist, um Europa wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Sein Credo, Deutschland habe mit der Dualen Ausbildung gute Erfahrungen gemacht und könne Unterstützung anbieten, fand daher in der deutschen, aber auch in der ausländischen Berichterstattung breiten Niederschlag.

Made in Gemany in Gefahr?

Neue Handelshemmnisse durch Veränderungen der EU-Kommission im Ursprungsrecht und im Zollkodex drohten, der DIHK sah am Ende auch das Label "Made in Germany" in Gefahr und hat sich lautstark in Öffentlichkeit und Politik gegen die Einführung von sogenannten "Listenregeln" positioniert. Auch aufgrund des medialen Drucks konnte die Einführung vorerst gestoppt werden.

IHK-Zeitschriften: Pflichtlektüre für den Mittelstand

Die IHK-Zeitschriften belegen im Vergleich mit anderen Wirtschaftsmagazinen wiederum den Spitzenplatz in punkto Reichweite bei Führungskräften in mittelständischen Unternehmen. Die IHK-Zeitschriften erreichen mit jeder Ausgabe im Durchschnitt 43,4 Prozent dieser Personengruppe – weit vor dem zweitplazierten "Spiegel" mit 20,6 Prozent. Dies ist ein Kernergebnis der jüngsten Reichweitenstudie "Entscheider im Mittelstand 2012", die TNS-Emnid/Bielefeld von Februar bis Juni 2012 durchführte. Auftraggeber der Studie waren der DIHK (stellvertretend für die 80 IHKs in Deutschland), die IHK-Zeitschriften eG (stellvertretend für 59 Verlage) sowie die IHK-Kombi West (stellvertretend für 14 Verlage in NRW). Die Befragung ist die fünfte dieser Art und wurde in der Vergangenheit im Schnitt alle vier Jahre neu durchgeführt. Befragt wurden etwa 3.000 Inhaber bzw. leitende Angestellte aus Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 100.000 bis 50 Millionen Euro aus einer Grundgesamtheit von ca. 1,5 Millionen Unternehmen. Im Vergleich zu den IHK-Zeitschriften wurden 25 andere Wirtschaftszeitschriften, Nachrichtenmagazine und überregionale Tagenszeitungen untersucht.

Was besonders auffiel: IHK-Zeitschriften sind unverzichtbares Basismedium für Entscheider im Mittelstand. Fragt man die Leser nach beruflicher Wichtigkeit der 10 reichweitenstärksten Titel, so bestätigen 55 Prozent der Befragten diese Aussage für die IHK-Zeitschriften. Der Spiegel (50,5 Prozent) und die Wirtschaftswoche (46,1 Prozent) folgen auf den nächsten Rängen.



WJD | WIRTSCHAFTSJUNIOREN



Engagiert für Beruf und Familie

Deutschland fehlen die Fachkräfte, gleichzeitig üben nur 66 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter einen Beruf aus - gegenüber 80 Prozent der Männer. Die Wirtschaftsjunioren Deutschland (WJD) haben daher 2012 die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einem zentralen Arbeitsthema gemacht. Aus Sicht der Wirtschaftsjunioren braucht es in Deutschland Rahmenbedingungen, in denen für Frauen und Männer die Betreuung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen keine Karrierehindernisse sind, in denen sich Väter und Mütter die Erziehungsarbeit teilen und die den Anliegen der nächsten Generation Rechnung tragen.

on in den Beratungsprozess eingeflossen sind. Ebenfalls mitgewirkt haben die Wirtschaftsjunioren in einer Expertenkommission der Antidiskriminierungsstelle des Bundes – und hier Ideen für eine stärkere Beteiligung Älterer am Erwerbsleben positioniert.

Fairness fördern – Leistung möglich machen

Politischer Höhepunkt war auch im Jahr 2012 der Know-how-Transfer mit dem Deutschen Bundestag: Knapp 200 Wirtschaftsjunioren haben im Mai eine Woche lang jeweils einen Abgeordneten begleitet und ihre Erfahrungen aus der unternehme-

Rechtsanspruch auf bezahl- und verfügbare Betreuungsplätze für Kinder sowie eine verkürzte, aber verbindliche Elternzeit. Darüber hinaus machten sich die jungen Unternehmer und Führungskräfte dafür stark, dass die Herausforderung Pflege in Politik und Wirtschaft höchste Priorität bekommt.

Internationaler Unternehmer-kongress

Die Wirtschaftsjunioren Deutschland waren im Juni Gastgeber der Europakonferenz von "Junior Chamber International" (JCI), dem internationalen Dachverband der Wirtschaftsjunioren. Die fünftägige Konferenz, zu der mehr als 2.000 junge Unter-



Auch 2012 wurde der Förderpreis der Jungen Wirtschaft, das Ausbildungs-Ass, an Unternehmen und Initiativen vergeben, die sich um die Ausbildung besonders verdient gemacht haben (rechts). Auf der Fachveranstaltung zum Projekt "1000 Chancen" lobte Bundesministerin Kristina Schröder das Engagement der Wirtschaftsjunioren für Jugendliche (oben).



Dabei haben die Wirtschaftsjunioren mit ihrer Publikation "Einfach mehr Verantwortung" zum zweiten Mal ein politisches Grundsatzprogramm vorgelegt und sich auf dieser Grundlage als Stimme der jungen Wirtschaft in die politischen Debatten eingebracht. Erfolgreich waren die Wirtschaftsjunioren unter anderem bei der geplanten gesetzlichen Neuregelung der Elternzeit, bei der Vorschläge der Organisati-

rischen Praxis sowie ihre Forderungen Spitzenvertretern aller im Bundestag vertretenen Fraktionen vorgetragen. Unter der Überschrift "Fairness fördern – Leistung möglich machen: Für eine Gesellschaft, die die Familie in den Mittelpunkt stellt" hatten die Wirtschaftsjunioren Deutschland zu diesem Anlass ihre Vorschläge zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch einmal verdichtet. So forderten die jungen Unternehmer und Führungskräfte einen Generationensoli für Kinderlose, Familiensplitting statt Ehegattensplitting, einen

nehmer aus der ganzen Welt anreisten, fand in Braunschweig statt und wurde von den Wirtschaftsjunioren genutzt, um ein deutliches Signal für Europa und eine Vertiefung des Integrationsprozesses zu senden. So unterzeichneten die Vertreter der europäischen JCI-Mitgliedsverbände einen gemeinsamen Brief an die Europäischen Staats- und Regierungschefs, um ihre Unterstützung für die Weiterentwicklung der

WJD | WIRTSCHAFTSJUNIOREN

Europäischen Union zu bekräftigen. Im Zentrum stand die Frage, welchen Beitrag die junge europäische Wirtschaft bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa leisten kann.

Ein weiterer Erfolg auf internationalem Parkett: 25 Jahre nach dem Fall der Mauer wird 2014 in Leipzig einer der größten internationalen Unternehmerkongresse stattfinden. JCl erteilte den Wirtschaftsjunioren Deutschland im November 2012 den Zuschlag für die Ausrichtung des "JCl World Congress 2014". Dann werden rund 5.000 junge Unternehmer aus der ganzen Welt in Leipzig zu Gast sein. Eine hervorragende Gelegenheit, um Werbung für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu machen.

Jugend Stärken: Junge Wirtschaft macht mit

"JUGEND STÄRKEN: Junge Wirtschaft macht mit!": Unter diesem Motto engagieren sich die Wirtschaftsjunioren Deutschland seit Jahresbeginn 2012, um benachteiligten Jugendlichen eine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu geben. Mit dem Projekt bindet das Bundesfamilienministerium das Engagement der Wirtschaftsjunioren für benachteiligte junge Menschen in die Netzwerke der Initiative "Jugend stärken" ein. Sozialpädagogische Arbeit und unternehmerisches Engagement werden systematisch miteinander verknüpft, um die Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen junger Menschen mit schwierigen Startbedingungen zu verbessern und ihnen neue Perspektiven für die Zukunft zu eröffnen. Gebündelt und koordiniert werden alle Aktivitäten im Projektbüro der Bundesgeschäftsstelle der Wirtschaftsjunioren Deutschland, die auch eine eigene Homepage zum Engagement der Jungunternehmer und Führungskräfte online gestellt hat (www.1000-chancen.de). Mit Erfolg: 2012 haben die Wirtschaftsjunioren bereits 530 Angebote für Jugendliche geschaffen, so dass sie auf dem besten Weg sind, ihr Projektziel zu erreichen, bis Ende 2013 mindestens 1.000 Chancen anzubieten.

Das Projekt wird von einer Reihe prominenter Botschafter unterstützt. So machen sich der Schriftsteller Wladimir Kaminer, der Musiker Andreas Bayless (Söhne Mannheims), der Moderator Pierre Geisensetter sowie die Deutsche Eishockey Liga stark für "Jugend stärken: Junge Wirtschaft macht mit!".

One year to lead: Ein neuer Bundesvorstand

Höhepunkt des Juniorenjahres war auch 2012 wieder die Bundeskonferenz, in diesem Jahr mit den Nürnberger Wirtschaftsjunioren als Ausrichter. Gemäß dem Verbandsmotto "One year to lead" wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt. Bundesvorsitzender 2013 ist der Leipziger Unternehmer Sándor Mohácsi, der die Wirtschaftsjunioren weiter als Stimme der jungen Wirtschaft positionieren will. Stellvertretender Bundesvorsitzender wurde der Heidelberger Unternehmer Christian Wewezow.





BILDER 2012











- 1 ··· Auch 2012 besuchten die Sternsinger am 6. Januar den DIHK. Motto war dieses Mal "Klopft an Türen, pocht auf Rechte".
- $2\cdots\,$ DIHK-Präsident Driftmann beim Neujahrsempfang von Bundespräsident Christian Wulff am 16. Januar 2012.
- $m{3}\cdots DIHK$ -Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben bei einem Besuch des Kaiserbahnhofs in Potsdam am 27. März anlässlich der DIHK-Vollversammlung.
- 4 ··· Zum Spitzengespräch trafen sich am 30. März 2012 die Präsidenten der großen Wirtschaftsverbände mit der Bundeskanzlerin in München Von links: Dieter Hundt (BDA), Otto Kentzler (ZDH), Angela Merkel, Hans-Peter Keitel (BDI) und Hans Heinrich Driftmann (DIHK).
- 5 ··· 150-jähriges Jubiläum des Frankfurter Genossenschaftsverbandes. DIHK-Präsident Driftmann wurde interviewt von Moderatorin Sandra Maischberger.
- **6** ··· Gipfel in Meseberg mit Vertretern von Regierung, Spitzenverbänden und Gewerkschaften. Die Ergebnisse der Gespräche wurden am 15. Juni 2012 auf einer Pressekonferenz verkündet.











- **7** ··· Die thailändische Premierministerin Yingluck Shinawatra besuchte am 19. Juli 2012 den DIHK und sprach mit Vertretern der Wirtschaft.
- ${\it 8}\cdots$ Zum Parlamentarischen Abend im Haus der Deutschen Wirtschaft empfingen die Gastgeber u. a. auch Bundesumweltminister Peter Altmeier.
- 9 ··· Mit dem Präsidenten des spanischen Kammerverbandes Manuel Teruel Isqierd unterzeichnete DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann ein Abkommen zur Unterstützung bei der Dualen Berufsausbildung.
- 10 ··· Ein Besuch in der Berliner CDU-Zentrale diente dem Austausch aktueller Positionen. Die Vertreter der Spitzenverbände wurden empfangen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe.
- 11 ··· Die 150-Jahrfeier der IHK Darmstadt war Anlass eines Besuches der Feierstunde mit Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier und Hans Heinrich Driftmann.
- 12 ··· Anlässlich der Unterzeichnung des Memorandums of Understanding zur Dualen Berufsausbildung begrüßte Tancred Tabone, Präsident der Maltesischen IHK, DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann.





DIHK-FINANZEN IM JAHR 2012

Der DIHK e. V. ist ein eingetragener Verein, dessen Mitglieder die 80 regionalen Industrie- und Handelskammern (IHK) sind. Der DIHK e. V. stellt seit 2002 freiwillig einen Jahres- und Konzernabschluss in sinngemäßer Anwendung des Handelsgesetzbuches auf.

Zum Einzelabschluss des DIHK e. V. gehören neben der IHK-finanzierten Wirtschaftplan-GuV für das Kerngeschäft des e. V. in Berlin und Brüssel die Wirtschaftspläne von 24 Auslandsbüros - der Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft in 19 Ländern (Del/Rep) -, die im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung für deutsche Unternehmen hauptsächlich in Asien, im Vorderen Orient, in der Russischen Föderation und in den Staaten Mittel- und Osteuropas tätig sind. Hinzu kommen gemeinsame Projekte der IHK-Organisation. Nicht in der Bilanz erfasst sind hingegen die rechtlich selbständigen Auslandshandelskammern (AHK).

Der DIHK e. V. ist Alleingesellschafter der DIHK Service GmbH, Berlin (Gesellschaft zur Durchführung von Dienstleistungen und Projekten) und der DIHK-Gesellschaft für berufliche Bildung, Bonn (Organisation zur Förderung der IHK-Weiterbildung). Außerdem ist der DIHK e. V. an weiteren Gesellschaften als Minderheitsgesellschafter beteiligt, so z. B. an der IHK-Gesellschaft für Informationsverarbeitung, Dortmund, und an der SEQUA, Stiftung für wirtschaftliche Entwicklung und berufliche Qualifizierung gGmbH, Bonn.

ZUR BILANZ 2012

Investitionen und Finanzanlagen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist durch die Veränderung der Finanzanlagen um 11,5 Mio. EUR sowie den Rückgang der Sachanlagen um 1,3 Mio. EUR geprägt. Die Sachanlagen gehen planmäßig insbesondere durch die Abschreibung auf das DIHK-Gebäude (rd. 1,1 Mio. EUR) zurück. Abschreibungen in Höhe von 1,7 Mio. EUR stehen Investitionen in Höhe von 399 TEUR gegenüber.

Die Finanzanlagen insgesamt wachsen durch die Anlage von liquiden Mitteln im Spezialfonds sowie in Fest- bzw. Termingeldern zur Finanzierung der Pensionsverpflichtungen (rund 7,5 Mio. EUR) sowie zur Ausfinanzierung der Rücklagen (rund 4,1 Mio. EUR). Die sonstigen Ausleihungen sinken infolge planmäßiger Tilgungen um 114 TEUR auf 718 TEUR. Guthaben bei Banken enthalten zum 31. Dezember 2012 hauptsächlich kurzfristige Termingelder zur Sicherung der laufenden Liquidität.

Rücklagen und Rückstellungen für Pensionen

Das ausgewiesene Eigenkapital steigt in Höhe des Jahresüberschusses von 1.348 TEUR sowie einer Einzahlung zum Aufbau eines angemessenen Eigenkapitals in Höhe von 1.400 TEUR um insgesamt 2.748 TEUR auf 46.997 TEUR (Vorjahr 44.249 TEUR). Die unter Anwendung von Art. 28 EGHGB nicht bilanzierten Pensionsverpflichtungen betragen zum 31. Dezember 2012 rund 37,0 Mio. EUR (Vorjahr 43,6 Mio. EUR). Rein rechnerisch ergibt sich – diese Zahlen zugrunde gelegt – ein positives Eigenkapital in Höhe von rd. 10,0 Mio. EUR.

Unter Berücksichtigung der geplanten Gewinnverwendung werden dann zum 31. Dezember 2012 Rücklagen in Höhe von rund 17.905 TEUR ausgewiesen. Der DIHK e.V. hält zur liquiditätsseitigen Unterset-

zung seiner (nachrichtlichen) Rücklagen (17.905 TEUR) Fonds-Anteile sowie Festund Tagesgeldanlagen in Höhe von 15.959 TEUR (Vorjahr 11.889 TEUR). Insgesamt beträgt die Deckung der Rücklagen zum Stichtag 31. Dezember 2012 89 % (Vorjahr 82 %).

Alle Rücklagen sind vollständig liquiditätsseitig untersetzt.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen steigen durch planmäßige (1.028 TEUR) und zusätzliche Zuführungen (einschließlich der Erträge aus den Kapitalanlagen) um rund 4.606 TEUR.

Der DIHK e. V. hat für erkennbare Risiken in kaufmännisch vernünftiger Weise entsprechende Rückstellungen gebildet. Die sonstigen Rückstellungen sind gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (Anstieg um rd. 0,7 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr an).

ZUR GEWINN- UND VERLUST-RECHNUNG 2012

Der DIHK e. V. stellt jeweils für die nächsten fünf Geschäftsjahre eine mittelfristige Planung sowie für den Finanzbedarf des kommenden Jahres eine Wirtschaftsplan-GuV auf.

Die Gesamtaufwendungen für den DIHK e.V. werden in Höhe von 85 % durch Grundbeiträge und Umlagen der IHKs getragen. Im Geschäftsjahr 2012 entspricht dies rund 36,6 Mio. EUR. Weitere Posten sind Eigenerträge sowie Bundeszuwendungen für die Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft zur Außenwirtschaftsförderung für die deutschen Unter-

nehmen, darüber hinaus Projekt- und Fördermittel für gemeinsame Vorhaben der IHK-Organisation.

Zusätzlich finanziert sich der DIHK e. V. durch die Weiterbelastung von Aufwendungen an Dritte, zum Beispiel bei der Durchführung von Veranstaltungen. Außerdem erhält der DIHK e. V. Erträge aus den Finanzanlagen, insbesondere im Bereich der Rückdeckung von Altersvorsorgelasten.

Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge der verbundenen Unternehmen im Inland und Ausland betragen rund 31 Mio. EUR.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DIHK e. V. 2012

Insgesamt hat der DIHK e. V. mit Stichtag 31. Dezember 2012 unmittelbare arbeitsvertragliche Verpflichtungen für 496 Beschäftigte, die zum Teil außerhalb der direkten Rechnungslegung finanziert werden, insbesondere im Bereich der Delegiertenbüros. Auf den DIHK e. V. in Berlin und Brüssel entfallen 201 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf die Rechnungsprüfungsstelle in Bielefeld 30, auf die Wirtschaftsjunioren in Berlin 5. Weiterhin bestehen Verpflichtungen gegenüber 10 Auszubildende und 7 Mitarbeiter im Ausbildungsring sowie 9 Mitarbeiterinnen in Elternzeit bzw. ruhenden Arbeitsverhältnissen. 232 Beschäftigte des DIHK e. V. sind im Bereich der Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft und Auslandshandelskammern tätig. Die verbundenen Unternehmen im Inland und Ausland beschäftigen 273 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Personalaufwand erhöhte sich insgesamt um 3,1 % gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg im Bereich der Löhne und Gehälter ist insbesondere auf die Bildung notwendiger Personalrückstellungen zurückzuführen. Darüber hinaus haben sich die allgemeine Gehaltsanpassung zum 1. Januar 2012 in diesem Bereich sowie für die DIHK-Mitarbeiter in Berlin und Brüssel aufwandserhöhend ausgewirkt. Die Aufwendungen für soziale Abgaben und Altersversorgung sind dagegen gesunken. Darüber hinaus waren u. a. verringerte Zuführungen zu den Beihilferückstellungen notwendig.

Aufwendungen und Erträge

Die wesentlichen sonstigen Aufwendungen betreffen Hausbetriebskosten (3,8 Mio. EUR), Projektaufwendungen (3 Mio. EUR) vor allem im Bereich der Außenwirtschaftsförderung, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen (2,5 Mio. EUR), Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung (2,7 Mio. EUR) sowie Reisekosten (2,1 Mio. EUR).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nehmen gegenüber dem Vorjahr um rd. 8,2 % zu. Ausschlaggebend hierfür ist insbesondere die Übernahme der Aufwendungen für die Dynamisierung der Alt-Pensionsverpflichtungen der Rechnungsprüfungsstelle in den DIHK-Haushalt.

Der Beteiligungsertrag in Höhe von 1.186 TEUR resultiert aus einer Ausschüttung der DIHK Service GmbH sowie der CERTQUA GmbH in 2012 für das Geschäftsjahr 2011.

Jahresüberschuss und Verwendung

Die Gewinn- und Verlustrechnung des DIHK e.V. schließt mit einem Jahresüberschuss von rund 1.348 TEUR (Vorjahr 923 TEUR). Die darin enthaltenen Ergebnisse der Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft kann der DIHK e. V. infolge der Anteilsfinanzierung durch das BMWi nicht frei verwenden.

Unter Berücksichtigung der noch von der Vollversammlung des DIHK e. V. am 20. März 2013 zu beschließenden Verwendung der Jahresergebnisse ergibt sich für den Bereich der Wirtschaftsplan-GuV ein Bilanzgewinn von 2.024 TEUR (davon Gewinnvortrag 2.024 TEUR), für den Bereich Del/Rep ein Bilanzgewinn von 2.019 TEUR (davon Gewinnvortrag 2.498 TEUR) und für den Bereich der Registeranwendungen ein Bilanzverlust von 119 TEUR (davon Gewinnvortrag 0 TEUR).

DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. | Berlin

Bilanz zum 31. Dezember 2012

AKTIVA			
7 (12) 1 9 / (31.12.2012	31.12.2011
		(Angaben in EUR)	(Angaben in EUR)
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte		4 000 004 07	507.000.00
sowie Lizenzen an solchen Rechten		1.208.061,67	567.009,00
2. Geleistete Anzahlungen		38.884,65	491.386,91
		1.246.946,32	1.058.395,91
II. Sachanlagen		00 500 500 00	0.4.005.700.00
1. Grundstücke und Bauten		33.589.502,00	34.685.788,00
2. Technische Anlagen und Maschinen		53.787,00	71.357,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.444.362,00	1.611.596,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		0,00	43.095,36
		35.087.651,00	36.411.836,36
III. Finanzanlagen		477 400 00	477 400 0
Anteile an verbundenen Unternehmen Retrillings aus		177.168,90	177.168,90
2. Meteories and limite Mittel des Anlancemanne		517.534,29	517.534,28
3. Wertpapiere und liquide Mittel des Anlagevermögens	00 077 000 00		04.050.054.0
zur Finanzierung der Pensionsverpflichtungen	39.377.668,83		31.856.051,6
zur Finanzierung zweckgebunder Rücklagen	15.958.644,61	55,000,040,44	11.889.086,6
4 C (1 A 13		55.336.313,44	43.745.138,2
4. Sonstige Ausleihungen		717.776,92	831.751,1
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr			
EUR 597.806,53; Vj. EUR 717.776,92)			
		56 7/Q 702 55	45 271 502 6°
		56.748.793,55 93.083.390.87	45.271.592,6
		56.748.793,55 93.083.390,87	45.271.592,6 82.741.824,8
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 			82.741.824,8
 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Forderungen gegen verbundene Unternehmen 		93.083.390,87	82.741.824,8 882.332,4
 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Forderungen gegen verbundene Unternehmen Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein 		93.083.390,87	82.741.824,8 882.332,4
 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Forderungen gegen verbundene Unternehmen Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 		93.083.390,87	82.741.824,8 882.332,4 3.370,910,0
 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Forderungen gegen verbundene Unternehmen Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht Forderungen gegen Industrie- und Handelskammern 		93.083.390,87 1.023.755,90 10.191,11	82.741.824,8 882.332,4 3.370,910,0
 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Forderungen gegen verbundene Unternehmen Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht Forderungen gegen Industrie- und Handelskammern Forderungen gegen Auslandshandelskammern 		1.023.755,90 10.191,11 3.010,11	882.332,4 3.370,910,0 0,0 44.472,6
 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Forderungen gegen verbundene Unternehmen Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht Forderungen gegen Industrie- und Handelskammern 		1.023.755,90 10.191,11 3.010,11 47.241,85 31.218,30 2.426.729,86	882.332,4 3.370,910,0 0,0 44.472,6 68.540,5
 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Forderungen gegen verbundene Unternehmen Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht Forderungen gegen Industrie- und Handelskammern Forderungen gegen Auslandshandelskammern 		1.023.755,90 10.191,11 3.010,11 47.241,85 31.218,30	882.332,4 3.370,910,0 0,0 44.472,6 68.540,5 2.636.007,1
 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Forderungen gegen verbundene Unternehmen Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht Forderungen gegen Industrie- und Handelskammern Forderungen gegen Auslandshandelskammern Sonstige Vermögensgegenstände 		1.023.755,90 10.191,11 3.010,11 47.241,85 31.218,30 2.426.729,86	882.332,4 3.370,910,0 0,0 44.472,6 68.540,5 2.636.007,1 3.634.723,7
 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Forderungen gegen verbundene Unternehmen Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht Forderungen gegen Industrie- und Handelskammern Forderungen gegen Auslandshandelskammern Sonstige Vermögensgegenstände 		1.023.755,90 10.191,11 3.010,11 47.241,85 31.218,30 2.426.729,86 3.542.147,13	882.332,4 3.370,910,0 0,0 44.472,6 68.540,5 2.636.007,1 3.634.723,7 21.485.989,1
 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Forderungen gegen verbundene Unternehmen Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht Forderungen gegen Industrie- und Handelskammern Forderungen gegen Auslandshandelskammern Sonstige Vermögensgegenstände 		1.023.755,90 10.191,11 3.010,11 47.241,85 31.218,30 2.426.729,86 3.542.147,13 18.844.776,82	882.332,4 3.370,910,0 0,0 44.472,6 68.540,5 2.636.007,1 3.634.723,7 21.485.989,7
 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Forderungen gegen verbundene Unternehmen Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht Forderungen gegen Industrie- und Handelskammern Forderungen gegen Auslandshandelskammern 		1.023.755,90 10.191,11 3.010,11 47.241,85 31.218,30 2.426.729,86 3.542.147,13 18.844.776,82	

Der DIHK e.V. umfasst:

<sup>a. die IHK-finanzierte Wirtschaftsplan-GuV,
b. die Wirtschaftspläne der Delegationen und Repräsentanzen(kurz: Del/Rep)
c. die Projekte außerhalb der Wirtschaftsplan-GuV</sup>

DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. | Berlin Bilanz zum 31. Dezember 2012

P	ASSIVA	31.12.2012	31.12.2011
		(Angaben in EUR)	(Angaben in EUR)
	e		
A. I.	Eigenkapital Vereinskapital	25 160 402 24	25.168.483,24
ı. II.	Rücklagen	25.168.483,24	25.100.403,24
	1. Risikorücklage nach §16 Abs. 4 der DIHK-Satzung	1.400.000,00	0,00
	2. Ausgleichsrücklagen	5.023.600,00	4.632.600,00
	3. Rücklage Substanzerhaltung Gebäude	6.556.000,00	6.556.000,00
	4. Andere Rücklagen	2.979.044,61	2.676.022,06
	(Rücklagen nachrichtlich EUR 17.904.933,96; Vj. EUR 14.558.644,61)		
		15.958.644,61	13.864.622,06
111	Piloanaurina	E 070 420 10	F 21F 0F0 00
111.	Bilanzgewinn (verbleibender Bilanzgewinn nachrichtlich	5.870.420,18	5.215.950,09
	EUR 3.924.130,83; Vj. EUR 4.521.927,54)		
		46.997.548,03	44.249.055,39
В.	Rückstellungen	20.400.005.00	04 577 040 50
1.	Rückstellungen für Pensionen Steuerrückstellungen	39.183.065,93	34.577.316,53
2. 3.	Sonstige Rückstellungen	73.549,86 20.394.114,01	247.016,41 19.722.808,66
ა.	Solistige nuckstellungen	59.650.729,80	54.547.141,60
		0010001720700	0 110 1711 11700
C.	Verbindlichkeiten		
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (davon mit einer Restlaufzeit	718.340,98	835.030,25
	von bis zu einem Jahr EUR 120.534,45; Vj. EUR 117.253,34)		
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit	772.677,98	578.836,74
2	von bis zu einem Jahr EUR 772.677,98; VJ. EUR 578.836,74)	241.205,69	272 177 10
3.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 241.205,69; Vj. EUR 273.177,18)	241.205,69	273.177,18
4.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs-		
	verhältnis besteht (davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	197.632,24	64.178,13
	EUR 197.632,24; Vj. EUR 64.178,13)		2333 54.2
5.	Verbindlichkeiten gegenüber Industrie- und Handelskammern (davon mit	136.086,34	160.579,98
	einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 136.086,34; Vj. EUR 160.579,98)		
6.	Sonstige Verbindlichkeiten	2.805.497,20	3.264.352,87
	(davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 2.805.497,20;		
	Vj. EUR 3.202.127,20)		
	(davon aus Steuern EUR 12.274,18; Vj. EUR 73.053,26)		
	(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 38.190,16; Vj. EUR 44.273,92)	4 074 440 40	F 470 4FF 4F
		4.871.440,43	5.176.155,15
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	4.591.643,59	4.593.981,81
		116.111.361,85	108.566.333,95
	Sonstige finanzielle Verpflichtungen	3.428.022,79	3.657.544,66
	Nicht passivierte Pensionsverpflichtungen (Art. 28 EGHGB)	36.985.745,97	43.623.356,21
	,	,.,	

DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. | Berlin

Gewinn- und Verlustrechnung für 2012

	2012 (in EUR)	2011 (i	n EUR)
 Umsatzerlöse (davon Grundbeiträge/Umlagen EUR 36.566.300,00; Vj. EUR 35.875.400,01) 		53.113.152,23		52.075.749,76
 2. Sonstige betriebliche Erträge (davon Erträge aus Währungsumrechnung EUR 89.086,41; Vj. EUR 86.938,62) 3. Personalaufwand 		6.997.516,81		5.979.711,55
a) Löhne und Gehälter b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für	23.279.827,16		21.256.503,19	
Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung EUR 11.373.975,36; Vj. EUR 10.721.042,41)	14.425.498,56		15.297.502,50	
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-		37.705.325,72		36.554.005,69
gegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen 5. Sonstige betriebliche Aufwendungen (davon Aufwendungen aus Währungsumrechnung EUR 72.197,45; Vj. EUR 86.979,82)		2.145.398,16 19.086.085,53		2.135.234,83 17.640.673,62
6. Erträge aus Beteiligungen (davon aus verbundenen Unternehmen EUR 1.108.925,57; Vj. EUR 0,00)7. Erträge aus anderen Wertpapieren und	1.186.432,92			77.951,38
Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	216.327,88			60.373,00
 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon gegenüber verbundenen Unternehmen EUR 2.988,54; Vj. EUR 3.767,42; davon Aufwendungen aus der Aufzinsung EUR 1.366.080,00; EUR 1.285.321,00) 	290.679,87 1.428.297,26			552.507,17 1.344.978,45
		265.143,41		-654.146,90
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.439.003,04		1.071.400,27
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag12. Sonstige Steuern	1.463,64 89.046,76			1.806,25 146.358,61
		90.510,40		148.164,86
13. Jahresüberschuss		1.348.492,64		923.235,41
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr15. Entnahmen aus den Rücklagen16. Einstellungen in die Rücklagen		5.215.950,09 396.977,45 1.091.000,00		4.534.514,07 519.200,61 761.000,00
17. Bilanzgewinn		5.870.420,18		5.215.950,09
Ergebnisverwendung (nachrichtlich) Entnahmen aus den Rücklagen		220 710 GF		396.977,45
Einstellungen in die Rücklagen		339.710,65 2.286.000,00		1.091.000,00
Verbleibender Bilanzgewinn nachrichtlich		3.924.130,83		4.521.927,54

Der DIHK e.V. umfasst: **a.** die IHK-finanzierte Wirtschaftsplan-GuV, **b.** die Wirtschaftspläne der Delegationen und Repräsentanzen(kurz: Del/Rep) **c.** die Projekte außerhalb der Wirtschaftsplan-GuV

ANHANG

- Positionen 2012
- Themen der Woche 2012

,2011 war bestes Konsumjahr seit mehr als zehn Jahren" – DIHK veröffentlicht 11. Konjunktur-Bulletin	02.01.2012
DIHK-Stellungnahme zu Eurobonds und Stabilitätsanleihen	06.01.2012
Deutsche Wirtschaft hält sich wacker" – erklärt DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben zur BIP-Meldung 2011	11.01.2012
Alleingang wäre 'kontraproduktiv'" – DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben zur Finanztransaktionssteuer,	12.01.2012
Gründungsinteresse von Migranten wächst" – DIHK erwartet bis zu 100.000 neue Jobs	13.01.2012
Zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung erklärt DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben: "Wachstumsverlangsamung kein Beinbruch"	18.01.2012
Zur Konjunkturentwicklung 2012 erklärt DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben: "DIHK sieht für 2012 "positive Konjunkturdynamik"	25.01.2012
Gemeinsame Erklärung der acht Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft zum Abschlussbericht des Bundes- finanzministeriums zu den Reformansätzen und Vereinfachungsmöglichkeiten des Reisekostenrechts	27.01.2012
Reformanstrengungen in Europa durchaus beachtlich"- DIHK: "Gerade Portugal ist jedoch weiter gefordert"	02.02.2012
Anlässlich des "Wachstumsdialogs innovativer Mittelstand" des Bundeswirtschaftsministeriums erklärt DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben: "Fachkräftemangel und Finanzierungsproblemen rechtzeitig gegensteuern"	07.02.2012
DIHK-Konjunkturumfrage: "Die Wirtschaft läuft rund" – Ergebnisse Jahresbeginn 2012 stimmen optimistisch	09.02.2012
Stellungnahme der AG Mittelstand: "Basel III: Mittelstand fordert verantwortungsvolle Umsetzung"	15.02.2012
"DIHK erwartet 250.000 zusätzliche Arbeitsplätze – 80.000 neue Jobs allein bei persönlichen Dienstleistern"	17.02.2012
"Stoiber-Gruppe weiter stärken!"– Bürokratiekosten müssen systematisch überprüft werden – gemeinsame Erklärung der fünf Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft BDA, BDI, DIHK, DK und ZDH	24.02.2012
DIHK-Präsident Driftmann schlägt EU-Kommissionspräsident Barroso "Elf-Punkte-Plan" für Griechenland vor – Blaupause für andere Staaten	15.03.2012
DIHK-Umfrage: "Deutsche Auslandsinvestitionen stützen Heimatmarkt"- Sonderauswertung Auslandsinvestitionen in der Industrie – Frühjahr 2012"	15.03.2012
"Wettbewerbsfähigkeit stärken, Herausforderungen angehen!" – gemeinsame Erklärung von BDI, BDA, DIHK und ZDH zum Münchener Spitzengespräch	16.03.2012
DIHK-Umfrage: "Umfeld schwierig – Mittelstand robust", DIHK-Mittelstandsreport Jahresbeginn 2012	23.03.2012
Bürokratieabbau konsequent fortsetzen!" – DIHK fordert spürbare Entlastung der Betriebe	28.03.2012
DIHK-Stellungnahme zum CRD-IV-UmsetzungsG (Basel III)	10.04.2012
DIHK-Umfrage: "Guter Arbeitsmarkt dämpft Gründungsinteresse" – DIHK-Gründerreport 2012	12.04.2012

Deutsche Wirtschaft bleibt Europas Motor"– Wansleben zum Frühjahrsgutachten	19.04.2012
Mehr Wettbewerbsfähigkeit, weniger Schulden!"– DIHK stellt "Wirtschaftspolitische Positionen 2012" vor	24.04.2012
lachfolgebörse nexxt-change wird international	26.04.2012
Der Mittelstand: Verantwortung, Verlässlichkeit, Vertrauen"– Arbeitsgemeinschaft Mittelstand stellt ahresbericht 2012 vor	22.05.2012
IHK-Konjunkturumfrage Frühsommer 2012: "Konjunktur kommt trotz Euro-Krise stärker in Schwung"	30.05.2012
IHK-Stellungnahme zur Konsultation der High-Level-Expertengruppe zur Reform des europäischen Bankensektors	04.06.2012
IHK-Stellungnahme zum Grünbuch Schattenbankwesen	06.06.2012
Finanztransaktionssteuer wäre ein hoher Preis", so der DIHK-Chefvolkswirt Schumann	11.06.2012
Unternehmen schaffen 450.000 neue Jobs" – DIHK-Umfrage zeigt: Dienstleister bleiben Beschäftigungsmotor	13.06.2012
Unternehmen in punkto Finanzierung gut aufgestellt"– DIHK legt Umfrageergebnisse vor	10.07.2012
Wir brauchen Gründer, die Platzhirschen Beine machen!"– DIHK-Präsident Driftmann fordert Bürokratieabbau ei Gewerbeanmeldung	03.08.2012
Deutsche Wirtschaft hat das Zeug zum Wachsen" – DIHK-Chefvolkswirt: Konjunktur hängt wie selten zuvor von er Politik ab	14.08.2012
HK-Unternehmensbarometer zu Corporate Social Responsibility (CSR)	28.08.2012
Unternehmen brauchen einen verlässlichen Rahmen" – Statement vom DIHK-Hauptgeschäftsführer Vansleben zur Europäischen Industriepolitik	21.09.2012
Weiteren Bürokratieaufbau stoppen!" – gemeinsame Erklärung von BDA, BDI, DIHK, ZDH und DK zum Jahresbericht es Nationalen Normenkontrollrates	10.10.2012
OIHK-Umfrage: "Auch 2013 keine Rezession in Deutschland" – DIHK stellt aktuelle Konjunkturumfrage vor	24.10.2012
Internationaler Wettbewerb steigert Innovationsdruck"- DIHK-Experte Liecke zu Forschungsfinanzierung ind -förderung	09.11.2012
Erbschaftsteuer verunsichert Mittelstand"– DIHK legt Report zur Unternehmensnachfolge vor	15.11.201
DIHK-Umfrage: "Baukonjunktur läuft – außer im Tiefbau"– DIHK fordert stetige Infrastrukturinvestitionen uf hohem Niveau	19.11.201
Das Betreuungsgeld ist eine überflüssige Ausgabe" – DIHK sieht frühkindliche Förderung in Gefahr	19.11.2012
Eurozone überwindet 2013 die Rezession"– DIHK-Chefvolkswirt Schumann zur Eurochambres-Umfrage	22.11.201
Mitarbeiterkapitalbeteiligung für KMU oft zu kompliziert"– DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben sieht	22.11.201

Schulden, Schirme, Sixpack: DIHK Glossar – aktuelles Know-how rund um die Krise in Europa	23.11.2012
Konjunktur schaltet auch in Deutschland einen Gang zurück – DIHK-Chefvolkswirt Schumann: DIHK erwartet für 2013 noch 0,7 Prozent Wachstum	10.12.2012
"Früher Winter behindert Bau, Transport und Handel" – DIHK-Konjunkturexperte Schlotböller: Chancen für schwarze Null im vierten Quartal schwinden	11.12.2013
DIHK-Report: "Deutsche Wirtschaft bleibt innovativ" – "Betriebe investieren in die Zukunft"	21.12.2013

Beschäftigung Gesundheitswirtschaft Familie und Beruf	
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV)	25.01.2012
Integration gelingt in der Regel problemlos	
Umfrage zur Eingliederung qualifizierter Migranten	31.01.2012
DIHK fordert längere Kita-Öffnungszeiten	7.02.2012
DIHK-Stellungnahme zum Referentenentwurf zum Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Pflegeneuausrichtungsgesetz – PNG)	13.02.2012
Verbindliche Frauenquote durch die EU ist der falsche Ansatz. DIHK-Präsident Driftmann: Verbindliche Quote wird der Herausforderung nicht gerecht.	06.03.2012
"Fachkräftemangel regional sehr unterschiedlich", – so der DIHK-Präsident Driftmann zur Sonderauswertung der Konjunkturumfrage	13.03.2012
"Zuwanderungsregelungen sind ein 'fauler Kompromiss'," kritisiert DIHK-Präsident Driftmann Pläne der Koalition	28.03.2012
"Gesundheitsbranche plant 70.000 neue Jobs" – DIHK-Präsident Driftmann zur neuen Sonderauswertung Gesundheitswirtschaft	10.04.2012
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Anerkennung der Lebensleistung in der Rentenversicherung (RV-Lebensleistungsanerkennungsgesetz)	12.04.2012
DIHK-Präsident Driftmann zum Demografischen Wandel und Diversity Management	12.04.2012
DIHK-Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zu Vorlagen zur Ausweitung der Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung	17.04.2012
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union und zu dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP	18.04.2012
Acht Leitsätze für familienbewusste Arbeitszeiten	23.04.2012

DIHK: Betreuungsgeld setzt falsche Anreize	
	24.04.2012
Kinderbetreuungsausbau schreitet viel zu langsam voran: DIHK-Präsident Driftmann fordert Bund, Länder und Kommunen zum gemeinsamen Vorgehen auf	12.05.2012
"Fachkräfteknappheit gefährdet Beschäftigungsaufbau" – DIHK-Umfrage zeigt branchenübergreifende Engpässe	04.06.2012
Zeitarbeit zwischen Optimismus und Risiken – DIHK legt Umfrageergebnisse vor	05.07.2012
"Branche schafft bis zu 90.000 neue Jobs", so der DIHK-Präsident Driftmann – In der Gesundheitswirtschaft stehen die Zeichen auf Wachstum	11.07.2012
"Vereinbarkeit von Familie und Beruf" – DIHK-Umfrage zeigt das Engagement der Betriebe sowie deren Erwartungen an die Politik auf	05.08.2012
DIHK-Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Alterssicherung (Alterssicherungsstärkungsgesetz)	15.08.2012
DIHK-Stellungnahme zum Referentenentwurf zum Gesetz zur Festsetzung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Jahr 2013 (Beitragssatzgesetz 2013)	15.08.2012
DIHK zur Familienförderung und Kinderbetreuungsausbau	11.09.2012
DIHK-Stellungnahme zum Gesetzentwurf für das Betreuungsgeld	11.09.2012
DIHK-Präsident Driftmann: Wirtschaft gegen eine verbindliche Frauenquote	21.09.2012
DIHK-Stellungnahme zum Gleichstellungsbericht der Bundesregierung	15.10.2012
DIHK-Präsident Driftmann fordert zügigen Krippenplatzausbau und eine Verbesserung der Betreuungssituation von Schulkindern	26.10.2012
"Zeitarbeit – Geschäftserwartungen im Sinkflug" – DIHK warnt vor weiterer Reglementierung der Branche	01.11.2012
DIHK-Präsident Driftmann kritisiert das Betreuungsgeld	01.11.2012
DIHK-Stellungnahme: "Ohne ausreichendes Kinderbetreuungsangebot schafft das Betreuungsgeld nicht mehr Wahlfreiheit"	05.11.2012
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der Großelternzeit und zur Modernisierung der Elternzeit (Großelternzeitgesetz)	14.11.2012
DIHK-Stellungnahme zum Verordnungsentwurf zur Änderung des Ausländerbeschäftigungsrechts	11.12.2012
"Gesundheitswirtschaft stabilisiert die Konjunktur" – DIHK-Report verheißt der Branche bis zu 55.000 neue Jobs	21.12.2012
DIHK-Präsident Driftmann: "Gesetzliche Frauenquote nicht zielführend"	21.12.2012

Regional- und EU-Verkehrspolitik	
DIHK-Stellungnahme zum Legislativpaket der EU-Kommission "EU-Strukturfonds 2014 – 2020"	19.01.2012
DIHK-Stellungnahme zum EU-Flughafenpaket der Europäischen Kommission	09.05.2012
Eurochambres-Stellungnahme zum Legislativpaket der EU-Kommission "EU-Strukturfonds 2014 – 2020"	20.07.2012
Briefaktion zum Partnerschaftsprinzip in EU-Strukturfonds	31.08.2012
DIHK-Stellungnahme zum Digitalen Tachographen	28.09.2012
Namensartikel zum Digitalen Tachographen in "Der Möbelspediteur"	19.10.2012

Dienstleistungswirtschaft	
Gemeinsame Stellungnahme (BDI, DIHK, ZDH): "Verankerung der Dienstleistungsnormung im Verordnungsentwurf der EU-Kommission (Normungspaket) KOM(2011) 311 / 315 und deren zukünftige Ausgestaltung"	05.03.2012
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf des Normungsauftrags an CEN, CENELEC und ETSI: Planung und Durchführung eines Programms zur Entwicklung horizontaler Dienstleistungsnormen der EU-Kommission	27.11.2012

Nationale Verkehrspolitik, Verkehrswirtschaft	
Gesetzentwürfe zur Änderung personenbeförderungsrechtlicher Vorschriften und zum Antrag "Keine Liberalisierung des Buslinienverkehrs – Für einen Ausbau des Schienenverkehrs in der Fläche"	23.02.2012
Neuordnung der Regulierung im Eisenbahnbereich	09.03.2012
EU-Flughafenpaket (Airport-Package)	26.03.2012
Evaluierung der Luftverkehrssteuer nach § 19 Absatz 4 Luftverkehrssteuergesetz	13.04.2012
Dialogpapier "Mehr Verkehr auf die Schiene – Eine neue Netzstrategie für die Eisenbahn" der Projektgruppe "Infrastrukturkonsens" der SPD-Bundestagsfraktion	25.05.2012
Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über Ausnahmen von straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften für Fahrzeuge und Fahrzeugkombinationen mit Überlänge	06.06.2012
Dialogpapier "Die Flughafeninfrastruktur in Deutschland im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern fortsetzen" der Projektgruppe "Infrastrukturkonsens" der SPD-Bundestagsfraktion	10.08.2012
Dialogpapier "Bundesverkehrswege: solide finanziert – effizient gemanagt" der SPD-Bundestagsfraktion	21.11.2012

Dialogpapier "Die Bundeswasserstraßen stärken: Für ein leistungsfähiges Netz und neue Entwicklungsperspektiven" der SPD-Bundestagsfraktion	21.11.2012
Entwurf des Gesetzes über die Bundesförderung der Investitionen in den Ersatz der Schienenwege der öffentlichen nicht bundeseigenen Eisenbahnen im Schienengüterverkehrsnetz	20.12.2012

Gefahrgutverkehre Fachkundeprüfungen Verkehrsrecht	
DIHK-Stellungnahme Änderung der Ferienreiseverordnung	22.02.12
DIHK-Stellungnahme Änderung Fahrerlaubnisverordnung	25.06.12
DIHK-Stellungnahme Anhörung zur 7. VO zur Änderung gefahrgutrechtlicher Verordnungen	29.08.12
Bußgeldkatalog-Verordnung	11.09.12
DIHK-Stellungnahme zur VO zur Änderung fahrpersonalrechtlicher und güterkraftverkehrsrechtlicher Vorschriften	24.09.12
DIHK-Stellungnahme Achte Verordnung zur Änderung der FEV	24.09.12

Stadtentwicklung Bauleitplanung Planungsrecht nationale Verbraucherpolitik	
DIHK-Stellungnahme zum Gesetzentwurf des Bundesministerium des Innern: Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren (PIVereinhG)	26.01.2012
DIHK-Stellungnahme zum Referentenentwurf zur Änderung des Geodatenzugangsgesetzes	26.01.2012
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts	22.03.2012
DIHK-Stellungnahme zum Dialogpapier der Projektgruppe "Infrastrukturkonsens der SPD-Bundestagsfraktion: Nachhaltige Daseinsvorsorge, Stadt- und Raumentwicklung und kommunale Verkehrsinfrastruktur"	17.04.2012
DIHK-Stellungnahme zum Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung bei der Planung von Großvorhaben im Verkehrssektor	16.05.2012
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf der Bundesregierung eines Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts	05.09.2012
Business Improvement Districts (BIDs) als Impulsgeber für Stadtzentren – BID AWARD 2012 für das BID Karree Offenbach	13.09.2012

DIHK-Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Lebensmittel- und Futter- mittelgesetzbuches sowie anderer Vorschriften	14.09.2012
Gemeinsames Positionspapier der Wirtschaftsverbände zur Länderöffnungsklausel für die Veröffentlichung von Überwachungsergebnissen (§ 40 Abs. 6 neu LFGB)	16.10.2012
DIHK-Stellungnahme zu dem am 5. November 2012 durch das BMU vorgelegten Entwurf einer Bundeskompensationsverordnung (BKompVO)	04.12.2012

Handel und Tourismus	
IHK und Tourismus, Jahresbericht 2012: Analysen, Aktionen, Ausblicke	07.03.2012
DIHK-Umfrage "Handelsreport 2012"	19.04.2012
DIHK-Umfrage "Saisonumfrage Frühjahr 2012"	09.07.2012
DIHK-Umfrage "Saisonumfrage Herbst 2012"	21.12.2012

Telekommunikation, Neue Medien, Informationsgesellschaft, Postdienste	
Handlungsleitende Aspekte Telekommunikation: Breitbandversorgung sicherstellen – Hochgeschwindigkeitsnetze als Standortfaktor	25.01.2012
DIHK-Stellungnahme zu Hinweisen der Bundesnetzagentur zur Umsetzung des § 77a Abs. 3 TKG (Umsetzungskonzept Infrastrukturatlas)	16.02.2012
DIHK-Stellungnahme zum Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften	12.03.2012
DIHK-Stellungnahme: Eckpunkte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zur Änderung des Postgesetzes (PostG 2012)	11.04.2012
Stellungnahme des DIHK mit Verbänden zur Reform der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung 2006/24/EG	24.04.2012
DIHK-Stellungnahme: Verordnung über das Verfahren der Erteilung von Sicherheitszertifikaten und Anerkennungen durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI-Zertifizierungs- und Anerkennungsverordnung)	03.05.2012
DIHK-Position zum Entwurf eines Eckpunktepapiers "Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln in der Bund-Länder-AG"	22.06.2012
DIHK-Stellungnahme: Internet der Dinge	06.07.2012

DIHK-Stellungnahme: Vorschlag für eine Verordnung des europäischen Parlaments und des Rates über die elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt KOM (2012) 238	09.08.2012
DIHK-Stellungnahme: "IT-Sicherheit in der Wirtschaft"	15.10.2012
DIHK-Stellungnahme: Zentrale Regelungsinhalte zur Verbesserung der IT-Sicherheit	15.11.2012

Finanzen Steuern	
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf des BMF-Schreibens zur Neuregelung der Nachweispflichten bei Ausfuhr- lieferungen und innergemeinschaftlichen Lieferungen in der UStDV	13.01.2012
DIHK-Präsident Driftmann: "DIHK warnt vor Alleingang bei der 'Finanztransaktionssteuer'"	17.01.2012
DIHK-Position zu den Anforderungen an die Erstellung einer E-Bilanz	24.01.2012
DIHK: "Schäuble kostet Wirtschaft Milliarden" (Gelangensbestätigung)	04.02.2012
DIHK-Position zur Steuerfreiheit der Vorteile des Arbeitnehmers aus der privaten Nutzung unentgeltlich oder verbilligt überlassener Software – Änderung von § 3 Nr. 45 EStG	13.02.2012
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf eines einführenden BMF-Schreibens zur Neuregelung der elektronischen Rechnungsstellung zum 1. Juli 2011	24.02.2012
DIHK-Position zum Ergebnis des Fachgesprächs im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages vom 8. Februar 2012 zu § 50d Abs. 11 EStG-Entwurf	27.02.2012
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf des BMF-Schreibens zur Überarbeitung der Regelungen zur organisatorischen Eingliederung in Abschnitt 2.8 UStAE	02.03.2012
DIHK-Präsident Driftmann: "Schwarz-gelbe Koalition 'bislang vieles schuldig geblieben' – Der Solidaritätszuschlag nat sich eigentlich überlebt"	03.03.2012
DIHK-Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Abbau der kalten Progression	15.03.2012
DIHK-Stellungnahme zur Neukonzeption der Investmentbesteuerung – Berichtsentwurf der Bund-Länder-Arbeitsgruppe vom 24. Februar 2012	16.03.2012
DIHK-Stellungnahme zum Referentenentwurf des Jahressteuergesetzes 2013 vom 5. März 2012	30.03.2012
DIHK-Position: Zwölf Punkte zur weiteren Modernisierung und Vereinfachung des Unternehmensteuerrechts	30.03.2012
DIHK-Präsident Driftmann: Besteuerung von Kosten in der Gewerbesteuer abschaffen	03.04.2012
DIHK-Präsident Driftmann: Finanzministerium knickt im Formularstreit ein (Gelangensbestätigung)	19.04.2012
DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben: Bürokratieabbau: konkrete Ziele wären ein "wichtiges Signal"	20.04.2012

DIHK-Stellungnahme zum Entwurf eines BMF-Schreibens zur Neuregelung der Nachweispflichten bei innergemeinschaftlichen Lieferungen in der UStDV	24.04.2012
DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben: bisherige Beschlüsse zur Steuervereinfachung unzureichend	24.05.2012
DIHK-Position zum Schwarzgeldbekämpfungsgesetz (Fehlwirkungen insbesondere bei Umsatz- und Lohnsteuer) und zur Gesetzesänderung der Abgabenordnung bzw. klarstellende Verwaltungsanweisung dringend notwendig	24.05.2012
DIHK-Eingabe zur Pauschalbesteuerung von Sachzuwendungen nach § 37b EStG	01.06.2012
DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben: Die Koalition ist mit Reformeifer (bei den Steuern) gestartet, jedoch bislang vieles schuldig geblieben, was im Koalitionsvertrag fest vereinbart war"	05.06.2012
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf einer allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Anwendung des Einkommensteuerrechts 2008 (EStR 2008); Einkommensteuer-Änderungs- richtlinien 2012 (EStÄR 2012)	07.06.2012
DIHK-Position zur Sitzung des Bundesrates am 6. Juli 2012 TOP 16: Jahressteuergesetz 2013	29.06.2012
DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben: "Streubesitzdividenden zu besteuern, ist falsch"	05.07.2012
DIHK-Stellungnahme zur Einführung der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM): Gestreckte Einführungsfrist; erneute Information der Arbeitnehmer durch die Finanzverwaltung	10.07.2012
DIHK-Präsident Driftmann: "Reichensteuer trifft vor allem den Mittelstand"	07.08.2012
DIHK-Stellungnahme zur gestreckten Einführung der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM): Durchführung und Kommunikation	10.08.2012
DIHK-Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Abschaffung des Branntweinmonopols	24.08.2012
DIHK-Präsident Driftmann: Vermögensteuer würde Mittelstand erheblich treffen	27.08.2012
DIHK-Stellungnahme zur Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 26 Buchst. b UStG	31.08.2012
DIHK-Stellungnahme zu der Frage, ob § 7 Satz 2 GewStG in der Fassung des Fünften Gesetzes zur Änderung des Steuerbeamten-Ausbildungsgesetzes und zur Änderung von Steuergesetzen mit dem Grundgesetz vereinbar ist, soweit dieser Veräußerungsgewinne berücksichtigt, die sich aus dem Verkauf von Kommanditbeteiligungen ergeben	14.09.2012
DIHK-Stellungnahme zum Regierungsentwurf für ein Jahressteuergesetz 2013 anlässlich der öffentlichen Anhörung am 26.09.2012	17.09.2012
DIHK-Stellungnahme zur Umsatzsteuer: verbilligter Zins als Absatzförderung in der Automobilindustrie	19.09.2012
DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben: "10 %-Grenze für Zahlungsmittel bei Cash-GmbHs ist realitätsfern"	20.09.2012
DIHK-Stellungnahme zur Umsatzsteuer: Abgrenzung von Lieferungen und sonstigen Leistungen bei der Abgabe von Speisen und Getränken	21.09.2012

DIHK-Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Änderung des Versicherungsteuergesetzes und des Kraftfahrzeugsteuergesetzes anlässlich des Fachgespräches des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages am 15. Oktober 2012	08.10.2012
DIHK-Präsident Driftmann: Wirtschaft wirft Regierung Reformstillstand bei Gewerbe- und Mehrwertsteuer vor	10.10.2012
DIHK-Stellungnahme zum Fraktionsentwurf für ein Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmens- besteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts: Stellungnahme anlässlich des öffentlichen Fachgespräches am 22. Oktober 2012	11.10.2012
DIHK-Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung: Zweites Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes vom 24.09.2012	12.10.2012
DIHK-Stellungnahme zum Referentenwurf für eine Elfte Verordnung zur Änderung der Umsatzsteuer- Durchführungsverordnung	25.10.2012
"Nachfolger verzweifelt gesucht" – DIHK-Präsident Driftmann warnt vor höherer Erbschaftsteuer	15.11.2012
DIHK-Stellungnahme zum Vorschlag der EU-Kommission zur Einführung eines Quick Reaction Mechanism zur Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug	29.11.2012
DIHK-Präsident Driftmann: "Über Steuererhöhungen nachzudenken, ist völlig falsch!"	18.12.2012
DIHK-Stellungnahme zu den Vorschlägen zur Vermeidung von erhöhtem Arbeitgeberaufwand infolge der Anwendung der Anlage N-AUS zur Einkommensteuererklärung	20.12.2012

Aus- und Weiterbildung	
Ausbildungspakt 2011: Wirtschaft zieht positive Bilanz	01.02.2012
Gemeinsame IHK-Lehrstellenbörse geht online	22.02.2012
Fortbildung schafft Chancen (Gemeinsame Erklärung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur beruflichen Aufstiegsfortbildung)	März 2012
Immer mehr Betriebe gehen bei der Azubi-Suche leer aus – Zahl der Bewerber sinkt seit 2007	07.03.2012
Gemeinsames Positionspapier "Verankerung der Dienstleistungsnormung im Verordnungsentwurf der EU-Kommission" (BDI, DIHK, ZDH)	April 2012
Gemeinsamer Appell der Paktpartner zum Tag des Ausbildungsplatzes: "Ausbilden und Fachkräftenachwuchs sichern!"	03.05.2012
Veröffentlichung der DIHK-Ausbildungsumfrage 2012	08.05.2012
Schul- und hochschulpolitische Positionen des DIHK	13.06.2012

n nahezu allen IHK-Berufen sind noch Lehrstellen frei!" – DIHK-Präsident Driftmann-Statement zum Tag der usbildungschance	18.06.2012
IHK-Stellungnahme zur Aufnahme neuer Akkreditierungsaktivitäten der DAkkS	Juli 2012
tellungnahme ggü. der EU-Kommission zu einem "Qualitätsrahmen für Praktika"	12.07.2012
ooperationsvereinbarung zur dualen Berufsausbildung: DIHK und spanische Handelskammern wollen Ausbildung ugendlicher verbessern	05.09.2012
IHK-Präsident Driftmann: "Der Entzug der Ausbildungseignung ist erst die Ultima Ratio" – Statement zum GB-Ausbildungsreport 2012	11.09.2012
aktpartner ziehen positive Bilanz und legen Erklärung zur Unterstützung von jungen Menschen beim Übergang in etriebliche Ausbildung vor	05.11.2012
eutschland und Italien kooperieren bei Berufsbildung, Kammervertreter unterzeichneten in Neapel ein Memorandum of Understanding (MoU)	12.11.2012
xport von Berufsbildung – Konzept und Schwerpunkte für die Arbeit von IHKs, AHKs und DIHK inkl. Aktionsplan 013 – 2016	15.11.2012
Duale Ausbildung international immer gefragter" – DIHK-Präsident Driftmann und Familienministerin Schröder eichnen Super-Azubis 2012 aus – 7. Nationale Bestenehrung	10.12.2012
uxemburger Erklärung zur Berufsbildung in Europa (gemeinsam mit WKÖ und CC Luxemburg)	11.12.2012

Umwelt/Energie	
Entwurf des BMU für ein Deutsches Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess) – Programm zum Schutz natürlicher Ressourcen in einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft	03.01.2012
Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen (IE-Richtlinie) in das nationale Recht – Referentenentwürfe der Bundesregierung: "Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen" und "Erste Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen" vom 25.11.2011	16.01.2012
DIHK: Nachfrage der Unternehmen nach Recyclingmaterial so hoch wie nie	25.01.2012
Mitteilung der Kommission zu einem Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa, KOM (2011) 571 endg. vom 20. September 2011	07.02.2012
Stellungnahme des DIHK zu Hinweisen der Bundesnetzagentur zur Umsetzung des § 77a Abs. 3 TKG (Umsetzungskonzept Infrastrukturatlas)	15.02.2012
DIHK zur Energiewende: "Zehn Prioritäten für Politik und Wirtschaft"	16.02.2012
Eignungstest zur EU-Wasserpolitik	24.02.2012

DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben: "Energieeffizienz steigern, aber nicht mit der Brechstange!"	28.02.2012
Parlamentarische Staatssekretärin Reiche zeichnet Unternehmen für Klimaschutz-Engagement aus	01.03.2012
DIHK-Stellungnahme zum BMU-Entwurf einer Verordnung zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgeräte-Stoff-Verordnung – ElektroStoffV) (Stand: 21. Februar 2012)	14.03.2012
Entwurf einer Richtlinie für Fördermaßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz bei KMU der gewerblichen Wirtschaft	16.04.2012
Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen (IE-Richtlinie) in das nationale Recht – Referentenentwurf der Bundesregierung: Zweite Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen, Stand: 17.04.2012	16.05.2012
Entwurf einer Richtlinie für die Förderung energieeffizienter und klimaschonender Produktionsprozesse	18.05.2012
Konsultation zur Blaupause Wasser zum Schutz der europäischen Wasserressourcen (Blueprint Water)	07.06.2012
Überarbeiteter Referentenentwurf der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	15.06.2012
Netzentwicklungsplan Strom 2012	06.07.2012
Umweltminister Altmaier und DIHK-Präsident Driftmann starten "Mittelstandsinitiative Energiewende"	09.07.2012
Monitoring "Energie der Zukunft"- Indikatoren	15.07.2012
Verordnung über die Höhe der Managementprämie für Strom aus Windenergie und solarer Strahlungsenergie	01.08.2012
Entwurf einer Richtlinie für die Förderung von Energiemanagement-Systemen	09.08.2012
Haftungsumlage Offshore	20.08.2012
Erfüllungsaufwand der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV)	24.08.2012
Szenariorahmen für den Netzentwicklungsplan Strom 2013	30.08.2012
Eingriffe in das EU-Emissionshandelssystem	01.08.2012
Regelungen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit: Änderungen an den §§ 12 bis 16 EnWG zu den Themen Kraftwerksstilllegungen und Sicherstellung der Gasversorgung von für das Elektrizitätsversorgungssystem system-relevanten Gaskraftwerken	01.10.2012
DIHK legt VE-Statistik 2011 vor: Verpackungsentsorgung über Branchenlösungen nimmt weiter zu	04.10.2012
Konsultation der Europäischen Kommission zu Optionen für Ressourceneffizienzindikatoren	05.10.2012
Änderung der Verordnung über elektromagnetische Felder	12.11.2012
Novellierung des Energiesparrechts	12.11.2012
DIHK: "Unternehmen entlasten statt zusätzlicher Klimakosten"	13.11.2012

POSITIONEN 2012

DIHK: "Energiewende europäisch denken!"	15.11.2012
Thesenpapier des BMU zur Zukunft der Photovoltaik	23.11.2012
Stellungnahme zu dem am 5. November 2012 durch das BMU vorgelegten Entwurf einer Bundeskompensationsverordnung (BKompVO)	04.12.2012
BMU-Entwurf einer "Verordnung über die Hinweispflichten des Handels beim Vertrieb bepfandeter Getränkeverpackungen" (Stand: November 2012)	05.12.2012

International / AHK	
DIHK-Stellungnahme zur Neufassung der Dienstvorschrift GZ III B 1 – Z 1601/10002 / DOK 2011/0891919 – Passive Veredelung	13.01.2012
DIHK-Umfrage "Going International": Deutsche Unternehmen haben Internationalisierung weiter fest im Blick	30.01.2012
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf des modernisierten Zollkodex (in Zukunft: Zollkodex der EU)	14.03.2012
Deutsche Wirtschaft gründet Auslandshandelskammer in Baku	16.03.2012
DIHK-Stellungnahme zu den Prioritäten der EU-US-Hochrangigen Arbeitsgruppe für Beschäftigung und Wachstum	16.04.2012
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf des Freihandelsabkommens EU – Kanada "CETA"	09.05.2013
Emnid-Umfrage belegt große Zufriedenheit mit Auslandshandelskammern	21.05.2012
DIHK-Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag der EU-Kommission über den Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten der EU	21.06.2012
DIHK-Stellungnahme zur Konsultation der EU über Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit Vietnam	17.08.2012
Deutsch-spanisches Unternehmertreffen von BDI und DIHK in Madrid	06.09.2012
DIHK-Stellungnahme zur EU-Konsultation über die transatlantischen Beziehungen	27.09.2012
Deutsch-Portugiesisches Unternehmertreffen von BDI und DIHK in Lissabon	11.11.2012
Beschluss der DIHK-Vollversammlung zum Export von Berufsbildung – Konzept und Schwerpunkte für die Arbeit von IHKs, AHKs und DIHK inkl. Aktionsplan 2013–2016	15.11.2012
DIHK-Position zur Verlängerung der Nicht-Marktfähigkeit bei Exportkreditversicherungen für Griechenland	23.11.2012
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Außenwirtschaftsrechts	06.12.2012

Recht	
DIHK-Stellungnahme zu dem Diskussionsentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie für eine Verordnung zur Einführung einer Finanzanlagenvermittlungsverordnung	03.01.2012
DIHK-Stellungnahme zum Grünbuch der Europäischen Kommission über die Durchführbarkeit der Einführung von Stabilitätsanleihen ("Eurobonds")	06.01.2012
DIHK-Stellungnahme zum Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht (2011/0284 (COD)	13.01.2012
DIHK–Stellungnahme zum Grünbuch der Europäischen Kommission zur Überarbeitung der Richtlinie über Berufsqualifikationen – KOM(2011) 367 vom 22.06.2011	24.01.2012
DIHK-Stellungnahme zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen, KOM (2011) 778/2 sowie Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über spezifische Anforderungen an die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse, KOM(2011) 779/4	27.01.2012
Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des Kapitalanleger–Musterverfahrensgesetzes (KapMuG-E), BR–Drs. 851/11	17.02.2012
DIHK-Stellungnahme zum Diskussionsentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie – Sechste Verordnung zur Änderung der Spielverordnung	27.02.2012
DIHK-Stellungnahme zu E-Justiz-Initiative	27.02.2012
DIHK-Stellungnahme zum Annex des Verordnungsentwurfs für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht abgegeben	29.02.2012
Konsultation zur Änderung des Deutschen Corporate Governance Kodex	01.03.2012
DIHK-Stellungnahme zum Vorschlag der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates für die öffentliche Auftragsvergabe (KOM 2011) 896 endgültig	02.03.2012
DIHK-Stellungnahme zum Vorschlag für eine Richtlinie des europäischen Parlaments und des Rates über Konzessionsvergabe (KOM 2011) 897 endgültig	02.03.2012
Referentenentwurf für ein Gesetz zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr	13.03.2012
DIHK-Stellungnahme zum Referentenentwurf zur Einführung einer Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung und zur Änderung des Berufsrechts der Rechtsanwälte, Patentanwälte und Steuerberater	15.03.2012
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf des Bundesjustizministeriums – Gesetz zur Änderung versicherungsrechtlicher Vorschriften, Stand: 30.01.2012	15.03.2012
DIHK–Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens, zur Stärkung der Gläubigerrechte und zur Insolvenzfestigkeit von Lizenzen	16.03.2012
DIHK-Stellungnahme zum Diskussionsentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gewerbeordnung und anderer Gesetze	20.03.2012

POSITIONEN 2012

DIHK-Stellungnahme zum Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften	26.03.2012
DIHK-Stellungnahme zum Diskussionsentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie für ein Gesetz zur Zulassung von Bewachungsunternehmen auf Seeschiffen (§ 31 der Gewerbeordnung)	30.03.2012
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2012//EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Anpassung des Aufsichtsrechts an die Verordnung (EU) Nr über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRD-IV-Umsetzungsgesetz)	04.04.2012
DIHK-Stellungnahme zur Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (Datenschutz-Grundverordnung), KOM (2012) 11 endg.	05.04.2012
DIHK-Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein Gesetz zur Stärkung der deutschen Finanzaufsicht	11.04.2012
DIHK-Stellungnahme zur Überarbeitung der PSI-Richtlinie	17.04.2012
DIHK-Stellungnahme Cluster – Entwurf Vergaberichtlinien	17.04.2012
Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung vom 29. Juli 2009 (BGBI. S. 2258) AZ.: R A 4 – 3740 – R4 531/2011	19.04.2012
DIHK-Stellungnahme zur öffentlichen Konsultation der EU-Kommission zum unausgewogenen Geschlechter- verhältnis in den höchsten Entscheidungsgremien von Unternehmen in der EU	21.05.2012
Anmerkungen zur Konsultation der EU-Kommission über die Zukunft des europäischen Gesellschaftsrechts	22.05.2012
DIHK-Stellungnahme zum Diskussionsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten	31.05.2012
DIHK-Stellungnahme zum Grünbuch der Europäischen Kommission zum Schattenbankwesen	01.06.2012
Automatisiertes gerichtliches Mahnverfahren, hier: Anhörung zur Gestaltung von Vordrucken	05.06.2012
DIHK-Stellungnahme zur EU-Mitteilung zur E-Vergabe	11.06.2012
DIHK-Stellungnahme zur EU-Konsultation zu Bankkonten	12.06.2012
DIHK-Stellungnahme zum inoffiziellen RefE eines Gesetzes zur Bekämpfung unseriöser Geschäftspraktiken	14.06.2012
DIHK-Stellungnahme zum Regierungsentwurf für ein Achtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	21.06.2012
DIHK-Stellungnahme zum Vorschlag der Europäischen Kommission für eine "Verordnung über den Zugang von Waren und Dienstleistungen aus Drittländern zum EU-Binnenmarkt für das öffentliche Beschaffungswesen und über die Verfahren zur Unterstützung von Verhandlungen über den Zugang von Waren und Dienstleistungen aus der Union zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten von Drittländern"	26.06.2012
DIHK-Stellungnahme zu Überlegungen zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs	11.07.2012
Anregung einer Überprüfung der Richtlinie 86/653/EWG ("Handelsvertreterrichtlinie") durch die Europäische Kommission	03.08.2012

DIHK-Stellungnahme zum Vorschlag für eine Verordnung des europäischen Parlaments und des Rates über die elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt KOM (2012) 238	09.08.2012
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf einer Verordnung zur Erstellung einer Entgeltbescheinigung nach § 108 Absatz 3 Satz 1 Gewerbeordnung (Entgeltbescheinigungsverordnung – EBV)	30.08.2012
DIHK-Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Justiz für ein Kleinstkapitalgesellschaften- Bilanzrechtsänderungsgesetz (MicroBilG)	04.09.2012
DIHK-Stellungnahme zum Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Versicherungsvermittlung (KOM (2012) 360 final)	07.09.2012
Gemeinsame Anmerkungen von BStBK, ZDH und DIHK zum Entwurf des DRSC "Grundsätze und Leitlinien für die Arbeit des DRSC"	28.09.2012
DIHK-Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2012/6/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur Änderung der Richtlinie 78/660/EWG des Rates über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen hinsichtlich Kleinstbetrieben (Kleinstkapitalgesellschaften-Bilanzrechtsänderungsgesetz – MicroBilG); BR-Drs. 558/12	20.10.2012
DIHK-Stellungnahme zur Verfassungsbeschwerde zur Anwendbarkeit von § 264 Abs. 3 HGB	30.10.2012
Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie, zur Änderung des Verbrauchsgüterkaufrechts und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Wohnungsvermittlung	05.11.2012
DIHK-Stellungnahme zum Referentenentwurf zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs bei den Gerichten	19.11.2012
DIHK-Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Finanzen Entwurf eines Gesetzes zur Förderung und Regulierung einer Honorarberatung über Finanzinstrumente (Honoraranlageberatungsgesetz)	21.11.2012
DIHK Positionspapier zum Abschlussbericht der Projektgruppe "Zertifizierung von Unternehmen im privaten Sicherheitsgewerbe", Arbeitsgruppe Zertifizierung privater Sicherheitsunternehmen	28.11.2012
Gemeinsame Stellungnahme (BDA, BDI, DIHK) zu Gesetzentwürfen einer starren Geschlechterquote in Führungsgremien der Privatwirtschaft	06.12.2012

Eurochambres	
Eurochambres-Position zur "Richtlinie über Eigenkapitalanforderungen, CDR IV (Basel III)"	23.01.2012
Eurochambres-Position zum "Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020"	07.03.2012
Eurochambres-Ansichten über eine neue "transatlantische Wirtschaftsinitiative"	19.03.2012
Eurochambres-Position zum Programm "Erasmus für alle"	02.04.2012
Eurochambres-Position zum "Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME) 2014 – 2020"	30.04.2012

POSITIONEN 2012

Eurochambres-Position zu der Mitteilung der EU-Kommission "Eine neue EU-Strategie (2011-14) für die soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR)"	07.05.2012
Eurochambres-Position zur "gemeinsamen konsolidierten Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer"	07.05.2012
Eurochambres-Position zu "Horizont 2020"	14.05.2012
Eurochambres-Position im Rahmen der Konsultation zum "unausgewogenen Geschlechterverhältnis in den höchsten Entscheidungsgremien von Unternehmen in der EU"	25.05.2012
Eurochambres-Empfehlungen zur "Berufsbildung"	06.06.2012
Eurochambres-Position zu dem Entwurf der Bestimmungen für die "Kohäsionspolitik 2014 – 2020"	20.07.2012
Eurochambres-Position über die Dienstleistungen des "Europe-Enterprise-Networks (EEN)" nach 2014	27.07.2012
Eurochambres Empfehlungen für die "Binnenmarktakte II"	08.09.2012
Eurochambres-Position zum "gemeinsamen europäischen Kaufrecht"	01.10.2012
Eurochambres-Erklärung zum möglichen Freihandelsabkommen mit Japan	09.10.2012
Eurochambres-Position zum "Datenschutz"	18.10.2012
Eurochambres-Position zu den Initiativen der Europäischen Kommission für ein "ressourcenschonendes Europa"	16.11.2012

Personalien

In eigener Sache: Personelle Veränderungen im DIHK zum 1. Februar

26.01.2012

Dr. Esther Hartwich wird im DIHK künftig den neu zugeschnittenen Bereich "Ausbildung" übernehmen.

Dr. Günter Lambertz verantwortet künftig den neuformierten Bereich "Weiterbildung".

Auch der Bereich "Kommunikation und Gesellschaftspolitik", den bislang Dr. Achim Dercks neben seiner Funktion als stellvertretender Hauptgeschäftsführer geleitet hat, stellt sich neu auf.

Den Bereich "Beschäftigung, Gesundheitswirtschaft, Familie und Beruf" wird Dr. Sandra Hartig leiten.

Die Verantwortung für den Bereich "Kommunikation" übernimmt die Pressesprecherin Ute Brüssel.

des DIHK werden. Das hat Hans Heinrich Driftmann der DIHK-Vollversammlung vorgeschlagen.

Neuer Pressesprecher wird Thomas Renner.

DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann gratuliert Hans Peter Stihl zum 80. Geburtstag	18.04.2012
DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann schlägt Eric Schweitzer als Nachfolger vor	15.11.2012
Eric Schweitzer, Familienunternehmer und Mitinhaber der Recyclinggruppe ALBA, soll neuer Präsident	

IHKtransparent

DIHK: IHK-Organisation startet Transparenzoffensive

27.11.2012

Mit dem neuen Portal "IHKtransparent" wollen die 80 deutschen Industrie- und Handelskammern (IHKs) Unternehmen, Politik und Öffentlichkeit jetzt einen umfassenden Einblick in ihre Struktur, Arbeit und Finanzen geben.

THEMA DER WOCHE

Themen der Woche 2012 | Der wöchentliche Newsletter des DIHK zu aktuellen Themen in Kurzform

http://www.dihk.de/presse/thema-der-woche

Nr.	Thema
01	Neues Handelshemmnis durch Gelangensbestätigung!
02	Bürokratieabbau: Viel erreicht und viel zu tun!
03	Fachkräfte im Fokus
04	Energie– und Rohstoffsicherung: Sorgenkinder der Unternehmen
05	Integration sichert Zukunft!
06	EU-Strukturfonds – Reformen richtig umsetzen!
07	Aller Anfang ist schwer – aber Reformagenda wird sich auszahlen
80	Duale Studiengänge voll im Trend
09	Reisekostenreform ja, aber nicht zu Lasten von Arbeitgebern
10	Kreislaufwirtschafts-Agenda 2012: Gut gedacht – schlecht gemacht
11	Gruppenbesteuerung: Einfach, modern und praxisgerecht
12	Energieeffizienz steigern, aber nicht mit der Brechstange!
13	Finanztransaktionssteuer: Eher Rohrkrepierer als Wunderwaffe!
14	Konjunkturelles und politisches Umfeld schwierig – Mittelstand robust
15	Deutsche Unternehmen weltweit erfolgreich – Investitionsbremse Protektionismus lösen!
16	Europäische Forschungsförderung: Vorfahrt für die Wirtschaft!
17	Betreuungsgeld: Kein Garant der Wahlfreiheit!
18	Rechnungslegung auf dem Prüfstand
19	EU-Klimapolitik muss verlässlich bleiben
20	Fiskalpakt: Mit Schuldenbremsen beim Wachstum Gas geben
21	Neue Netze erfordern neue Formen von Bürgerbeteiligung
22	Transeuropäische Verkehrsnetze: Strategisch ausbauen, Finanzierung sichern!
23	Altersvorsorge: Auch Selbstständige sind gefordert
24	Ernährungswirtschaft in Afrika modernisieren, deutsche Wirtschaft einbinden
25	Kürzere Aufbewahrungsfristen nötig und möglich

Nr.	Thema
26	Energie trifft Breitband: Synergien beim Infrastrukturausbau nutzen
27	Bis uns das Wasser bis zum Hals steht – mit Preisen lenken?
28	Wirtschaftsfaktor Öl – Wenn der Preis drückt
29	Finanzierungsalternativen stärken: Freiraum für Wachstum schaffen
30	Mit Berufserfahrung an die Hochschule – Durchlässigkeit erhöhen
31	ASEAN – Global Player ante portas
32	Klappe 2: Novelle Baugesetzbuch und Baunutzungsverordnung
33	Bessere Chancen durch bessere Bildung für Europas Jugend!
34	Abitur nach 12 Jahren: Reifeprüfung bestanden, Note ausreichend
35	as every year: OECD vergibt Zeugnis für deutsche Bildung
36	E-Government-Gesetz für eine moderne Verwaltung – Was lange währt?
37	Digitaler Tacho: Truckern & Co. auf der Spur
38	Negativrekord bei Existenzgründungen droht: Weichen jetzt richtig stellen
39	EEG-Umlage: Die Industrie unter Strom?
40	Das Phantom der Versicherungsteuer
41	EU-Haushalt 2014-2020: "Rien ne va plus" für Zukunftsthemen?
42	Europa – "mehr" ist nicht automatisch "besser"
43	Von A nach B: Mehr Wettbewerb auf Postmärkten notwendig
44	Zeitarbeit – Wolken am Horizont
45	Europa: Ohne starke Industrie nichts los!
46	Nachfolger verzweifelt gesucht
47	Warten auf Godot, oder: Wann sinkt die EEG-Umlage?
48	Rolle rückwärts im Emissionshandel
49	Bauboom stößt an Grenzen
50	Energiewende: Verbreitet graue Wolken und Nieselregen

IMPRESSUM

Herausgeber © DIHK - Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Telefax 030 20308-1000 | Internet: www.dihk.de

Redaktion Susanne Schraff | DIHK Berlin

Grafik Design Heiner Kirch | DIHK Berlin, Wolfgang Siewert | typoplus Bonn

Bildquellen Titelfoto: Andreas Winter Portrait; AHK Südafrika S.39; Bildschön S.52;

Bundespresseamt S.52; Bundesministerium für Bildung und Forschung S.29; Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie S.32; Chinareise S.40; Omar Camilleri Malta S.53; CDU-Zentrale S.53; Genossenschaftsverband Frankfurt S.52; Klaudia Hüls S.15; IHK Nürnberg S.30; IHK Potsdam S.52; IHK Saarbrücken S.25; Christian Kruppa S.23, 34, 53; Phototek.net S.15; Jens Schicke S.11,19,30,31,34,40,45,52,53; Ortrud Steger/ZDH S.52; Ilona Surrey/IHK Darmstadt S.53; Veldeman Photo Brüssel S.36; Andreas Winter Portrait S.5,6,9,10,11,13,14,17,18,19,20,21,27,28,29,31,34,35,36,37,39,43,44,

45,47,51; WJD/Thomas Rosenthal S.48,49.

Stand 6. März 2013

Druck AZ Druck und Datentechnik GmbH, 12487 Berlin

